



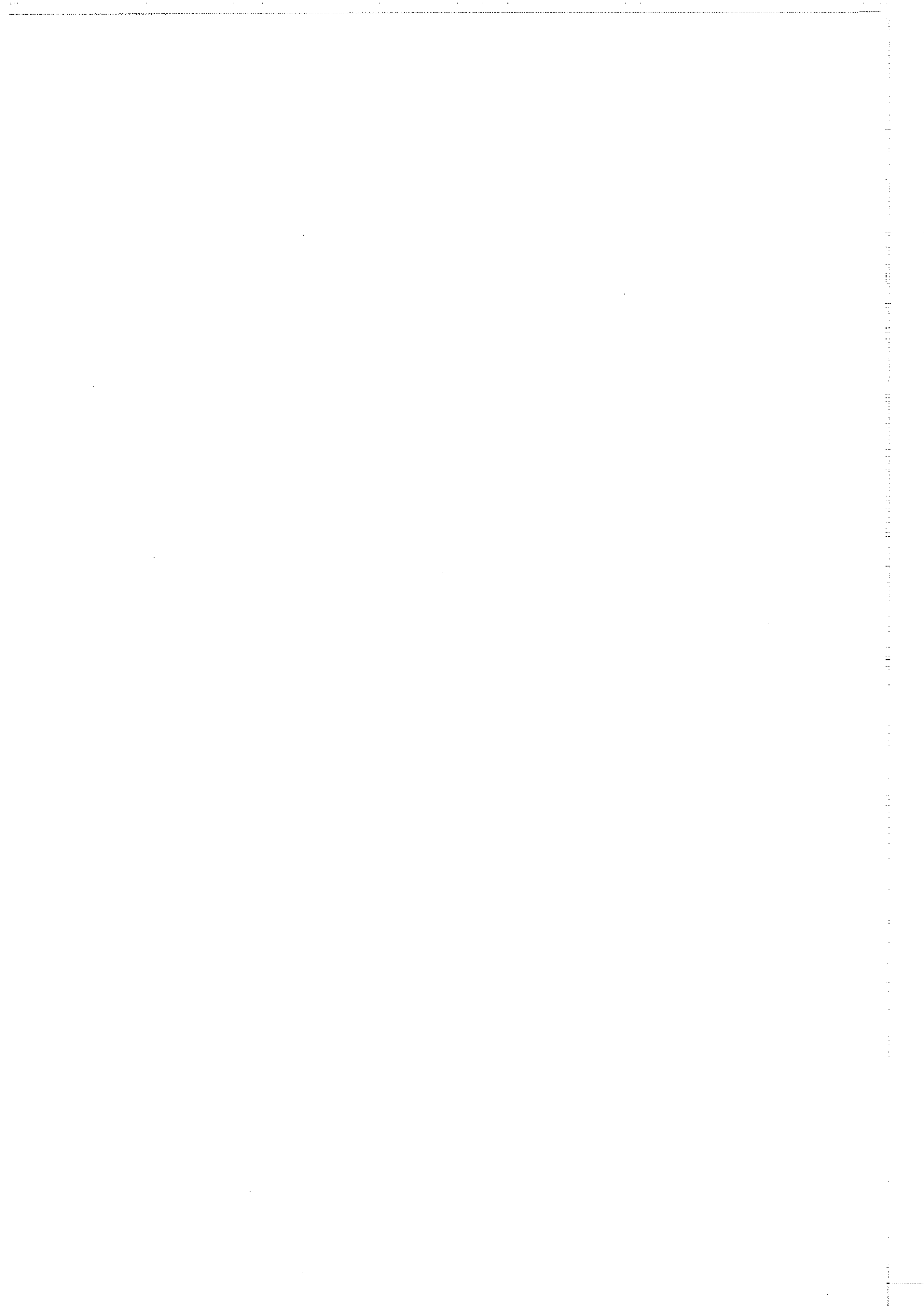
**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO-ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO-SÜDTIROL**

Atti Consiliari
Sitzungsberichte des Regionalrates

X Legislatura - X Gesetzgebungsperiode
1988 - 1993

SEDUTA 80 SITZUNG

19.12.1991



**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

BRUGGER Siegfried <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	pag. 2
TONELLI Paolo <i>(Gruppo Misto)</i>	" 8
RELLA Alberto <i>(Partito Democratico della Sinistra)</i>	" 12
LEVEGHI Mauro <i>(Gruppo Socialdemocratico Italiano)</i>	" 17
TRIBUS Arnold <i>(Gruppo Lista Verde – Grüne Fraktion – Grupa Vërc)</i>	" 19
BENEDIKTER Alfons <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	" 27
CRAFFONARA Italo <i>(Gruppo Liberale Italiano)</i>	" 41
CASAGRANDA Sergio <i>(Gruppo Partito Autonomista Trentino Tirolese)</i>	" 46
BETTA Claudio <i>(Gruppo Repubblicano Italiano)</i>	" 49
MONTALI Luigi <i>(Gruppo Movimento Sociale Italiano – Destra Nazionale)</i>	" 52–58
TAVERNA Claudio <i>(Gruppo Movimento Sociale Italiano – Destra Nazionale)</i>	" 58



INDICE

Disegno di legge n. 77:
Bilancio di previsione della Regione
autonoma Trentino-Alto Adige per
l'esercizio finanziario 1992 (presentato dalla
Giunta regionale)

pag. 2

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 77:
Haushaltsvoranschlag der autonomen
Region Trentino-Südtirol für die
Finanzgebarung 1992 (eingbracht vom
Regionalausschuß)

Seite 2



Vorsitzender: Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

Ore 10.08

PRÄSIDENT: Ich bitte die Abgeordneten Platz zu nehmen und mit dem Namensaufruf zu beginnen.

PRESIDENTE: Prego i signori Consiglieri di prendere posto e di procedere all'appello nominale.

MORELLI: (segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet.
Ich bitte um Verlesung des Protokolles der letzten Sitzung.

PRESIDENTE: La seduta è aperta.
Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

MORELLI: (segretario):(legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Gibt es Einwände zum Protokoll? Keine. Dann gilt das Protokoll als genehmigt.

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al processo verbale? Nessuna. In tal caso il processo verbale si considera approvato.

PRÄSIDENT: Ich darf folgende Entschuldigungen bekanntgeben: Benussi, Ricci, Marzari und Sfondrini.

PRESIDENTE: Per la seduta odierna hanno giustificato la loro assenza i cons. Benussi, Ricci, Marzari e Sfondrini.

PRÄSIDENT: Die Mitteilungen:

PRESIDENTE: Comunicazioni:

Am 16. Dezember wurde vom Abgeordneten Rella der Antrag auf Volksbefragung zur Aufhebung der Gesetze über die Errichtung der Ministerien für Forst- und Landwirtschaft, Fremdenverkehr und kulturelle Veranstaltungen, Gesundheitsministerium, sowie Handels- und Industrieministerium eingebracht. Der Antrag wurde von 38 weiteren Abgeordneten unterzeichnet. Er bedarf allerdings noch einiger Ergänzungen und Präzisierungen, sodaß er noch nicht zur Verteilung gelangen kann.

In data 16 dicembre il consigliere Rella ha presentato la richiesta di referendum per l'abrogazione delle leggi istitutive dei seguenti Ministeri: Ministero dell'agricoltura e delle foreste, Ministero del turismo e dello spettacolo, Ministero della sanità, Ministero dell'industria e del commercio. La richiesta è stata firmata da altri 38 Consiglieri e rendendosi necessaria una sua ulteriore elaborazione non potrà essere distribuita nel corso della seduta odierna.

PRÄSIDENT: Damit kommen wir jetzt zur vorgesehenen Debatte über den Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1992.

Zu Wort gemeldet hat sich als erster Redner der Abg. Brugger.
Er hat das Wort.

PRESIDENTE: Possiamo così al previsto dibattito sul bilancio di previsione per l'esercizio 1992.

Ha chiesto di intervenire per primo il cons. Brugger.
Ha la parola.

BRUGGER: Sehr geehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! In seinen Erklärungen anlässlich der Debatte über den Haushaltsvoranschlag 1992 beschäftigt sich der Präsident des Regionalausschusses in 17 von 29 Seiten mit der Rolle der Region Trentino-Südtirol und versucht im Hinblick auf den Abschluß des Paketes, auf den derzeitigen Umbruch im Osten Europas, aber auch auf die Entwicklungen der Europäischen Gemeinschaft neue Rechtfertigungsgründe für ein Weiterleben dieser Region zu suchen. Daß der Präsident des Regionalausschusses sich so eingehend mit diesem Thema befaßt und das hat er dieses Mal noch eingehender wie in den vorhergehenden Berichten zum Haushalt gemacht, das ist aus der Sicht der Südtiroler Volkspartei sicherlich positiv zu bewerten. Schließlich hatte ja die SVP in den letzten Jahren immer wieder zum Thema Region Stellung bezogen und auch ich hatte bereits bei meiner Intervention zur Haushaltsdebatte des Jahres 1990 Grundsätzliches über die Region und über die Perspektiven dieser Region gesagt. Damals waren es insbesondere unsere Kollegen des Trentino, die sich darüber entrüsteten, daß die Frage nach dem weiteren Sinn der Region nach der Durchführung des zweiten Autonomiestatutes gestellt wurde. Es sind nun zwei Jahre vergangen und es hat sich tatsächlich einiges bewegt. Wenn ich vor zwei Jahren laut über ein grenzüberschreitendes Regionalparlament, das den Accordini-Raum umfaßt, nachgedacht habe, so stelle ich mit Genugtuung fest, daß erst kürzlich der große gemeinsame Viererlandtag stattgefunden hat. Daß diese Initiative allerdings nicht von der Region ausging, sondern von Südtirol, ist aus unserer Sicht bezeichnend, aber absolut folgerichtig. Es ist dies ein sicher nicht zu unterschätzender Schritt in Richtung einer europäischen Region Tirol, die allerdings aus unserer Sicht nichts mit der derzeitigen Region Trentino-Südtirol zu tun hat. Vielleicht liegt gerade diesbezüglich ein allgemeines Mißverständnis zwischen jenen vor, zu denen, glaube ich, auch der Präsident des Regionalausschusses gehört, die nämlich die derzeitige Region Trentino-Südtirol mit neuen Inhalten versehen und dadurch aufwerten wollen und all jenen, zu denen ich mich zähle, die ein europäisches Regionenmodell über die derzeit starken Strukturen, nämlich die Länder Südtirol, Trentino, Tirol und Vorarlberg, aufbauen wollen. Deshalb erscheint es mir wichtig, diesbezüglich Klarheit zu schaffen. Aus meiner Sicht sollte man keine Illusionen dahingehend wecken, daß man diese Region als europäische Region umfunktionieren kann. Dies kann für uns Südtiroler nicht akzeptabel sein, zumal aus unserer Sicht von der Entwicklung der Geschichte die Region tatsächlich überholt ist. Dies ist auch mit der bewußten und von uns erkämpften Aufwertung der Länder über das zweite Autonomiestatut ganz klar zum Ausdruck gekommen und es wäre völlig unlogisch, heute wieder in Richtung einer Aufwertung dieser Institution zu gehen. Ganz im Gegenteil. Es ist die Überzeugung der Südtiroler Volkspartei, daß auch die verbliebenen Zuständigkeiten der Region – und ich sage nichts Neues – über kurz oder lang an die Länder weiter zu delegieren sind. Man kann den diesbezüglich eingeschlagenen Weg nicht verlassen und wir wehren uns auch dagegen, neue Rechtfertigungsgründe für diese an und für sich, zumindest aus unserer Sicht, überholte

Institution zu suchen. Unsere Trentiner Kollegen sollten zur Kenntnis nehmen, daß der zwischen den Landeshauptleuten von Bozen und Trient am Anfang dieser Legislatur eingeschlagene Weg einer neuen Zusammenarbeit zwischen den Ländern, richtig und zielführender ist. Denn die internationale Verankerung auch ihrer Autonomie ist ja gewährleistet. Das wissen die Kollegen aus dem Trentino ganz genau, denn auch sie können mit ihrer Autonomie zum Pariser Vertrag Bezug nehmen und auch sie können mit interessanten Perspektiven in der Zukunft rechnen.

Ich möchte auch – weil es mir ein Anliegen ist – unsere Freunde vom PATT beruhigen. Wir sind sicher, daß die immer gute und in Zukunft sicher noch viel bessere Zusammenarbeit unserer Parteien auch dann gewährleistet sein wird, wenn die Klammer dieser Region die Provinzen nicht mehr in diesem Maße umschließen müssen. Es kommt ja darauf an, daß wir zusammen Tiroler Politik betreiben und auch gemeinsam für eine immer stärkere und vollere Autonomie kämpfen. Diese Region hat auch unseren Freunden vom PATT bisher nicht gerade soviel gegeben, als daß sie unbedingt an dieser Region festhalten müssen.

Zurück aber zu den Ausführungen des Präsidenten des Regionalausschusses in bezug auf die künftige Rolle der Region. Es ist bestimmt verlockend, den durch die neue Finanzregelung aufgetretenen plötzlichen Geldsegen mit neuer Wichtigkeit der Region in Verbindung zu bringen. Das viele Geld kann man allerdings gut einsetzen, ohne für diese Region neue Zuständigkeiten suchen zu müssen. Insbesondere im sozialen Sektor kann ein großer Teil der neuen Finanzmittel bestens verwendet werden. Die SVP hat sich zu dieser Zielsetzung bekannt und hat sowohl den ersten Teil des vom zuständigen Regionalassessor Morandini vorgelegten Familienpaket, aber auch den zweiten Teil, voll inhaltlich mitgetragen. Wir hoffen ganz stark, daß auch unsere übrigen Koalitionspartner dasselbe tun und daß wir so schnell als möglich auch den Konsens finden, um diese wichtige Maßnahme auch verabschieden zu können. Es wartet die Bevölkerung der gesamten Region darauf und wir brauchen um die vielen Geldmittel nicht bange sein. Diese Geldmittel können wir im Bereiche der Familie und des Sozialen ganz gut einsetzen. Viele Leute warten darauf.

Wenn es nämlich um die sogenannten europäischen Aktivitäten geht, dann scheint mir, daß die Region schon weiß, was sie mit dem Geld anzufangen hat. Das möchte ich hier in aller Klarheit sagen: mit gewissen Unbehagen verfolgen wir die Entwicklungen der europäischen Aktivitäten, die der Regionalausschuß von Jahr zu Jahr zu erweitern versucht. Man bedenke nur, daß im Jahre 1988 das sogenannte Europagesetz mit 100 Millionen Lire dotiert war und wir in diesem Haushaltsvoranschlag den stolzen Betrag von 3,5 Milliarden Lire insgesamt erreicht haben. Wenn man sich den Bericht über die 1991 durchgeführte Tätigkeit der Initiativen zur Förderung der europäischen Integration vor Augen führt, so könnte man tatsächlich von einer neuentdeckten Zuständigkeit sprechen. Hand in Hand mit den europabezogenen Aktivitäten ging in den letzten Jahren auch die Darstellung der Region nach außen. Wenn innerhalb von Europa sich die Region gleichwertig mit den Ländern Südtirol und Trentino präsentiert – und dies ist ja in den letzten Jahren erfolgt – so trägt sie den realen Wert dieser Institution gegenüber den Ländern nicht Rechnung. Die Darstellung nach außen sollte im Verhältnis zu den eigenen Kompetenzen und denen der Länder stehen und nicht darüberhinaus gehen.

Auch ein Wort – weil mir das wichtig erscheint – zur Feststellung des Präsidenten auf Seite 9 seines Berichtes, daß die Region Trentino-Südtirol seit ihrer Entstehung eine deutlich italienisch trentinische Prägung besaß. Dies, Herr Präsident, ist vollkommen richtig. Aber ich ersuche Sie, nicht den falschen Schluß daraus zu ziehen, nämlich daß es genügt, die Region gleichwertig auf die beiden Provinzen wertmäßig aufzuteilen. Denn das ist ja nicht das Problem. Der Präsident Andreolli ist in seinen Ausführungen sehr klar und

auch sehr hart gewesen und ich danke ihm dafür, daß er seine Meinung klar zum Ausdruck bringt, denn das bringt uns dazu, daß auch wir sehr klar und deutlich reden dürfen, ohne daß immer sofort von Skandal geschrien wird. Ich glaube sagen zu dürfen, daß wir auch in Zukunft keinen Wert legen, daß die Funktion des Regionalausschußpräsidenten unbedingt von einem deutschen Mitglied der Regionalregierung innehaben müssen. Deshalb ist es aus unserer Sicht nicht unbedingt angebracht, daß die derzeit italienisch-trentinisch – wie es Präsident Andreolli sagt – geprägte Region, daß diese sozusagen verdeutscht wird. Wir wollen nichts anderes als die Zweisprachigkeit und den Proporz dieser Region berücksichtigt haben und dies mit aller Konsequenz tun, vielleicht mit mehr Konsequenz, wie es da und dort bisher der Fall war. Aber darüberhinaus möchten wir nichts weiter verdeutschen, nur um die Region als solche entsprechend aufzuwerten.

Ich teile auch nicht ganz die Ausführungen des Präsidenten des Regionalausschusses, daß die Region Trentino-Südtirol auf eine – wie er schreibt – Tradition der italienischen Autonomiebestrebung zurückgeht. Das mag bis zu einem gewissen Punkt der Fall sein, aber Herr Präsident, Hand aufs Herz, nicht gerade weit her. Denn er weiß ja ganz genau, daß es sich bei der Schaffung dieser Region um ein im Prinzip Diktat des italienischen Staates gegenüber Südtirol handelte, um nämlich zu erreichen, daß aufgrund der Verpflichtungen des Pariser Vertrages Italien den Südtirolern nicht von vornherein eine echte Selbstverwaltung auf dem eigenen Gebiet geben mußte. Der Präsident des Regionalausschusses weiß ganz genau, daß das Gebilde der Region Trentino-Südtirol ja wirklich deshalb geschaffen wurde und damit hat ja Trentino insofern nicht nur nichts zu tun, sondern es hat auch davon profitiert, daß eben die Südtiroler innerhalb ihres eigenen Landes nicht eine Mehrheit bei der Entscheidungsfindung, bei der Gesetzgebung, von vornherein zuerkannt bekommen haben. Ich finde es auch nicht richtig, die Region auch heute noch so darzustellen, daß sie so quasi eine Einrichtung zum Schutz und zur Sicherstellung des Systems der Autonomien und zwar auch jener der Provinzen darstellt. Denn auch das sagt ja der Präsident auf Seite 13 seiner Erläuterungen. Das Land Südtirol wird jedenfalls darauf verzichten, die Region als Schutzmechanismus seiner eigenen Autonomie zu akzeptieren. Und ich hoffe, daß auch die autonome Provinz Trient dasselbe macht.

Nochmals aber kurz zu den Überlegungen einer Weiterentwicklung der derzeitigen Region zu einer europäischen Region. Ganz abgesehen davon, Herr Präsident, daß trotz der zahlreichen Tagungen und wissenschaftlichen Arbeiten, die von der Region organisiert wurden, noch keinerlei Klarheit über den Begriff einer europäischen Region zu herrschen scheint, ist es aus unserer Sicht zumindest bedauerlich, daß auch der Präsident des Regionalausschusses seiner Vorstellung einer europäischen Region den Großraum Tirol nicht im besonderen anspricht und sich lediglich darauf beschränkt, das bessere Zusammenwirken im Bereich des Accordino-Raumes anzudeuten und somit auf der Ebene des Warenaustausches zu bleiben. Hingegen hat er ganz klare Andeutungen zu einer weiteren und verstärkten Zusammenarbeit der sogenannten nordöstlichen Area Italiens gemacht. Auch diesbezüglich, Herr Präsident, bei aller Loyalität, ein ganz klares Wort. Die Südtiroler Volkspartei wird niemals eine Neuaufgabe eines Trivenetums akzeptieren. Mit dem verbindet uns eine unheilvolle Geschichte. Das Triveneto, das brauchen wir ganz bestimmt nicht und wir sind auch nicht der Meinung, daß eine europäische Region auf jeden Fall eine große geographische Lage umfassen muß. Ich darf auf Beispiele hinweisen, die sehr interessant und sehr verschieden sind und heute durchaus als Modell einer europäischen Region gedacht werden können. Nämlich ein Bundesland wie Saarland, ein ganzer Staat wie Luxemburg oder ein sich bildender Staat wie Slowenien, das sind Gebilde, die auch im zukünftigen Europa, unabhängig davon, ob es Nationalstaaten sind oder nicht, die Größe einer europäischen Region haben können und

deshalb sind wir der Meinung, daß es nicht unbedingt den großen wirtschaftlichen Raum braucht, um eine europäische Region zu schaffen.

Ich möchte somit zusammenfassen: der seit langem eingeschlagene Weg der weiteren Aufwertung der Länder gegenüber der Region muß zumindest aus unserer Sicht weiterverfolgt werden.

Zum zweiten: die der Region verbliebenen Zuständigkeiten sollen nach Möglichkeit an die Länder weiterdelegiert werden. Dasselbe gilt für die Geldmittel.

Zum dritten: eine neue europäische Region kann nicht eine Nachfolgeinstitution dieser Region sein, denn sie muß zumindest unter ganz starken Beteiligung der derzeit starken Strukturen, nämlich der Provinzen, der Länder, zusammenwachsen.

Zum vierten: eine europäische Region muß aus unserer Sicht auf jeden Fall den gesamten Tiroler Raum umfassen und darf keinesfalls eine Neuauflage eines Triveneto werden.

Herr Präsident, ich möchte es damit bewenden lassen. Ich habe zu den Schwerpunkten des Haushaltes nicht Stellung genommen, weil ich einige grundsätzliche Überlegungen zum Thema Region anzustellen hatte, weil sie in sehr ausführlicher und auch sehr interessanter Art und Weise die Institution der Region aufgeführt haben und auch entsprechend aus ihrer Sicht durchleuchtet haben. Es scheint mir wichtig, daß hier eine Konfrontation der Ideen stattfinden kann. Deshalb fand ich es richtig, den Standpunkt meiner Partei und auf jeden Fall den Standpunkt meiner Personen Ihnen hier darzulegen. Ich behalte mir vor, bei der weiteren Debatte noch auf einzelne Schwerpunkte des kommenden Haushaltes hinzuweisen, z.B. Familienpaket, Gemeindeordnung, z.B. ein uns liebes Thema der Aufwandsentschädigung der Gemeindeverwalter, etwas, was wir noch immer nicht erledigt haben und so weiter und so fort. Aber ich verfolge nun die Debatte und werde mich allfällig später noch zu Wort melden. Vielen Dank!

(Illustrissimo signor Presidente, colleghe e colleghi! Nelle sue dichiarazioni in occasione della discussione sul bilancio di previsione per l'anno 1992, il Presidente della Giunta regionale affronta in 17 delle 29 pagine complessive il problema del ruolo della regione Trentino Alto Adige, cercando nuove motivazioni a giustificazione dell'esistenza futura della Regione in vista della chiusura del Pacchetto, in considerazione degli attuali avvenimenti nell'Est europeo ma anche degli sviluppi della Comunità europea. Che il Presidente della Giunta affronti in modo approfondito questo argomento, e questa volta lo faccia in modo ancora più approfondito rispetto alle precedenti dichiarazioni sul bilancio, per la Südtiroler Volkspartei è da valutarsi senza dubbio positivamente. In definitiva negli ultimi anni la SVP ha continuato a prendere posizione sul tema della Regione e anch'io già nel mio intervento in occasione del dibattito sul bilancio nel 1990 avevo fatto delle considerazioni di fondo sulla Regione e sulle prospettive future di questa Regione. A suo tempo sono stati soprattutto i nostri colleghi trentini ad indignarsi per il fatto che la domanda sul futuro significato della regione fosse stata posta dopo l'attuazione del secondo statuto di autonomia. Oggi sono passati due anni da quel dibattito ed effettivamente qualcosa si è mosso. Quando due anni fa io ho parlato di un parlamento regionale su base sovraregionale, che coprisse le regioni dell'Accordino, oggi devo constatare con soddisfazione, che recentemente si è tenuta la conferenza dei quattro Consigli provinciali. Che questa iniziativa non sia partita dalla Regione, ma dalla Provincia di Bolzano per noi è molto significativo, e giusto. Sicuramente si tratta di un passo da non sottovalutare per la creazione di una regione europea del Tirolo, che comunque dal nostro punto di vista non ha nulla a che fare con l'attuale regione Trentino-Alto Adige. Forse su questo punto c'è un malinteso tra coloro, e penso che fra questi rientri anche il Presidente della Giunta, che vogliono riempire di nuovi contenuti l'attuale Regione, rivalutandola, e tra coloro, di cui io faccio parte, che vogliono costruire un modello di regione europea basandosi su strutture forti, ovvero la Provincia di

Bolzano, di Trento, il Tirolo e il Vorarlberg. Quindi mi pare importante fare chiarezza a questo riguardo. Dal mio punto di vista non bisognerebbe creare illusioni in tal senso, e credere che questa regione possa essere trasformata in una regione europea. Per noi altoatesini questa prospettiva è inaccettabile, tanto più che dal nostro punto di vista questa regione è storicamente superata. E il nuovo statuto di autonomia esprime molto chiaramente questa nostra convinzione, proprio perché sancisce la consapevole e da noi richiesta rivalutazione delle due Province. Sarebbe quindi del tutto illogico fare marcia indietro, rivalutando oggi questa istituzione. Al contrario. La Südtiroler Volkspartei è convinta che anche le competenze rimaste alla regione – e non sto dicendo nulla di nuovo – prima o poi dovranno essere delegate alle due Province. Non si può abbandonare la strada che abbiamo percorso fino ad oggi, ed è per questo che noi ci opponiamo alla ricerca di nuove motivazioni, volte a giustificare l'esistenza di questa istituzione che noi consideriamo superata. I nostri colleghi trentini dovrebbero prendere atto del fatto che la strada imboccata dai Presidenti delle Giunte provinciali di Trento e Bolzano all'inizio di questa legislatura, improntata ad una nuova collaborazione tra le due Province, sia giusta e opportuna. Perché così è garantito l'aggancio internazionale anche della loro autonomia. I colleghi trentini lo sanno bene, perché così anche la loro autonomia può richiamarsi all'Accordo di Parigi ed essi possono contare su interessanti prospettive per il loro futuro.

Voglio tranquillizzare – perché è un desiderio che mi sta a cuore – anche i nostri amici del PATT. Noi siamo certi che la buona collaborazione tra i nostri due partiti, che in futuro sarà ancora più proficua, sarà garantita anche se questa regione non racchiuderà più le due Province come oggi. Quello che conta è portare avanti assieme una politica tirolese e sempre assieme lottare per una autonomia sempre più forte e sempre più piena. Anche ai nostri amici del PATT questa Regione non ha dato molto, per cui essi non devono per forza di cose restare attaccati a questo modello regionale.

Ma torniamo alle dichiarazioni del Presidente Andreolli sul futuro ruolo della regione. E' certamente allettante, collegare la nuova dotazione finanziaria, per così dire caduta dal cielo, ad un nuovo significato della Regione. Ma tutti questi soldi si possono comunque investire bene, senza dover cercare nuove competenze per questa regione. Una buona parte dei soldi oggi a nostra disposizione può essere impiegata al meglio nel settore sociale. La SVP si è riconosciuta in questi obiettivi ed ha condiviso appieno sia la prima parte del pacchetto famiglia presentato dall'Assessore Morandini, che la seconda. Speriamo vivamente che anche gli altri partner di giunta seguano il nostro esempio, in modo da trovare quanto prima il consenso necessario poter varare questi provvedimenti di grande rilievo. Tutti coloro che abitano la nostra Regione sono in attesa, e quindi non c'è bisogno di preoccuparsi per tutti i soldi di cui disponiamo. Questi soldi li possiamo impiegare bene nel settore sociale e della famiglia. Molti stanno aspettando.

A proposito dell'attività europeistica invece, mi pare che la regione sappia bene cosa farsene dei soldi. Lo devo dire in tutta chiarezza: noi seguiamo con un certo disagio gli sviluppi dell'attività europeistica, che la Giunta Regionale tenta di potenziare di anno in anno. Basti pensare che nel 1988 la cosiddetta legge sulle attività europeistiche aveva una dotazione finanziaria di 100 milioni, che in questo bilancio di previsione hanno raggiunto la ragguardevole cifra di 3, 5 miliardi di lire. Se guardiamo alla relazione sull'attività europeistica svolta nell'anno 1991, allora possiamo veramente parlare di una nuova competenza. Negli ultimi anni, parallelamente all'attività europeistica si è mossa anche la promozione dell'immagine della regione. Se all'interno dell'Europa la regione si presenta allo stesso livello delle due province autonome di Trento e Bolzano, – come è successo negli ultimi anni – allora non si tiene conto dell'effettivo valore di questa istituzione rispetto alle due Province. L'immagine della Regione dovrebbe essere conforme alle competenze attribuitele e rapportata alle due Province, senza andare oltre.

Ancora alcune considerazioni – perché mi paiono importanti – sulle

dichiarazioni del presidente e precisamente a pag 9, dove dice che la regione Trentino Alto Adige, dalla sua nascita, aveva una marcata impronta trentino - italiana. E questo, illustrissimo Presidente, è esatto. Ma La prego di non arrivare a conclusioni sbagliate, quando dice che basta elevare a rango di Regione le due Province autonome. Perché il problema non è questo. Il Presidente Andreolli, nelle sue dichiarazioni è stato molto chiaro e anche molto duro, e lo ringrazio per aver manifestato in tutta chiarezza il suo pensiero. Perché così anche noi possiamo parlare chiaro, senza che poi si gridi allo scandalo. Credo di poter dire che anche in futuro per noi non sarà importante che le funzioni di Presidente della Giunta vengano assegnate ad un membro di giunta di lingua tedesca. Pertanto dal nostro punto di vista non è necessario, diciamo così, germanizzare a tutti i costi la regione con la sua marcata impronta trentino-italiana - per usare le stesse parole di Andreolli -. Noi non vogliamo altro che il rispetto della proporzionale e forse con una maggiore coerenza rispetto a quella dimostrata sino ad oggi in alcuni casi. Ma oltre a questo non vogliamo germanizzare nulla, in modo che così la regione possa venire rivalutata come tale.

Non condivido del tutto l'opinione del Presidente, nemmeno quando dice che la regione Trentino Alto Adige si richiama alla tradizione dell'autonomismo italiano. Può essere vero fino ad un certo punto, ma signor Presidente, in tutta sincerità un punto non molto lontano. Perché anche Lei sa benissimo che in linea di principio, la creazione di questa Regione è stata imposta dallo stato italiano all'Alto Adige, per far sì che l'Italia, in base agli impegni assunti con l'Accordo di Parigi, non dovesse dare a priori ai sudtirolesi una vera autonomia amministrativa sul suo territorio. Il Presidente sa benissimo che la Regione Trentino-Alto Adige è stata creata per questo, e con questo il Trentino non solo non ha nulla a che fare, ma anzi ha approfittato del fatto che appunto gli altoatesini nel loro territorio non hanno visto riconosciuta a priori una maggioranza in sede decisionale e legislativa. Non trovo nemmeno giusto presentare oggi la Regione come istanza di difesa e garanzia del sistema delle autonomie, anche provinciali. Perché questo è quanto dice il Presidente a pag. 13 delle sue dichiarazioni. La provincia di Bolzano ad ogni buon conto, rinuncia ad accettare la Regione come meccanismo di tutela della sua autonomia. E spero che anche la Provincia di Trento faccia lo stesso.

Ma torniamo per un attimo ancora agli sviluppi futuri di questa regione in direzione di una regione europea. Signor Presidente, indipendentemente dal fatto che nonostante gli innumerevoli convegni, congressi e lavori scientifici organizzati dalla regione, non sembra regnare una grande chiarezza in ordine al concetto di regione europea, dal nostro punto di vista è quantomeno spiacevole che anche il Presidente della Giunta regionale nel suo modello di regione europea non si rivolga in modo particolare al Tirolo storico e si limiti solo ad accennare ad una migliore collaborazione nell'ambito delle regioni dell'Accordino, limitandosi quindi allo scambio di merci. D'altro canto egli ha fatto riferimenti molto chiari ad una maggiore collaborazione con l'area nordorientale d'Italia. Anche a questo riguardo, signor Presidente, in tutta sincerità sarò molto chiaro. La SVP non accetterà mai una riedizione del Triveneto. Siamo legati da una storia nefasta. Noi non abbiamo sicuramente bisogno del Triveneto, e non riteniamo che una regione europea debba estendersi per forza di cose su di un vasto ambito geografico. E qui faccio degli esempi, che sono molto interessanti e molto diversi e possono essere sicuramente citati ad esempio di regione europea, ovvero una regione come il Saarland, uno stato come il Lussemburgo, oppure uno stato in via di formazione come la Slovenia. Sono tutte entità che anche nell'Europa di domani, indipendentemente dal fatto che siano stati nazionali o meno, possono avere la statura di un regione europea e pertanto siamo dell'avviso che non sia assolutamente necessario il grande spazio economico per creare una regione europea.

Per riassumere: bisogna continuare la strada imboccata da tempo, in direzione di una rivalutazione delle due province rispetto alla regione, quantomeno dal nostro punto di vista.

In secondo luogo: le competenze rimaste alla Regione, se possibile, dovrebbero

venire delegate alle due Province. Lo stesso dicasi per le risorse finanziarie.

Terzo: una nuova regione europea non può essere una istituzione consequenziale di questa Regione, perché deve crescere con il concorso delle strutture attualmente forti, ovvero le Province.

Quarto: una regione europea dal nostro punto di vista deve in ogni caso coprire l'intera regione del Tirolo e non può assolutamente diventare una riedizione del Triveneto.

Illustrissimo signor Presidente, mi fermo qui. Non ho preso posizione in ordine ai punti chiave del bilancio, in quanto dovevo svolgere alcune considerazioni sul tema della regione, perché Lei si è soffermato in modo molto dettagliato e interessante su questo argomento, manifestando il suo punto di vista. Mi pare importante che in quest'aula possa svolgersi anche un confronto di idee. Pertanto trovo giusto esporre qui la posizione del mio partito e in ogni caso anche la mia opinione personale. Mi riservo di intervenire nuovamente nel corso del dibattito in merito ai singoli punti chiave del bilancio, ad esempio pacchetto famiglia, ordinamento dei comuni, il tema a noi caro delle indennità degli amministratori comunali, cosa che non abbiamo ancora definito, e via dicendo. Ma a questo punto seguirò il dibattito. ed eventualmente interverrò ancora. Grazie!

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter)

(Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Tonelli.

TONELLI: Penso che un tempo, quando la politica era una cosa abbastanza seria, dopo un intervento come quello del capogruppo del SVP, la Giunta regionale si sarebbe dovuta dimettere.

Non è una tragedia il fatto di dimettersi, può essere una fase politica perchè le questioni, che ha posto il consigliere Brugger, sono importantissime e sono in rotta di collisione all'80% con quanto la Giunta regionale ha espresso. Mi rendo conto che questo non è possibile, perchè altrimenti ci sarebbe l'ingovernabilità della Regione Trentino-Alto Adige, però la logica della politica vorrebbe questo.

Devo anche dire, non so se scandalizzerò il cons. Brugger, che sono molto d'accordo con tante cose che egli ha espresso e adesso sentirà che anch'io nel mio intervento sottolineerò alcuni passaggi, che mi trovano perfettamente d'accordo con alcune sue osservazioni.

Prima di entrare nel merito vorrei ricordare al Presidente Andreolli, che è trentino, un vecchio proverbio della nostra provincia, che recita: "Dio el lasa far, ma non el lasa strafar". E' un vecchio proverbio che penso sia opportuno ricordare e penso che va ricordato proprio ragionando sia sulle dichiarazioni programmatiche che il Presidente Andreolli ha svolto, sia sul discorso Regione, Europa ed il mondo, nonché sul nostro rapporto con la società in evoluzione, con la caduta del muro ecc.; sono questi ragionamenti da porre in discussione ed entrarvi nel merito, per cui alla fine del mio intervento esporrò il mio punto di vista.

Alla luce di questo assunto, vedere da una parte le disponibilità finanziarie di questa Regione e dall'altra le sue capacità di spesa, a differenza di altri colleghi, che in discussione del bilancio consuntivo 1990 hanno sottolineato appunto questa incapacità della Regione, devo dire francamente che ho la posizione esattamente opposta. Non sono preoccupato per la non capacità di spesa della Giunta regionale, sono preoccupato per la sua capacità di spesa, per dove vanno i 649 miliardi di cassa a disposizione per il 1992. Credo che la troppa ricchezza di un ente parainutile, da un punto di vista delle competenze organiche, sia in sè un fattore di grande preoccupazione, di opulenza che cozza contro la povertà di parti del

mondo di cui discute anche il Presidente della Giunta Andreolli, nonché contro la povertà del modo di legiferare.

Desidero citare solo tre esempi. La legge sugli enti locali che stiamo discutendo; ci sono voluti due anni di gestazione, libri prestampati ancora prima che fosse un disegno di legge, che l'assessore Romano ha distribuito in tutta la regione, infine viene presentato il disegno di legge che null'altro è la copiatura penosa della legge nazionale, che tra l'altro uccide tutti gli istituti di partecipazione, ivi previsti.

Quindi da una parte 649 miliardi da spendere in un anno e dall'altra parte la capacità di produzione legislativa di questa Regione, che dovrebbe, anche sulla base delle dichiarazioni che il Presidente della Giunta regionale stesso ha fatto, essere un esempio di partecipazione, di democrazia, di intreccio e convivenza e di tutte quelle cose che abbiamo parlato per anni, voi riuscite a produrre una penosissima sequela di articoli, che copiano la legge nazionale e uccidono la partecipazione popolare, cioè uccidono la parte positiva della legge nazionale 142.

Che ci stanno a fare tutti quei miliardi? Che ci sta a fare questa Regione? E' meglio non legiferare.

Il pacchetto famiglia. Al di là delle convinzioni ideologiche o delle convinzioni ideali, religiose, filosofiche di ognuno di noi, al di là di questo è da un punto di vista della proposta una cosa penosa, una disponibilità finanziaria della Regione, come quella che abbiamo di fronte, non può produrre quello che produce la proposta del pacchetto famiglia.

Tra l'altro, Presidente Andreolli, lei nelle sue dichiarazioni dice anche delle bugie, perchè quando illustra...

Tretter!!!

Puoi far stare zitti!

PRESIDENTE: Lei potrà anche aver ragione, cons. Tonelli, ma penso che un richiamo del genere in questo momento...

TONELLI: Chi desidera discutere con altri colleghi abbandoni l'aula!

PRESIDENTE: Cons. Tonelli, lei non può sostituirsi al Presidente dell'Assemblea.

TONELLI: Lei faccia il Presidente, innanzitutto il primo che deve ascoltare è il Presidente, anziché parlare con altro Presidente, ascolti le mie esposizioni...

PRESIDENTE: Io devo ascoltare tutti, cons. Tonelli, lei non deve darmi ordini, in ogni modo lei ha ragione nel richiamare l'aula. Prego, cons. Tonelli.

TONELLI: Stavo dicendo che il Presidente Andreolli nelle sue dichiarazioni racconta anche delle bugie, nel senso che è costretto a fare delle affermazioni, quando parla del pacchetto famiglia, che non corrispondono alla realtà. Egli afferma che nel primo pacchetto famiglia ci sono una serie di cose che invece non ci sono, sono sogni o sono l'impostazione eventuale di un secondo disegno di legge, che non esiste ancora e che non viene citato all'interno della relazione del Presidente Andreolli.

Comunque la legge sul pacchetto famiglia è dal mio punto di vista una tipica legge dell'opulenza, è una legge che non si pone una serie di questioni che invece in questa regione sono presenti e credo che i troppi miliardi che avete a disposizione devono essere devoluti alle due Province autonome di Bolzano e Trento, perchè non avete competenze rispetto

a determinate questioni, vedi l'assistenza, la casa e problematiche di questo tipo che devono essere reimpinguate, che hanno bisogno di finanziamento nelle due Province per poter rispondere a problemi che anche all'interno della nostra realtà regionale sono fortemente presenti.

Ieri sera insieme alle colleghe Berger e Chiodi ho fatto un giro a nord di Trento, Nave S.Rocco, Grumo, Mezzolombardo, Mezzocorona ecc. per visitare famiglie di immigrati extracomunitari, padre, madre nonno, 5-6-7 figli, e ho visto che abbiamo all'interno della nostra regione delle situazioni che nel terzo mondo sono largamente migliori, perchè in una capanna dove ci sono mediamente 30° di caldo per tutto l'anno può essere una risposta positiva, ma una capanna dove corre l'acqua sui muri e dove ci sono 30° sotto zero per parecchi mesi dell'anno vuol dire la morte o la tubercolosi. Infatti abbiamo casi di tubercolosi fra gli immigrati extracomunitari presenti in provincia di Trento, che sono ad Arco ed hanno delle case dove si muore di freddo ed umidità.

Credo che questi problemi possono essere affrontati anche utilizzando le risorse che la Regione ha a disposizione e che deve dare alle Province di Trento e Bolzano, perchè non è giusto che la Regione abbia un sacco di miliardi a disposizione che non sa nemmeno dove buttare.

Il terzo punto che volevo sottolineare della dicotomia penosa che c'è fra le disponibilità finanziarie e la nostra capacità legislativa è la legge annunciata dal Presidente nelle sue dichiarazioni per recepire nella regione Trentino-Alto Adige la legge nazionale 241, riguardante il procedimento amministrativo.

Non so se il gruppo della DC o del SVP fanno ogni tanto le riunioni di gruppo, ma il Presidente Andreolli dovrebbe sapere che per quanto riguarda la Provincia di Trento c'è una legge già in atto con due proposte di iniziativa consiliare, una di Solidarietà e una del Partito Liberale oltre al disegno di legge della Giunta provinciale di Trento per recepire nella Provincia autonoma di Trento la 241 nazionale.

Ci sarà una legge 241 provinciale e una 241 regionale? Lo so che è necessario e saranno diverse, quella provinciale avrà determinate caratteristiche, lo posso dire perchè so già il livello del dibattito che si è messo in atto, ma se quella regionale sarà come la legge sui comuni, presentata dall'assessore Romano, allora dobbiamo metterci le mani nei capelli, perchè sappiamo già che tutti gli istituti positivi che sono stati messi all'interno della 241 a livello nazionale verranno cancellati dalla maggioranza della Regione Trentino-Alto Adige.

Ritengo che sarebbe meglio lasciare fare agli adulti quello che devono fare. Dovete dedicarvi solo a quello che potete oggettivamente fare.

Da questo punto di vista credo che c'è un ambito importante, che risottolineo, ed è quello del ruolo che questa Regione può giocare, non solo all'interno dell'Europa, ma anche più ampiamente. Da questo punto di vista credo che ci sono delle contraddizioni pesanti all'interno della sua relazione, credo che lei in qualche modo sia costretto a tenere i piedi in una scarpa sola, cioè lei da una parte fa le affermazioni che sono contenute a pag. 12, dove dice: "L'autonomia infatti è un mezzo di convivenza più che una forma istituzionale rigida e immutabile. Essa consiste nella ricerca continua di relazioni sempre più aggiornate fra soggetti diversificati, in risposta al crescente grado di complessità che le nostre società del benessere presentano."

Condivido molto questa affermazione, però, signor Presidente, se noi la confrontiamo con quanto lei dice a pag. 4: "Con la chiusura del 'Pacchetto' si va a colmare un grave ritardo storico che ha visto...", su quel ritardo storico devo dire che vedo una contraddizione pesantissima con l'affermazione che lei fa a pag. 12, perchè se lei è convinto di quello che dice e cioè che l'autonomia è una sempre più aggiornata e continua ricerca di

relazioni fra soggetti diversificati, credo che parlare di ritardo storico e di chiusura del pacchetto sia un errore madornale. Perchè se concettualmente siamo convinti che c'è un momento nel quale i problemi posti dal pacchetto, cioè della convivenza fra etnie diverse all'interno di uno stesso ente più grande, sia esso lo Stato, l'Europa unita o qualsiasi altro ente di associazioni di regioni ecc., se noi siamo convinti che questo ha in qualche modo un momento di chiusura, credo che sia un concetto statico, che è essenzialmente in collisione con la necessaria dinamica che deve avere una logica assolutamente diversa.

Non c'è secondo me un ritardo storico da colmare, ci sono errori storici tanti, del resto il pacchetto e anche il ritardo con il quale è maturato, credo possa essere stato un fatto positivo, nel senso che ci ha fatto tutti riflettere intorno a una serie di questioni, non ha liquidato una questione che invece se avessimo chiuso nei 24 mesi previsto dal secondo pacchetto probabilmente sarebbe riesplora oggi, alla luce di quanto accaduto in Europa, cioè qualcuno si sarebbe illuso di aver chiuso una determinata vertenza, che sarebbe poi riscoppiata con caratteristiche diverse.

Forse il fatto di aver tenuto continuamente acceso in termini dinamici questo rapporto fra questa realtà regionale e in particolare la minoranza di lingua tedesca e lo Stato italiano per tutti questi anni, si può oggi rivelare un fatto positivo e non negativo.

Secondo me c'è da rimettere con i piedi in una logica dinamica e allora le dichiarazioni che ho letto sul giornale di una grande regione d'Europa, sono tutte cose positive, tutti pensamenti critici, dinamici, importanti, ed ecco il ruolo della Regione, si occupi di queste cose, abbia questo ruolo di piazza, nella quale si incontrano positivamente gente di lingua diversa. Positivamente vuol dire riuscire a mettere in termini organizzati, anche in termini legislativi e di concretizzazione questo essere piazza, luogo nel quale possono incontrarsi e parlare persone, popoli, culture, storie molto diverse, però questo può essere fatto soltanto nella misura in cui si ha in testa questo concetto dinamico.

Sono molto spaventato dalla logica che sento spesso passare, soprattutto nei partiti italiani, quella di dire adesso il pacchetto è chiuso e ci mettiamo il fiocco. Credo che questo sia un errore madornale, chi pensa di poter risolvere le questioni in questo modo sbaglia profondamente.

L'altra questione su cui credo che la Giunta regionale possa giocare un ruolo importante è l'uso solidale dei nostri soldi. Credo che la legge sul finanziamento non dell'attività delle associazioni, spero signor Presidente che voi abbiate capito positivamente gli emendamenti che la I^a Commissione ha voluto inserire a quel disegno di legge, togliendo i finanziamenti all'attività delle associazioni, che già li ricevono sulle competenze delle due Province autonome di Trento e Bolzano, lasciando solo i finanziamenti ai progetti invece, spero che voi in aula, attraverso la vostra ampissima maggioranza non ribalterete ciò che la Commissione a sua volta ha espresso a larghissima maggioranza, e auspico che su questa legge ci siano moltissimi soldi, che per il 1993 e successivi ci sia un forte investimento della Regione Trentino-Alto Adige per la legge dei progetti a favore delle popolazioni extracomunitarie, colpite da calamità, da guerre, da fame e così via.

Ritengo giusto che una regione di 800 mila abitanti, che dispone di 9 mila miliardi complessivamente di bilancio, sia doveroso mettere nei buget sulle nostre leggi parecchi miliardi per chi sta male, per chi muore di fame.

Credo che la Regione debba da una parte ridimensionarsi, nel senso di non lasciare che le due Province autonome di Trento e Bolzano esplichino fino in fondo la propria autonomia e che sia tale il ridimensionamento della Regione da destinare fondi della Regione stessa alle due Province di Trento e Bolzano per fare interventi soprattutto nel settore del sociale ecc. Quindi non inventiamoci competenze che la Regione non ha, non cerchiamo di

sovraccaricarla di cose che non è capace di fare.

Credo che se voi guardate oggettivamente l'impegno che i consiglieri regionali di questa Regione hanno, siamo al limite, noi non riusciamo a seguire tutta una serie di cose; nel 1991 i consiglieri della Provincia di Trento hanno avuto 172 giornate impegnate fra Regione, Provincia, Commissioni ecc., siamo come in miniera, alla Sloi si lavorava molto meno delle 172 giornate lavorative in un anno. Chi fa un'attività di questo tipo comincia ad essere incapace, da un punto di vista fisico, biologico, di poter fare altre cose.

Bisogna che la regione, da questo punto di vista, ridimensioni questa volontà di fare, possiamo invece tutti insieme attivare il ruolo solidale, di dinamica ricerca di convivenza, come dice anche lei Presidente nelle sue dichiarazioni.

Penso questo sia importante, possa essere altamente educativo nei confronti della popolazione di una regione che può definirsi certamente opulenta, ma all'interno della quale ci sono ancora sacche enormi di povertà e soprattutto all'interno della quale c'è bisogno di un'iniezione culturale, perchè ci rendiamo conto che in questo modo non possiamo andare avanti, avvittandoci sulla nostra ricchezza non riusciremmo fare nulla, nemmeno dal punto di vista della qualità, di qualsiasi decisione che andiamo a prendere, siano essi Consigli, maggioranze o Giunte regionali e provinciali, abbiamo bisogno di darci una regolata e la Regione può esserne l'elemento di partenza, prendendo atto di quello che siamo, di quello che dobbiamo e possiamo fare, prendendo atto che abbiamo la disponibilità per essere effettivamente solidali con chi ha molto più bisogno di noi.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Rella.

RELLA: Grazie Presidente. Anch'io mi domando se dopo l'intervento del collega Brugger, che peraltro è assente in questo momento, ci sia in questa regione una coalizione che governa, se c'è la sensazione della presenza di questa coalizione e se la Giunta non ritenga davvero di dover o rassegnare le dimissioni o affrontare i problemi per quelli che sono.

Non credo che solo dalla replica del Presidente debba venire una risposta chiara rispetto a questo problema, della latitanza della coalizione, della inconsistenza, ma anche da una necessità di verifica, non siamo noi a doverla provocare, ma siamo noi a doverne sottolineare l'esigenza.

Di fronte alle dichiarazioni piuttosto forti del collega Brugger, peraltro signor Presidente ricordo benissimo l'intervento fatto dal collega Achmüller otto anni fa, in occasione della discussione del primo bilancio della Regione, all'inizio della nona legislatura, il cons. Achmüller aveva affermato le stesse identiche parole pronunciate oggi dal cons. Brugger, per cui mi domando se il tempo passi utilmente e se da parte delle forze politiche di maggioranza ci sia la capacità di elaborazione di un progetto, di iniziative che guidino il processo dei tempi, non che seguano soltanto.

Noto che rischiamo sempre di parlare d'altro quando parliamo del programma per l'anno prossimo per la Regione ed è naturalmente necessario, poiché viviamo la sensazione di una gravissima carenza della capacità operativa, suffragata da un sostegno politico chiaro, che riguardi il ruolo della Regione.

Signor Presidente, lei in un suo passaggio ha espresso l'invito a resistere, credo che si tratti della necessità di disegnare e definire un ruolo della regione che secondo me ha uno spazio rilevante nella realtà nazionale ed europea, oltre che a livello locale ed al rapporto tra le due realtà provinciali.

Faccio questa sottolineatura chiedendo a lei e ai capigruppo della maggioranza, che brillano per la loro assenza nel dibattito sul bilancio della Regione, che cosa stanno facendo

le due Province autonome per essere parte viva, attiva, dinamica, incisiva del processo europeo, per la realizzazione di un rapporto forte tra le autonomie locali e l'Europa, rispettivamente nei confronti di un processo di riforma dello Stato italiano.

Ci sta qui anche una critica al ruolo della Regione, come è svolto signor Presidente, ma credo che vada fatto prima di tutto alle due Province e su questo ritornerò. Credo che il problema rilevante sia il grave limite operativo della Regione, quello che dobbiamo nell'immediato affrontare, però ci sono alcuni elementi anche di respiro.

Voglio subito fare un cenno alle cose dette dal cons. Brugger, non so dove lui abbia letto un progetto della riedizione del triveneto, non l'ho letto nella sua relazione Presidente, non lo leggo nel processo delle cose, non è un problema che ha calendario. Allora non vorrei che anche il collega Brugger, nell'affrontare i problemi di cui stiamo discutendo, facesse come ha fatto lei signor Presidente e cioè individuasse nemici più o meno fantasiosi nella realtà delle cose per parlare anche in questo caso d'altro.

Non so se sia realistico, collega Brugger, ragionare ancora in questo modo come otto anni fa e mantenendo una situazione a bagnomaria per la Regione senza affrontare il nodo. Non sono convinto che sia corretta la lettura del processo storico di questa nostra realtà, così come forzatamente fatto, è vero che il richiamo della dimensione regionale nell'accordo di Parigi è frutto di una qualche forzatura, ne siamo coscienti tutti; è realistico dire che c'è stato chi ha soltanto approfittato di questo stato di cose? Secondo me no, non è corretto...

(interruzione)

RELLA: Chiedo scusa, forse ho capito male la traduzione. Certo è che la specialità così come riguardante le cinque regioni speciali riguarda anche il Trentino-Alto Adige, non solo per ragioni di minoranze linguistiche o etniche, questo è un elemento forte, ma ci sono altre ragioni socio-economiche e territoriali che portano anch'esse a ripensare gli assetti istituzionali dello Stato e dell'Europa.

Credo, signor Presidente, quando parlavo di grave limite operativo della Regione, che si debba far riferimento al fatto che a differenza degli anni precedenti ci troviamo oggi in presenza di un processo di avvenuta definizione delle potestà, dei poteri reali, anche della Regione, non capisco perchè vengano messi in discussione, e di disponibilità di risorse certe e siamo al quarto anno della legislatura con questo bilancio, dunque in dirittura d'arrivo in una situazione assestata, rispetto alla quale non ci sono mai state condizioni ottimali per realizzare i progetti che la Regione ha annunciato, non ci sono mai state le condizioni di una disponibilità straordinaria di risorse che tutti conosciamo, di una consistenza che è superiore al ruolo e alla esigenza, forse al bisogno.

Abbiamo sentito stamattina insistere, nei due interventi che mi hanno preceduto, sulla necessità di trasferire le risorse finanziarie alle Province. Voglio dire una cosa su questo aspetto. Sono convinto che la funzione amministrativa debba essere esercitata a livello provinciale, mi chiedo con quale credibilità i governi locali e le forze di maggioranza hanno concordato con lo Stato, con il Governo nazionale la definizione della norma finanziaria, che attribuisce risorse alla Regione, è un'astuzia per far fare alla regione un ruolo da by-pass tra lo Stato e le Province, da questo punto di vista credo che si debba essere un po' più chiari, le risorse sono assegnate alla Regione, perchè svolga il proprio ruolo, non perchè funga da by-pass, altrimenti chiedo a Ritz, a Magnago, a Durnwalder, a Malossini e anche a lei Presidente Andreolli, perchè avete firmato l'adesione alla legge 386 e perchè avete firmato l'altro giorno la definizione della norma di attuazione in materia finanziaria con lo Stato, che assegna fondi alla Regione.

E' giusto dire che la Regione non deve andare oltre i propri confini, ma quello che ha lo deve esercitare, quello che le è stato assegnato secondo un accordo sviluppato in un'intesa sottoscritta la settimana scorsa, cons. Brugger, a Roma, qui c'è bisogno di chiarezza, poi stabiliamo in quale modo vanno esercitate le funzioni amministrative.

Sono tre le condizioni che mi sono appuntato di straordinaria positività per procedere nei progetti della regione e credo ci sia anche un sopraggiunto equilibrio di convivenza all'interno di questa realtà regionale, per quello che posso dire anche rispetto al passato tra le stesse Province autonome e la Regione e mi spiego su questo che potrebbe apparire una contraddizione. Ruoli che sono sostanzialmente definiti, rispetto ai quali la carenza è delle forze politiche, credo che all'interno di quest'aula noi svolgiamo un ruolo che è più istituzionale che politico e che la definizione dei progetti, anche relativi all'assetto istituzionale nuovo, più avanzato, sono progetti che vanno elaborati in una capacità delle forze politiche di maggioranza, una capacità di elaborazione congiunta e di confronto politico che non si esaurisce nei due giorni mensili all'interno di quest'aula, non è questa la sede.

Sono convinto che questa è una sede funzionale per definire alcuni rapporti ordinamentali tra le due realtà provinciali, ma il momento politico è quello di carenza, secondo me c'è una forte deficienza culturale da questo punto di vista.

Il terzo elemento è quello che riguarda la definita potenzialità per la realizzazione dei progetti, dunque risorse, una situazione di convivenza più forte del passato, migliore e la terza è quella della possibilità di realizzazione piena dei progetti.

Badiamo bene che noi del PDS non intendiamo nè svolgere il ruolo, nè essere in qualche modo considerati come guardiani dell'esistente, siamo tra le forze che sono state permanentemente critiche su un processo di insufficienza anche politica e culturale, siamo tuttavia convinti che un ruolo così assestato risponde a una funzione di ordinamento per i problemi che sono comuni alle due realtà, costituisce un momento di collante essenziale tra le due Province, è il momento deputato senza possibilità di sostituzione, se ragioniamo in termini seri e responsabili e con realismo alla definizione di questi rapporti e credo anche un ruolo importante nel processo che vedrà crescere la nostra interazione tra le due Province e l'Europa.

E' proprio su questo piano che necessita, da parte delle forze politiche, posto che questi nodi non si risolvono in quest'aula, maggiore investimento politico e culturale su questo ruolo. A me sorprende che dopo otto anni si dicano ancora le stesse, identiche parole.

Credo che sia tanto vano un pavoneggiamento che rischia di essere vuoto da parte della Regione, al di là della propria funzione e dimensione, quanto siano vani e negativi i furbeschi e gelosi aggiramenti delle due Province, di cui ho appena parlato rispetto anche alla norma definita la settimana scorsa.

Ritengo che sia stata sbagliata l'emarginazione del ruolo della Regione nel processo di ricostruzione di rapporti nell'ambito del Tirolo-Vorarlberg, che riguardano questioni più ampie rispetto a quelle dell'Accordino e relegare la Regione in un ruolo di presenza soltanto legato all'Accordino e il collega Brugger sa benissimo che è un istituto che conta come il due di briscola, dal punto di vista politico è significativo ed importante, dal punto di vista sostanziale non conta alcunché, sia stato sbagliato e improprio emarginare la Regione.

Ritengo sia essenziale definire con più chiarezza il ruolo nell'ambito del nostro sistema tripolare della azione che vogliamo fare nei confronti del processo europeo e di revisione della Costituzione italiana, sia essa regionalista o federativa. Questo mi pare il compito principale politico e culturale delle forze di maggioranza e non pare più accettabile che queste stesse forze che governano sia le due Province, sia la Regione, si balocchino ogni anno in un annesso e permanente teatrino sulla indefinita prospettiva di funzione e sopravvivenza della Regione. Sembra un gioco inutile, sbagliato e deviante, perchè poco realistico e poco

ragionevole.

Credo in sostanza che non si debbano inventare nè mostri, nè nemici, che ognuno debba fare la propria parte, il proprio dovere e che si apra però da una constatazione che non farei più sulla situazione da una sorta di limbo per questo Consiglio regionale, farei piuttosto la constatazione sulla carenza di progetto.

Presidente, insisto a dire che è compito delle forze politiche e di quelle di maggioranza in particolare di assumere con maggiore apertura culturale e impegno politico il ruolo che loro spetta per definire meglio un progetto.

A competenze definite, signor Presidente, dobbiamo constatare che su alcuni campi, per esempio, Catasto e Fondiario, il ritardo non è soltanto colposo, faccio una sottolineatura pesante, ritengo che ci sia una situazione di dolo, che il ritardo sia doloso anche perchè la mancata realizzazione di un progetto, ormai diventato maggiorenne a una quindicina d'anni di età, non ha trovato realizzazione, anche perchè ci sono ragioni di tipo elettorale, nel definire meglio in questa realtà un recupero di equità tributaria, faccio riferimento per esempio a tutto un settore ancora non aggiornato, relativo al territorio agricolo non riclassificato e allo sviluppo possente nel settore edilizio che non ha trovato adeguato aggiornamento.

Credo che oggi si imponga un salto anche di celerità, di recupero quindi, una straordinaria accelerazione; il 1992 questo dovrebbe dare, i 15 miliardi di bilancio, signor Presidente, dicono invece che non è questa l'intenzione della Giunta.

Credo che sulla questione dell'ordinamento dei comuni, che è un compito importante, si è in ritardo di 14 anni e a me pare che assuma forte rilievo la denuncia da lei fatta nella relazione sulla resistenza delle province a recepire la 142 e la legge 616, che ormai ha 14 anni, siamo l'unica realtà in Italia che non ha trasformato in ordinamento regionale i principi del decreto 616, sui trasferimenti delle competenze e siamo in ritardo, signor Presidente, di 4 anni sull'applicazione della norma di attuazione, sulla realizzazione di questo processo di decentramento, trasferimento delle competenze, che prevede la norma di attuazione sottoscritta dai governi locali e dalle forze di maggioranza, nel momento in cui è stata fatta la norma a livello di Commissione dei 12.

Un'altra volta un richiamo alla mancata coerenza, alla inaffidabilità. Credo che ci sia un problema di sine cura, ma credo che ci sia in particolare una dimostrazione palpabile del fallimento delle forze di governo della Regione nei confronti delle Province, sulla resistenza a fare queste leggi di riforma, che sono essenziali, quella del trasferimento delle competenze credo sia la principale per realizzare condizioni di più diffusa democrazia.

Così sulla previdenza integrativa, anche questo è un progetto vecchio. Il cons. Benedikter è testimone per le sue analisi sulla procedibilità giuridica, sulle posizioni anche resistenti nei confronti di certi processi, oppure sul lancio di ipotesi che andavano al di là dei progetti che poi sono venuti definendosi per iniziativa delle forze di maggioranza. E' da molti anni che si discute di questo tema.

Non voglio riprendere quanto già abbiamo detto sul disegno di legge definito come "pacchetto famiglia", siamo convinti che rispetto ad un ripiegamento ideologizzato sulla famiglia ci sia uno spazio d'azione della Regione per la previdenza integrativa molto più ampio e socialmente significativo, non riprendo quello che abbiamo già detto, ma credo che qui ci sia la possibilità e qui sbaglia profondamente il collega Brugger e sottolineo questo errore di strategia politica, sbaglia nel momento in cui dice che la Regione non deve ricercare nuovi spazi e si debbono — lui dice — realizzare le condizioni di competenza specialistica che già ci sono.

Non è vero, non è così, le Province e la Regione hanno un compito da svolgere di contrattazione nuova con lo Stato, più forte, dico che è sorprendente il fatto che a livello nazionale si modifichi la Costituzione per quello che riguarda il Titolo V° e cioè gli artt. 116,

177 ed altri, relativi alla esaltazione del ruolo delle regioni, vuotando lo Stato dalle funzioni gestionali che non abbiano valenza di strategia, ormai lo sappiamo tutti, difesa, giustizia, moneta e politica estera, tutto il resto alle Regioni, è sorprendente l'inerzia della regione Trentino-Alto Adige rispetto a questo processo, della Regione come assetto tripolare delle due realtà, è sorprendente perchè il Trentino-Alto Adige costituisce la realtà più ricca di condizioni di eccellenza, per usare i termini attuali, di più vera specialità, perchè c'è una presenza di minoranze etniche, linguistiche che non ha pari in nessun'altra realtà, perchè ha una funzione di cerniera che nessun'altra regione ha in Italia, perchè ha una dimensione anche che non ha la Valle d'Aosta che è una regione speciale, perchè ha una condizione diversa rispetto al Friuli arrivato ultimo alla specialità e un po' brutta copia delle regioni speciali e contemporaneamente di quelle ordinarie; il Trentino-Alto Adige ha anche una storia consolidata, di sperimentazione della convivenza e può essere l'elemento più avanzato oggi, può essere la punta di diamante di un processo di revisione intelligente dello Stato e anche del processo europeo.

Da questo punto di vista il Trentino-Alto Adige è oggi al traino del processo nazionale, non è protagonista di queste revisioni, è vittima di una sorta di egoismo e di una miopia localistica, voglio dire che se noi ci riempiamo la bocca di rapporti con l'Europa, di fatto continuiamo a pensare alla definizione soltanto delle nostre condizioni, norme di attuazione relative al nostro pacchetto di autonomia, ma rischiamo di restare in ritardo, perchè fortunatamente anche in Italia le cose si stanno muovendo e siccome la soluzione non può stare nel leghismo, nelle esasperazioni, nell'estremismo qualunquistico, a noi spetta una funzione alta anche in Italia.

Da questo punto di vista anche la relazione della Giunta ci pare povera di contenuti. Credo ci sia bisogno di questo salto di impegno culturale e politico a partire dalle forze di maggioranza, ma ritengo che coinvolga un po' tutti nella necessità anche di aprire un campo nuovo di confronto su questi temi, colleghi della maggioranza, con chi si batte anche al di fuori della realtà locale per questi processi e non basta, signor Presidente, nè il rapporto con il coordinamento delle regioni, nè i momenti che rischiano di restare isolati di convegni nazionali o internazionali per affrontare questi problemi.

C'è quindi un tema che riguarda anche il nostro assetto istituzionale. Non siamo convinti che lo Statuto debba restare ingessato così com'è, siamo convinti che una fase che si sta concludendo, relativa al pacchetto legato al secondo statuto di autonomia, apra l'esigenza di un ripensamento su noi stessi; credo, per esempio, che il lavoro del Consiglio regionale vada ripensato, che anche il lavoro delle stesse Commissioni vada ripensato, si potrebbe partire anche da una moltiplicazione delle Commissioni, da due farne quattro, riducendo il numero dei componenti e riducendo a metà i tempi di elaborazione, di licenziamento dei progetti di legge.

Voglio dire che in questa situazione il rischio forte è quello di non riuscire più a determinare le priorità dei progetti e di andare avanti a spintoni, a sollecitazioni che vengono dai singoli assessori o singole forze politiche, senza riuscire a darci un quadro operativo intelligente, con priorità definite.

Credo ci sia anche la questione elettorale. Lei Presidente lanciava un segnale di rammarico della Giunta regionale per non aver raggiunto un accordo, un'intesa sulla riforma elettorale e nel notare che i tre partiti della maggioranza marciano ognuno per conto proprio.

Non ho mai capito quale sia la misura della disponibilità del SVP ad affrontare questo tema, conosco meglio le posizioni della DC. C'è un processo nazionale che interessa anche a noi e che in qualche modo è messo anche nell'ipotesi di riforma di recepimento della 142 l'elezione diretta dei governi locali; c'è un problema che riguarda la proporzionale pura obbligatoria in Alto Adige; c'è un problema che riguarda la procedibilità di un referendum

propositivo al riguardo, di iniziativa di un disegno di legge; ci sono alcune questioni che attengono anche a una modifica dello Statuto, vediamole, affrontiamole, ma c'è un problema anche qui. Non può esserci una soluzione, nè una sorta di progetto vorace, come è stato presentato qualche anno fa, facciamo bocconi rapidi delle forze minime e poi procediamo, no, forse c'è qualcosa di più interessante da un punto di vista del processo politico culturale.

Noi non siamo per lo Statuto, così come è formulato, immodificabile, non è un tabù, al positivo procedere dei rapporti tra le Province e a questo aprirsi anche di problemi nuovi nei rapporti con lo Stato e con l'Europa, quindi un ruolo della Regione, non siamo chiusi alla analisi e alla ricerca di assetti anche diversi, così le cose non possono andare avanti e non si risolvono di certo nè in uno sperpero di spese di immagine per la Regione, nè in qualcun altro aspetto, che poi nell'articolato può essere ripreso relativamente ad alcuni capitoli.

A noi pare che l'occasione di questo bilancio ponga in realtà un tema, che dovrebbe impegnarci a discutere, al di là della scadenza delle politiche, prima della fine della legislatura, sulla definizione di questi ruoli e sulla organizzazione di una nostra azione coordinata, più organica nei confronti dell'Europa e del processo anche di revisione costituzionale italiano, senza doverci ritrovare magari a giugno a discutere sull'assestamento del bilancio, ripetendoci semplicemente il principio in base al quale la Regione deve stare all'interno del proprio abito e poi di fatto non riusciamo a trovare il momento operativo, che potrebbe essere il nuovo spazio al ruolo delle Province, ma che apre anche una funzione più dinamica per la nostra autonomia speciale.

Da questo punto di vista non possiamo certamente dichiararci soddisfatti nè dallo stato delle cose, nè dalla verifica che abbiamo fatto la settimana scorsa, nè dalla proposta che ci viene sottoposta per il programma e il bilancio della Regione. Grazie.

Präsident Peterlini übernimmt wieder den Vorsitz
Riassume la Presidenza il Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Rella.

Der Nächste auf der Rednerliste ist der Abg. Levegghi.
Bitte, Herr Abgeordneter.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Rella.

Il prossimo relatore iscritto a parlare è il cons. Levegghi.
Prego, ne ha facoltà.

LEVEGHI: Presidente Andreolli, devo dire francamente che leggendo la sua relazione non ho capito, se lei ha coraggio o se lei sia spregiudicatamente rassegnato a questa situazione di condanna.

Il Presidente per la prima volta in questi tre anni pone una domanda nella sua relazione e cioè se la Regione va mantenuta o meno e lo fa forse oggi per la prima volta, perchè si sta chiudendo il pacchetto e si sta aprendo una prospettiva europea.

Allora qual è oggi il ruolo della Regione? Se finora la si poteva vedere come garante dell'autonomia trentina, o meglio così è stata letta dal SVP, più volte lo SVP e Magnago hanno rimproverato come l'autonomia trentina sia un grazioso regalo dell'autonomia altoatesina, che ha trovato nell'ambito della Regione la propria giustificazione – questa è la tesi da sempre sostenuta del SVP – ora che il pacchetto si va chiudendo e che viene ulteriormente garantito da questo ancoraggio internazionale, che anche l'autonomia trentina può assumere pari dignità, la Regione potrebbe smettere questo ruolo, mentre maggiore potrebbe diventare

quello di punto di riferimento delle due Province, come elemento equilibratore e portavoce super-partes delle istanze e delle proposte per l'Europa.

Sono convinto che in Europa la nostra regione potrebbe avere maggior peso, non minore certo delle altre regioni per mancanza di competenze, ma proprio perchè somma di due realtà così particolari e di grande specialità, ma forse troppo piccole per andare da sole in Europa e troppo facilmente preda di tentazioni campanilistiche o autodeterministiche.

Certo la regione – diceva il Presidente – può aprirsi al nord e anche a est, ma è importante prima di tutto capirsi definitivamente a nord e a sud di Salorno, cosa che mi pare non sia del tutto chiarita, dopo l'intervento del cons. Brugger di questa mattina, e se non chiariamo questo aspetto che credibilità avremo in Europa?

Si badi bene però che questa funzione, questo ruolo politico verso l'esterno e verso l'Europa ha diritto d'abitazione in quest'aula solo se vi è un riconoscimento politico da parte delle due stesse province, a me pare peraltro che questa disponibilità non esista affatto, cioè la Provincia di Trento e quella di Bolzano non sono disposte a riconoscere questo ruolo politico alla Regione, sarà perchè lo SVP in particolare non intende demordere dalla propria azione quotidiana di demolizione della Regione o sarà perchè viviamo una contraddizione e cioè che il Consiglio regionale è somma di due Consigli provinciali, per cui all'interno di quest'aula si consuma la contraddizione che il ruolo prevalente delle due Province va di fatto a sopprimere e ad annullare anche un ruolo di minore importanza sul piano squisitamente locale delle competenze, che è quello della Regione. Non vi è un'opposizione di interessi fatta da persone diverse, siamo le stesse persone a Trento e a Bolzano quando sediamo in Consiglio provinciale e regionale e quindi anche questa situazione determina che la Regione paghi un prezzo sull'altare del maggior ruolo delle due Province.

Quindi che sia più vera l'azione demolitrice del SVP o la seconda o ambedue, è comunque necessario uscire da questo empasse e cioè se la Regione va mantenuta o meno, noi vi diamo una risposta chiara: così come la volete voi è meglio chiuderla, se la Regione deve essere questa farsa chiudiamola, è più serio.

Presidente, riteniamo che la Regione dovrebbe essere semplicemente quella che lo Statuto ha previsto nel 1972, però quelle competenze dovrebbero essere attuate, non vado cercando ruoli diversi e superiori per questa Regione, dico che la Regione ha senso se quelle competenze le esercita fino in fondo, ma se quelle competenze vengono ingessate, ibernare per volontà soprattutto del SVP, allora bisogna avere il coraggio, se lei non mi pone alternative, che significa cioè rinunciare ad applicare quello previsto dallo Statuto nel 1972, perchè questo è quello che lei ci impone Presidente con il suo bilancio e con le sue dichiarazioni, rinunciare a far svolgere alla Regione il ruolo che lo Statuto le attribuisce. Quindi o così o niente ed è meglio niente, perchè è più serio.

Le dicevo che a mio avviso, giorno per giorno, viene messo a questa regione, alle proprie competenze un silenziatore e quindi non si fa un passo in avanti. Ricordava stamattina il cons. Tonelli la riforma degli enti locali, quale autonomia vantiamo con i ritardi che portiamo in questa riforma, con una copiatura di quella legge, dove alcune questioni significative come l'accorpamento dei comuni è sì recepita in questo disegno di legge, ma ad uno stato quasi larvale, soprattutto per problemi anche oggettivi in parte, per dubbi politici che lo SVP ha manifestato.

La competenza relativa alle Camere di commercio, non si tratta di espropriare niente a nessuno, è vostra e a cosa si limita? A quelle enunciazioni fatte sul bilancio, avevate un progetto in mano utilizzando parte delle ricche risorse che avete a disposizione per la valorizzazione delle due Camere di commercio, con dei progetti che le stesse Camere avrebbero portato avanti nei servizi alle imprese. La Camera di commercio di Bolzano e d'accordo quella

di Trento e di fronte ad uno starnuto del cons. Durnwalder vi siete fermati. Ha detto: basta, non si fa niente, questo rientra nel cassetto. Non andavate a ricercare ruoli e spazi diversi che competono ad altri, erano le vostre competenze che dovevate esercitare, ridando smalto magari e creatività nel momento in cui avete delle risorse a disposizione, nell'ambito delle vostre competenze.

Presidente, o la Regione esercita appieno le proprie competenze, o è meglio che chiuda.

Al di là della pregevole accademia cui è sempre costretto lei nelle sue relazioni per motivare l'esistenza di quest'ente, alla quale lei stesso, fra le righe, sembra non credere appieno, ma al di là di un ruolo culturale, filosofico, politico, di testimonianza al quale la Regione è costretta, perchè alla vigilia dell'Europa unita non ci chiediamo, una volta per tutte, a chi giova, ma dandoci una risposta sincera. A chi giova questo assemblaggio di due assemblee, portatrici ciascuna del proprio modo di pensare, anziché di un consiglio ad hoc, cosicché è una sorta di elastico che ognuno tira dalla propria parte, qual è il collante di queste due Assemblee? Qual è il collante dei partner di Giunta? Questo sarebbe importante capire.

Credo che l'unico elemento in comune è di non aver niente in comune fra i due partner di Giunta, probabilmente quel vecchio adagio per il quale una volta si diceva che i matrimoni funzionano quando due sono diversi, voi lo applicate, perchè siete talmente diversi e con tendenze diverse che di fatto state assieme.

Apprezzo la sua buona fede Presidente, lo dico sinceramente, lei è ostaggio di questa condanna politica per cui la Regione deve essere governata dalla DC e dal SVP, che non permettono alla Regione di attuare le proprie competenze, perchè non sono d'accordo, non hanno niente in comune questi due partner sull'obiettivo politico del ruolo della Regione e lei è ostaggio di questa situazione.

Signor Presidente, è grave a mio avviso questo ruolo che oggi svolge la Regione, per un cattivo esempio di autonomia, una Regione che sopravvive a se stessa ed in cui un partner fondamentale della coalizione non crede affatto, è un gioco al massacro, che non ci piace. Non pretendo che la Regione assuma un ruolo politico che gli altri non vogliono riconoscerli, anche se sarebbe importante nell'ambito europeo, ma che quantomeno eserciti le competenze che le sono attribuite e invece lei diventa oggi il garante e anche il responsabile, purtroppo, di questa sorta di ibernazione, ostaggio del SVP e della sua logica da un lato e dalla presenza ingombrante in quest'aula delle due Province e quindi in questa situazione credo che lei non possa chiedere solidarietà politica all'esterno della coalizione, quando non riesce ad ottenerla al suo interno.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Leveggi.

Der nächste Redner ist der Abg. Tribus.

Er hat das Wort.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Leveggi.

Il prossimo relatore iscritto a parlare è il cons. Tribus.

Prego, a Lei la parola.

TRIBUS: Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, ob nach der Einladung des Präsidenten zum Widerstand sich nun nach Abschluß dieser Haushaltsdebatte eine Partisanengruppe für die Region herausbilden wird oder aber ein Begräbniszug, der sich mit der Aufgabe abfinden muß, eine De profundis anzustimmen. Das Klima ist heute eher nach De profundis als nach Partisanengruppe. Ich glaube, daß sich hier im Grunde tatsächlich eine beklagenswerte Farce abspielt, bzw. daß wir zu Beginn der Haushaltsdebatte feststellen müssen,

daß dieser Mehrheit keine Mehrheit hat und daß effektiv die "Los von Trient"-Logik nicht überwunden ist, mit dem einzigen Unterschied, daß die Herren des "Los von Trient" damals aus der Region ausgezogen sind und somit zumindest eine gewisse Konsequenz bewiesen haben, die heute nicht bewiesen wird. Wir sind heute in der beklagenswerten Situation, daß der Vizepräsident des Regionalausschusses trotz seiner frenetischen Aktivitäten doch noch Zeit hat zu verkünden, die Region sei zu Ende. Wir sind heute in der beklagenswerten Situation, feststellen zu müssen, daß wahrscheinlich der Abg. Brugger, der seinerseits das Ende angekündigt hat, vielleicht morgen Präsident des Regionalrates sein wird. Ironie des Schicksals, lieber Siegfried, weil dem Kollegen Zingerle ist es auch so gegangen. Das hängt aber natürlich vom Präsidenten und von der Eisenbahn ab. Aber es könnte sein, daß vielleicht Brugger von diesem hohen Sitz aus die Region schließen wird können. Der Rahmen, in dem sich das Ganze heute abspielt, ist tatsächlich desolat und es ist zum ersten Mal – glaube ich – in der bisherigen Erfahrung, die ich hier gemacht habe, daß der Präsident des Regionalausschusses seine Rede zum Haushalt für das Jahr 1992 dazu gebrauchen muß, den Versuch einer politischen Legitimierung anstellen zu müssen. Resolut auf der einen Seite, zaghaft auf der anderen Seite, fordert er Solidarität und wir müssen heute feststellen, daß bisher die Solidarität von der Minderheit kommt, wenn sie kommt. Also frage ich mich, lohnt es sich, nach wie vor weiterhin die Fahne Region hochzuhalten, wenn die politische Mehrheit offensichtlich nicht gewillt ist, in irgendeiner Weise, in irgendeinem Rahmen sich mit dem Gebilde Region auch in Zukunft auseinandersetzen zu wollen. Lohnt es sich heute noch an eine Regionalisierung Europas, von der wir heute alle ausgehen, zu glauben? Aufgrund der Panik vor Europa hat sich in kürzester Zeit ein Gedanken in Italien breitgemacht, den man Föderalismus und Regionalismus nennt. Heute sind alle Föderalisten und alle Regionalisten, aus Angst vor Europa zerquetscht zu werden. Deshalb hatte Südtirol ja historisch irgendwie die beneidenswerte Situation von einer Mehrsprachigkeit auszugehen, die sich auf verschiedene Länder erstreckt und auch aus der Historie positiv schöpfen kann. Das wird auch immer verwendet, wenn man damit europäisch hausieren geht. Brugger sagt zu Recht: wir haben heute sogar ein höheres Gebilde erprobt als die Region Trentino-Südtirol, weil ja bereits ein Vierer-Landtag stattgefunden hat und somit im Ansatz ein Gebilde ausfindig gemacht wurde, das aufgrund von Gemeinsamkeiten kultureller, sprachlicher, ökologischer und gebietsmäßiger Art einen Stellenwert in Europa haben könnte. Wenn ich Brugger richtig verstanden habe, glaubt er aufgrund dieses neuen Gebildes auf diese Region vielleicht verzichten zu können.

Die Visionen, die heute auf diesem Gebiete durch Europa geistern, sind tatsächlich nur Visionen und niemand, auch nicht diese Region, ist imstande, voranzusehen, welchen Stellenwert tatsächlich die Regionen in Europa haben werden. Wenn man heute nach Europa geht, also in das heute existierende offizielle EG-Europa wird man feststellen, daß kein Stellenwert vorgesehen ist und daß der Stellenwert, den die Regionen sich in Europa herausholen können, tatsächlich erst geschaffen werden muß. Um diesen Stellenwert der Regionen zu schaffen, braucht es eine intensive europäische Bewußtseinsbildung, denn nur so werden wir auch imstande sein, die Bevölkerung dafür zu motivieren. Ich meine, wir brauchen uns nichts vormachen. Die Bevölkerung hängt am Kirchturm und es ist ein Leichtes, den Kirchturm zu verteidigen. Das sehen wir heute in Italien und die Kirchtumpolitik beherrscht auch weite Teile Europas. Es kann nicht die Aufgabe der Politik sein, der beiden Länder sein, noch mehr auf den Kirchturm zu setzen. Auch wenn der Trend eindeutig in diese Richtung geht. Der europäische Gedanke ist nach wie vor schwach, trotz der Deklarationen der Politik. Der europäische Gedanke ist überhaupt nicht in der Bevölkerung verwurzelt, weil heute mit dem europäischen Gedanken doch mehr Gefahren als positive Aspekte verbunden werden. Man braucht nur an die Einwanderung zu denken. Also die extrakomunitären Einwanderer auf der

einen Seite, man braucht nur an die wirtschaftlichen Gefahren zu denken, die verschiedenste Kategorien fürchten, wenn es zu einem Europa kommen sollte. Also ist die Aufgabe der Politik eindeutig die, den europäischen Meinungsbildungsprozeß voranzutreiben. Ich muß sagen, daß ich diesbezüglich sehr wohl die Rolle der Region Trentino-Südtirol als äußerst notwendig betrachte und empfinde; trotz aller Bedenken, die man gegen die vielleicht oft übertriebene Selbstdarstellung der Region haben kann, glaube ich, daß die Aktivitäten, die die Region gerade im Zusammenhang mit dem Europa-Gesetz entfaltet und entwickelt, das Um und Auf für die neue Rolle der Region darstellen. Nur in diesem Rahmen kann sie sich behaupten und dieser Sektor muß vorangetrieben werden, ohne Angst, daß dadurch die beiden Länder etwa zu kurz kommen könnten. Ich frage mich, welcher einsichtbare Grund kann von der Volkspartei heute gegeben werden, um nach wie vor in dieser Los von Trient-Position zu verharren. Ich kann es für eine bestimmte Generation verstehen, von Exponenten der Volkspartei, die objektiv historische Gründe dafür ausfindig machen kann. Ich habe aber kein Verständnis und es ist für mich nicht einsichtig, wenn die "Junge Generation" heute genauso in dieser Logik verwurzelt bleibt und nicht imstande ist, die kleinen Schranken innerhalb zweier Länder, die bereits zusammen waren, abzubauen. Klar, heute veröffentlichen die Tageszeitungen eine Meinungsumfrage über das Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol und wir müssen feststellen, daß wir noch weit davon entfernt sind, in Südtirol zum Beispiel, von einer positiven Akzeptanz der Autonomie. Wenn wir davon ausgehen, also von einer Autonomieakzeptanz, die noch sehr zu wünschen übrig läßt, dann müssen wir uns vorstellen, was es heißt, in Zukunft diese Bevölkerung von einer Europäisierung zu begeistern und überzeugen zu müssen. Wenn tatsächlich noch innerhalb des Landes das Mißtrauen so groß ist, dann kann man sich vorstellen, in welche Richtung die europäische Integration gehen wird. Die europäische Integration kann nicht bedeuten, daß wir Tausend kleine Gettos schaffen, Tausend keine Mikrocinheiten, wo jeder auf seine Partikularität achtet und jeder darauf achtet, daß der Zaun um den Garten möglichst hoch ist, damit niemand hineinschaut. Das kann nicht das Europa der Regionen sein, weil wir damit auch historisch einen Schritt zurückgehen würden. Ich glaube, daß heute die Region tatsächlich diesen positiven Anstoß geben könnte, vorausgesetzt aber natürlich, daß es dazu auch den politischen Willen gibt und dieser politische Wille, der fehlt heute, der wird der Region ganz einfach abgesprochen. Was Brugger heute früh gesagt hat, war mehr oder minder ein Diktat an die Regionalregierung, was sie tun darf und was sie nicht tun darf. Abgesehen von allen statutarischen Verpflichtungen, die die Region geradezu hat, wird heute mitgeteilt: nein, die Linie ist die, alle Kompetenzen sollen auf die Provinzen übergehen. Es sei nicht an eine regionalistische Umwandlung der Region Trentino-Südtirol zu denken. Man sei gegen jede Aufwertung und zeichnet bereits den neuen Weg vor. Der neue Weg ist diese positive, grandiose, medienwirksame Interaktion zweier dynamischer Landeshauptleute, an die alles delegiert werden soll. Auf der einen Seite Malossini auf der anderen Seite Durnwalder, die werden unsere Geschicke schon in die Hand nehmen. Ich glaube, daß das falsch ist. Es ist falsch und kurzfristig und mich wundert gerade bei Siegfried Brugger, der ja als ein zumindest auch ökonomisch denkender Mensch gilt, wenn er die zum ersten Mal mit einer Rede des Präsidenten Andreolli enthaltene Hypothese der Einbeziehung des Ostens als faschistisches Relikt erfaßt und sagt: Um Gottes Willen, es kommt der Triveneto wieder. Man kann die Historie immer bemühen und man wird in der Historie immer etwas finden, um etwas beweisen zu können. Aber es ist nicht unbedingt zielführend in diesem Falle einen Teufel an die Wand zu malen, der nicht existiert. Wenn man bedenkt, daß wir in diesem Hause, in dieser Region, vor nicht allzulanger Zeit damals auf Vorschlag der Volkspartei, ich glaube sogar Frasnelli und PDS war das, eine Föderalismusresolution an das Parlament verabschiedet haben und das Parlament auffordern, man möge doch endlich diesen Staat föderalistisch umgestalten. Diese Resolution damals war

für mich ein Lichtblick, weil ich mir gedacht habe, endlich wird sich auch die Volkspartei ihrer nationalen Rolle bewußt. Endlich ist sie soweit als Partei abgesichert, daß sie sich leisten kann, auch ihren oft wirklich nicht entschuldbaren Egoismus zu überwinden, nur auf sich zu schauen, ihren Egozentrismus, ihre übertriebene Nabelschau und auch ein bißchen aus dem Fenster hinauszuschauen, was im Süden passiert. Wir haben das damals als positives Signal gewertet und werten es auch als positives Signal, wenn jetzt die Volkspartei diesen Referendumsantrag unterschrieben hat, der von einer Reihe von politischen Kräften eingebracht worden ist und der wahrscheinlich im Jänner hier diskutiert wird und die Drohung des Referendums ausgesprochen wird, um den Staat zu zwingen, durch die Abschaffung einiger Ministerien diesen Prozeß zu beschleunigen. Wenn das der Rahmen ist, der vor einiger Zeit abgesteckt worden ist, dann muß ich mich wundern, wie heute die Volkspartei so tut, als sei nichts geschehen und mit Positionen aufwartet, die zwar jedes Jahr wiederkommen, eigentlich nichts Neues sind, aber somit tatsächlich die Glaubwürdigkeit dieser Partei in Frage stellen. Man kann nicht das eine wollen und gleichzeitig, wenn es um unser eigenes Gebilde geht, so tun, als seien wir noch in den 50-Jahren, als seien noch irgendwie eine Übertölpelung oder Übervorteilung in Sicht, eine Gefahr, die droht, die Existenz, die Befugnisse der beiden Länder in Frage zu stellen.

Ich glaube, gerade der sich abzeichnende Paketabschluß gibt diese Sicherheit. Aber dazu ist auch zu sagen, daß es heute in der Volkspartei wohl einige Kräfte gibt, die sich gegen den Abschluß des Paketes aussprechen oder zumindest den Paketabschluß verzögern wollen. Wer den letzten Kongreß der Volkspartei verfolgt hat, hat gesehen, wie mit dem Feuer gespielt wird. Man hat gesehen, daß alles das, was in diesem Hause als Kalender für den Paketabschluß mitgeteilt wurde, heute bereits überholt ist. Man hat gesagt: Ja, wenn das und das im Parlament verabschiedet wird, dann ist fertig: 111, Konservativum, Gericht usw. Theoretisch hätten wir heute fertig. Gestern ist die Maßnahme 111 verabschiedet worden, bleiben noch die Optanten und damit wäre fertig. Also offiziell hat es immer geheißt, sind das die Maßnahmen, die getroffen werden müssen, um einen Abschluß des Paketes zu erreichen. Es genügt eine Brennerkundgebung. Es genügt ein eher turbulenter Kongreß der Südtiroler Volkspartei, um aus der Presse erfahren zu müssen, daß a) die internationale Absicherung hinzukommt, über die seit Jahren gestritten wird, also man könnte da Moro vorlesen usw., daß eine EG-Absicherung erfunden wird, von der man tatsächlich heute nicht weiß, wo sie vorgebracht und eingebracht werden könnte und man erfindet oder man entdeckt den sogenannten "Maltoito", der über Jahre zurückgeholt werden muß, als unabdingbare Voraussetzung, um überhaupt zu einem Abschluß zu gelangen. Dann natürlich stellt sich die Frage: Will man abschließen? Wir scheint nein. Oder aber will man tatsächlich das ganze soweit strapazieren, daß Österreich und Italien sich genötigt sehen, einseitig und ohne Segen der Volkspartei das Paket abzuschließen, um dadurch zu erreichen, daß die Volkspartei weiterhin den ethnischen Kampf weiterführen kann, weil es ist tatsächlich so, den Eindruck wird man nicht los, daß es heute der Volkspartei mehr um die eigene Legitimation geht als um einen positiven Abschluß, der tatsächlich eine Befriedung einleiten könnte. Ich verweise wieder auf die Daten, die heute diese ASTAT-Untersuchung aussagt und ich würde auch dem Präsidenten der Regionalregierung empfehlen, diese Daten zu lesen, weil sie sind zum Teil schwerwiegend. Die Zeichen oder die Aktionen, die Aussagen, die in den letzten Monaten von der SVP-Front kommen, werden dazu beitragen, dieses Mißtrauen noch zu steigern und werden dazu beitragen, daß die positive Entspannung, die allgemein als gegeben anerkannt wird, wiederum zu gefährden oder auch ad absurdum zu führen. Deshalb ist die politische Lage doch schwieriger als allgemein angenommen. Die Daten, die heute publiziert sind, sind doch eine kalte Dusche, weil wir feststellen müssen, daß zwischen Politik und Bevölkerung doch eine große Spaltung besteht und Aufgabe der Politik wäre es, diesen Graben zu schließen. All das, was heute passiert, geht in eine andere Richtung. Es fehlt nur noch die

Toponomastik und wir sind wieder dort, wo wir vor einigen Jahren waren und dann natürlich wird wieder das große Wehklagen beginnen.

Ich muß sagen, in diesen Rahmen stelle ich auch das Problem der Region. Die Abschaffung der Region, wie sie heute gestellt wird, ist wiederum das. Dieser kleinkarierte Versuch, nur das Negative herausstreichen zu wollen und dieses sich Verschließen vor jeder neuen und positiven Dimension, ist eine Gefahr. Eine Gefahr für Südtirol und vor allem eine Gefahr für den europäischen Prozeß, dem wir nicht ausweichen können. Dessen müssen wir uns bewußt sein und es wäre natürlich wünschenswert, wenn von seiten der Regionalregierung zumindest Zeichen der Entspannung kommen könnten. Es muß auch endlich diese widersprüchliche Position geklärt werden, daß auf der einen Seite ein Vertreter oder Fraktionssprecher einer Mehrheitspartei das sagt, was er heute gesagt hat und auf der anderen Seite immer fleißig diese selben Vertreter in der Regionalregierung sitzen und dort den positiven Aspekt verwalten und der positive Aspekt in diesem Falle ist eigentlich nur das Geld. Also es geht hier tatsächlich darum, daß man über die Milliarden hinwegsehen kann und endlich auch auf eine neue Identität setzen wird müssen, wenn man der Region ein neues Gesicht abgewinnen will. Das wäre die Aufgabe der Regionalregierung. Und ich muß sagen, daß Andreolli zweifelsohne ein Präsident war, der in diese Richtung gearbeitet hat. Man kann das in den alten Erklärungen nachlesen. Heute sind wir soweit, daß Andreolli den Regionalrat ersucht, man möge ihm in seinem schwierigen Unterfangen beistehen. Es stellt sich tatsächlich die Frage, wie lange die Minderheit diese Aufgabe übernehmen soll, dem Präsidenten beizustehen, in einer Aufgabe, die von seiner Mehrheit nicht geteilt wird.

(Signor Presidente! Colleghe e colleghi! Mi piacerebbe sapere se dopo l'invito del Presidente a "resistere", al termine di questo dibattito sul bilancio si sarà formato un gruppo di partigiani oppure ad un corteo funebre che intonerà il de profundis. L'atmosfera di oggi farebbe presupporre un de profundis piuttosto che un gruppo di partigiani. Comunque mi pare che questa non sia altro che una ridicola farsa in quanto sin dall'inizio di questo dibattito sul bilancio era chiaro che non esisteva una maggioranza in seno alla maggioranza stessa e che effettivamente non era ancora stata superata la logica del "Los von Trient". Con l'unica differenza che i signori di allora avevano avuto maggiore dignità rispetto ai loro colleghi di oggi e si erano dimessi dalla Regione. E' per esempio deplorabile che il Vicepresidente della Giunta regionale, malgrado la sua frenetica attività, trovi anche il tempo per dichiarare che la Regione è prossima alla fine. E l'assurdo è che il cons. Brugger, che a sua volta ha preannunciato la fine della Regione, con tutta probabilità diventerà un domani il Presidente del Consiglio regionale. E' proprio ironia della sorte, caro Siegfried: al collega Zingerle successe la stessa cosa. Comunque ciò dipenderà anche dalla decisione che prenderà l'attuale Presidente e da ciò che faranno le Ferrovie. Ma potrebbe anche accadere che il cons. Brugger, ricoprendo questa alta carica, riesca a sciogliere l'ente Regione. Il quadro entro il quale si muove oggi l'assetto istituzionale di questa Regione è effettivamente desolante ed è la prima volta - mi pare - che nel corso di un dibattito sul bilancio il Presidente sia costretto a legittimare l'esistenza di questo ente. Risoluto da un lato, tentennante dall'altro, egli cerca solidarietà; a tal proposito va detto che sino a questo momento la solidarietà che gli è stata espressa è venuta solo dalle minoranze. Allora io ora mi chiedo se dobbiamo veramente portare ancora alta la bandiera della Regione, se persino la maggioranza politica non è più disposta a difenderne la causa. Bisogna ancora credere alla regionalizzazione dell'Europa, di cui tutti parlano? In Italia la paura di questa Europa sta traducendosi nel consolidamento di una linea di pensiero che si chiama federalismo e regionalismo. Oggi tutti sono federalisti e regionalisti, per paura di essere schiacciati dal colosso europeo. In questo contesto, l'Alto Adige si trova però in una posizione di privilegio per le condizioni di polimorfismo linguistico esistenti sul territorio e per il notevole retaggio culturale e storico. Queste

del resto sono anche le argomentazioni che vengono sempre riportate quando ci si vuole professare europei. Il cons. Brugger afferma giustamente: attualmente disponiamo di un organo ancora più imponente della Regione Trentino-Alto Adige, ovvero il consesso dei 4 Consigli provinciali riuniti, che dal punto di vista delle comunanze a livello culturale, linguistico, ecologico e territoriale potrebbe assumere un ruolo decisivo in Europa. Se ho ben interpretato il pensiero di Brugger, egli crede di poter rinunciare – alla luce di questo nuovo istituto – alla Regione Trentino-Alto Adige nella sua forma attuale.

Le previsioni che si vanno affermando in questo momento in tutta l'Europa sono e rimangono effettivamente solo delle visioni e nessuno, nemmeno questa Regione, è in grado di prevedere quale ruolo avranno domani le Regioni all'interno dell'Europa. Se oggi ci si reca nelle sedi europee competenti, quelle ufficiali della CE, allora si scopre che non è previsto alcun preciso ruolo per le Regioni e che la parte che potranno avere le Regioni in un'Europa del futuro deve ancora essere stabilita. Per decidere quale ruolo avranno le Regioni, deve sussistere tuttavia anche una forte coscienza europea, perché solo così possiamo motivare anche la gente. Non possiamo negarlo: la popolazione è campanilista ed è facile difendere questo attaccamento alla propria terra. E questo lo vediamo oggi in Italia. Ma il campanilismo è radicato anche in molte altre parti d'Europa. Non può essere compito della politica e delle due Province rafforzare ancor di più questa tendenza, anche se tutti e tutto sembrano andare in questa direzione. Il pensiero europeistico è ancora troppo debole, malgrado le innumerevoli dichiarazioni politiche. Il pensiero europeo non è radicato nella gente proprio perché oggi vi sono connessi più pericoli che aspetti positivi. Basti pensare all'immigrazione. Basti considerare da un lato i timori di alcune categorie per gli immigrati extracomunitari e dall'altro i pericoli di ordine economico di fronte a un colosso europeo. Compito della politica è allora quello di favorire il processo di formazione di una coscienza europea. Devo dire che in questo contesto considero molto importante il ruolo che potrebbe avere la Regione Trentino-Alto Adige; malgrado tutte le perplessità e dubbi che si possono avere e che possono essere dettati dalla paura che la Regione assuma un ruolo da protagonista, ritengo che le attività che la Regione svolge nel quadro della cosiddetta legge per l'integrazione europea, rappresentino la chiave di svolta per un nuovo ruolo della Regione. Solo in questo ambito essa potrà affermarsi: è dunque necessario promuovere questo settore, senza temere che il significato delle Province venga sminuito. Io mi chiedo quale ragione plausibile adduca oggi la SVP per perseverare su questa posizione del "Los von Trient". Lo capisco già di più per una certa generazione, per alcuni esponenti della SVP che obiettivamente potevano anche avere delle motivazioni storiche. Ma non riesco a comprendere come oggi una "Junge Generation" possa rimanere fossilizzata su questa logica e non riesca ad abbattere nemmeno le piccole barriere che esistono tra le due Province. Ebbene, oggi i giornali pubblicano un'inchiesta sulla convivenza tra i gruppi linguistici in Alto Adige. Ne risulta che in Alto Adige siamo ancora ben lungi da una positiva accettazione dell'autonomia. Se consideriamo quanto poco entusiasmo suscitò questa autonomia, allora immaginiamo a quali difficoltà dovremmo far fronte se cercassimo di convincere la popolazione sulla validità dell'Europa unita. Se all'interno della Provincia la sfiducia è veramente ancora così imponente, allora possiamo ben immaginare in che direzione vada il processo di integrazione europea. L'integrazione europea non può significare che creiamo mille piccoli ghetti, mille piccole microcomunità, dove ognuno bada solo alle sue particolarità e cerca di alzare il più possibile lo steccato che delinea il suo territorio perché nessuno violi il suo spazio. Questa non può essere l'Europa delle Regioni, perché in questo modo faremmo ritornare indietro le lancette della storia. Io credo che la Regione in questo senso potrebbe dare un suo valido contributo in questa direzione, premesso che vi sia la volontà politica che oggi manca. Ciò che il cons. Brugger ha affermato stamattina era quasi un diktat alla Giunta regionale su quello che può e non può fare. A prescindere da tutte le previsioni statutarie, oggi si afferma che l'orientamento è quello di far passare tutte le competenze alle Province. Non è pensabile una trasformazione in

senso regionalistico della Regione Trentino-Alto Adige; anzi si è contro una qualsiasi valorizzazione e si indica già la nuova strada da seguire. La nuova prospettiva è la positiva, grandiosa e convincente interazione dei due Presidenti dei Consigli provinciali ai quali verrebbe delegato tutto. Da un lato Malossini e dall'altro Durnwalder che prenderebbero le redini di tutto. Io non condivido questa impostazione. E' sbagliato e miope e mi meraviglio che un consigliere come Siegfried Brugger che dopotutto è considerato anche un esperto economico possa considerare come relitto di tipo fascista le affermazioni del Presidente della Giunta regionale Andreolli in merito all'inclusione dell'Est, e dica: Attenti, torna il Triveneto! Se si cerca, si trova sempre nella storia qualcosa che riesce a dimostrare le proprie ragioni. Ma in questo caso non si può generalizzare e rendere le cose più negative di quello che sono. Se penso che in questo consesso alcuni mesi fa abbiamo approvato una risoluzione - su proposta della SVP e credo addirittura a firma del cons. Frasnelli e alcuni consiglieri del PDS - sul federalismo, nella quale invitavamo il Parlamento ad introdurre una struttura federalista nella Stato italiano! Quella risoluzione è stata per me una consolazione, in quanto mi sono detto: finalmente la SVP ha preso coscienza del suo ruolo nazionale e finalmente ha avuto quelle garanzie che le permettono ora di superare il suo egoismo spesso non giustificabile, il suo egocentrismo, il suo protagonismo, riuscendo così ad vedere un po' più in là del suo naso e a guardare anche a Sud. Allora noi lo considerammo un segnale positivo e lo consideriamo tuttora un segnale positivo che la SVP abbia firmato questa richiesta di referendum sostenuta da molti partiti e che verrà probabilmente discussa in Consiglio regionale a gennaio, concernente l'abolizione delle leggi istitutive di alcuni Ministeri. Se questo è il quadro che è andato delineandosi qualche tempo fa, allora è perlomeno strano che ora la SVP faccia come se non fosse mai successo niente e insista su posizioni che ci vengono ripresentate ogni anno e che non rappresentano quindi nulla di nuovo, ma mettono solo in dubbio la credibilità di questo partito. Non si può volere una cosa e, contemporaneamente, se si tratta della Regione fare come se fossimo ancora negli anni '50, come se ci fosse ancora la possibilità di una sopraffazione, di un pericolo che minaccia l'esistenza e le competenze delle due Province.

Ritengo che la prossima chiusura del Pacchetto ci darà questa sicurezza. Ma devo anche aggiungere che oggi nella SVP esistono alcune forze politiche che sono contrarie alla chiusura del Pacchetto e cercano perlomeno di protrarne la conclusione. Chi ha seguito l'ultimo congresso della SVP avrà visto chi gioca con il fuoco. Avrò potuto constatare che il calendario previsto per la chiusura è ormai superato. Originariamente si era detto: se questo e quest'altro verranno approvati dal Parlamento, la vertenza sarà chiusa (misura III, conservatorio, tribunale ecc.). Ieri è stata approvata la misura III; rimangono ancora gli optanti e poi dovrebbe essere finita. Teoricamente poi dovrebbe essere finita, in quanto ufficialmente erano questi i provvedimenti che dovevano ancora essere approvati. Ma ricordiamoci che è bastata una manifestazione al Brennero e un congresso un po' turbolento della SVP, per scoprire dalla stampa che: a) si vuole anche l'ancoraggio internazionale sul quale da anni ormai si sta discutendo - vedi i colloqui con Moro ecc. -. E quindi come presupposto per arrivare alla conclusione del Pacchetto si inventa un ancoraggio europeo, anche se non si capisce ancora bene in quale sede si dovrebbe poi ricorrere. E b), si inventa il cosiddetto "maltolto" che viene considerato su un arco di molti anni. Allora c'è da chiedersi: Si vuole veramente chiudere la vertenza? A me sembra di no. O si vuole arrivare al punto che l'Austria e l'Italia si vedranno costrette a chiudere unilateralmente il Pacchetto senza il consenso della SVP, cosicché la SVP potrà continuare a portare avanti la sua battaglia etnica. E a tale proposito non si può fare a meno di pensare che qui ne vada più della legittimazione della SVP che della conclusione positiva della vertenza verso un processo di rappacificazione. E faccio riferimento nuovamente ai dati-ASTAT che sono stati pubblicati oggi e che consigliereei di leggere caldamente anche al Presidente della Giunta regionale, perché sono in parte molto preoccupanti. Le azioni e i segnali scaturiti in questi ultimi mesi da parte della SVP contribuiranno ad acuire ancor più questa sfiducia

e metteranno in pericolo ed in forse la distensione che ormai viene data quasi per scontata. Per questo la situazione politica è più grave di quanto non si possa pensare. I dati pubblicati oggi sui giornali sono una doccia fredda per i politici, perché testimoniano che tra la politica e ciò che pensa la gente c'è ancora un abisso. Compito della politica dovrebbe essere quello di rimediare a questa situazione. Tutto ciò che avviene oggi non va certo in questa direzione. Manca solo la toponomastica e poi saremo arrivati di nuovo là dove eravamo non molti anni fa. E poi si alzeranno di nuovo le voci di condanna.

In questo contesto si pone a mio avviso anche il problema della Regione. L'abolizione della Regione così come viene chiesta oggi non è null'altro che l'ottuso tentativo di evidenziare solo i lati negativi del problema e rappresenta dunque una chiusura di fronte ad ogni nuova dimensione che potrebbe rappresentare un pericolo. Un pericolo per l'Alto Adige e soprattutto un pericolo per il processo di integrazione europea, al quale non possiamo sottrarci. Dobbiamo essere consapevoli di questo e sarebbe anche auspicabile che da parte della Giunta regionale provenisse almeno un segnale di distensione in questo senso. E si dica anche il perché di questa contraddizione, ovvero perché da un lato un esponente o capogruppo di un partito di maggioranza possa fare le affermazioni che ha fatto oggi in quest'aula e dall'altra siedano in Giunta regionale sempre gli stessi esponenti preposti ad amministrare l'unico aspetto positivo della faccenda — che in questo caso è il denaro —. La questione va quindi posta in questi termini: bisogna prescindere dai miliardi e puntare tutto su di una nuova identità se si vuole dare a questa Regione una nuova dignità. Questo dovrebbe essere il compito della Giunta regionale. E devo dire che sicuramente Andreolli è stato colui che si è attivato più di ogni altro in questa direzione. Basta leggere le dichiarazioni degli anni precedenti. Eppure oggi siamo arrivati al punto che Andreolli invita il Consiglio regionale a sostenerlo in questa sua difficile impresa. C'è da chiedersi fino a quando la minoranza dovrà farsi carico di ciò, mancando quasi totalmente l'appoggio della maggioranza.)

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter)

(Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: C'è una richiesta di sospendere i lavori e per non sospendere l'intervento del prossimo oratore, il cons. Benedikter, credo sia il caso di sospendere la seduta.

Noto che non vi sono opposizioni, quindi i lavori del Consiglio sono sospesi per dar modo ad alcuni gruppi di consultarsi. La seduta riprenderà alle ore 14.30 con l'intervento del cons. Benedikter.

(ore 12.18)

Ore 14.36

Präsident Peterlini übernimmt wieder den Vorsitz

Riassume la Presidenza il Presidente Peterlini

MORELLI: (segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Ich bitte die Abgeordneten Platz zu nehmen und ein bißchen ruhiger zu sein.

Damit erteile ich dem nächsten Redner das Wort.

Das Wort hat der Abg. Benedikter.

PRESIDENTE: Prego i signori consiglieri di prendere posto e di fare un po' più di silenzio.

Do quindi la parola al consigliere Benedikter.

Prego, cons., Lei ha facoltà di parola.

BENEDIKTER: Wenn der Abg. Brugger es heute aufrichtig und ehrlich gemeint hätte und sich nicht in solche Widersprüche verstrickt hätte und wenn die Südtiroler Volkspartei die Konsequenzen ziehen würde, wie sie die Südtiroler Volkspartei 1959 gegenüber dem Regionalausschuß gezogen hat, würde ich ihn dazu gratulieren. Aber es ist leider nicht so. Ich werde es noch nachweisen, aber zuerst komme ich zu den eigentlichen, zu den offiziellen Erklärungen des Präsidenten des Regionalausschusses, wobei ich vermerke, daß alles, was der Präsident gesagt hat, was bereits in diesem Sinne von seiten der Region getan worden ist, auch die Zustimmung der Südtiroler Volkspartei erfahren hat.

Jetzt muß ich dem Präsidenten leider sagen, daß er von Voraussetzungen ausgeht, die einfach nicht stimmen. Er spricht davon – ich zitiere es in italienisch: "A Maastricht, è stato fatto forse il passo definitivo vero una vera Europa unita e dove anche le Regioni potranno assumere un ruolo da coprotagoniste". Und später noch: "Il documento conclusivo è la piattaforma unitaria politico-istituzionale di tutte le Regioni italiane volta ad ottenere un potere di proposta e di codecisione delle Regioni e dei Länder...". Ich habe das Dokument, den Beschluß vom Maastricht hier und wir wissen, daß wenn es dabei bleibt, im dritten Jahrtausend nach Christi Geburt Wirklichkeit wird und in Änderungen des Grundvertrages der Europäischen Gemeinschaft umgesetzt werden soll. In Maastricht ist beschlossen worden, das Europa der Regionen zu gründen, von dem Frasnelli immer groß redet. Das berühmte Europa der Regionen wird oder soll vielleicht im Jahr 2000 bestehen. Im folgenden Ausschuß der Regionen wird ein beratender Ausschuß aus Vertretern der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, also Regionen und Gemeinden auf derselben Ebene errichtet. Die Zahl der Mitglieder des Ausschusses der Regionen wird wie folgt festgesetzt: Italien 24. Dann heißt es, der Ausschuß der Regionen vom Rat oder von der Kommission in den von diesem Vertrag vorgesehenen Fällen und in allen anderen Fällen, in denen eines dieser beiden Organe dies für zweckmäßig erachtet, zu Rate gezogen wird. Der Ausschuß der Regionen kann, wenn er der Auffassung ist, daß spezifische regionale Interessen berührt werden, eine entsprechende Stellungnahme abgeben. Das ist das Europa der Regionen, wie es sich zu Beginn des dritten Jahrtausends nach Christi Geburt abzeichnet. Von einer Anerkennung, von einer Hauptrolle, die neben den Staaten gespielt werden soll oder von einem Mitentscheidungsrecht ist gar keine Spur. Sie ist in aller Form abgelehnt worden. Das ist das kommende Europa der Regionen, wobei herauskommt – und da hat Andreolli irgendwie das gewußt oder geahnt –, nämlich wenn Italien nur 24 Mitglieder in diesem beratenden Ausschuß hat, wo die Regionen und die Gemeinden gleich vertreten sein sollen, wenn ich also die 57 Millionen 600 Tausend durch 24 dividiere, dann entfällt 1 Mitglied auf 2,4 Millionen. Also wird es auf die Region höchstens einen Vertreter treffen und der wird in diesem Fall, nachdem er die ganze Region vertreten soll usw. und auch aufgrund dessen, was Andreolli hier ausgeführt hat, wird die Region sein, wird der Präsident des Regionalausschusses sein. Genau das kommt heraus, auch wenn dieser Beirat selbstverständlich nichts entscheidendes und nichts zu sagen hat. Aber das wird herauskommen. Die Region Trentino-Südtirol wird durch 1 Person vertreten sein, wir haben ja zusammen 900 Tausend Einwohner und das wird eben der Präsident des Regionalausschusses sein. So lautet der Entschluß, trotz aller großartiger Beschlüsse auf diesen Tagungen, die abgehalten worden sind. Ich weiß nicht, wieviele Tagungen abgehalten worden sind, wo man eben gesagt hat: wir müssen die Hauptrolle spielen, "coprotagoniste", wir müssen ein Mitentscheidungsrecht erhalten. Das ist das Ende vom Lied.

In diesem Sinne muß ich allerdings sagen, haben sich die Präsidenten der Regionen Italien geäußert und solche Erwartungen gehegt und angepriesen. Aber auch die Präsidenten der Regionalräte und der Landtage haben in einer Tagung, die vor kurzem stattgefunden hat, haben ebenso sich mit der Aufwertung der Rolle der Regionen auf EG-Ebene im Hinblick auf die Institutionalisierung ihrer Vertretung in den Gremien der Europäischen Gemeinschaft begnügt. Und herausgekommen ist das, was ich eben gesagt habe.

Aber Andreolli geht dann weiter und sagt – im übrigen hätte es keinen Sinn, daß nun die Provinzen für sich auf europäischer oder überhaupt auf internationaler Ebene eine Rolle spielen sollen, denn die sind doch viel zu klein. In der Schweiz würde man sagen, das würde den "Kantönligeist" großziehen und da braucht es mindestens die Region mit ihrer Assimilierungskapazität. Ich weiß nicht, Andreolli kennt die politische Geographie gleich gut wie ich und weiß doch, daß z.B. Luxemburg – es ist Mitglied der Europäischen Gemeinschaft, Mitglied der Vereinten Nationen – mit seinen 2.586 qkm weniger als die Hälfte von Südtirol 400.000 Einwohner hat. Ich glaube nicht, daß sich z.B. die Schweiz der Europäischen Gemeinschaft anschließen würde und daß die Kantone ihre Souveränität, wie sie es nennen, aufgeben würden, und Südtirol allein ist mit seinen 7.400 qkm größer als der größte schweizer Kanton. Der größte schweizer Kanton ist Graubünden mit 7.109 qkm und mit 172.000 Einwohnern. Alle anderen Kantone sind kleiner, obwohl sie dann politisch wichtiger sind, z.B. Bern hat 6.050 qkm, 926.000 Einwohner, Zürich hat nur 1.729 qkm und 1.137.000 Einwohner und ich glaube nicht, daß ein Tessiner sagt, der Tessin soll doch zusammen mit Vallis eine größere Region in der Schweiz bilden, weil er eben ein Kanton ist, der überwiegend von Italienern bewohnt ist, 2.811 qkm und 275.000 Einwohner hat. Ich gehe nicht soweit, daß ich sage, Liechtenstein ist ein völkerrechtlich anerkannter Staat, ist Vertragspartner in der Alpenschutzkonvention, da es Anfang November sie mitunterschieden hat und ist, wie die letzten Mitteilungen der Vereinten Nationen sagen, im Begriffe, mit 160 qkm und 30.000 Einwohnern Mitglied der Vereinten Nationen zu werden. Also ist es wirklich ein Fehlgriff zu sagen, Südtirol hätte nicht die Voraussetzungen, eine Europaregion als solche zu werden. Aber ich habe in Trient im Regionalrat vor eineinhalb Jahren ausgeführt, der einzige Weg, um sich wirklich in dieser Hinsicht als völkerrechtlich anerkannte "Entity", also anerkannte Körperschaft, zu behaupten, ist die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes. Wir wissen, das Völkerrecht kennt nur die Staaten und kennt die Völker gemäß den Menschenrechtspakten, die auch vom Verfassungsgerichtshof als solchen in jüngsten Urteilen als für Italien zwingendes Recht angesehen worden sind. Übrigens hat der Regionalrat hier am 18. September auch einen Beschluß befaßt, wo er davon ausgeht, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch im Sinne der Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen zwingendes Völkerrecht ist und der Verfassungsgerichtshof hat das als solches anerkannt. Also die geltende Völkerrechtslehre sagt, nur durch die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes kann ein Volk, völkerrechtlich als Subjekt anerkannt werden und eine entsprechende Staatlichkeit erwerben. Dann müßte es auf europäischer Ebene anerkannt werden, so wie eben Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft durchgesetzt hat, daß Slowenien und Kroatien anerkannt werden. Ich meine aber nicht, daß Südtirol dieselben Voraussetzungen wie Slowenien und Kroatien hat. Aber wenn man diese Erklärungen liest..., hat man den Eindruck, daß mit den Worten "Region" gespielt wird: die Region ist doch etwas größeres als die Provinz. Die Provinzen sind schlechter dran als die schweizer Kantone. Im Bundesstaat Kanada z.B. heißen die Mitgliedsstaaten Provinzen und sind Staaten selbstverständlich. So eine winzige Provinz wie Quebec hat 1.540.000 qkm mit 6,7 Einwohnern oder Ontario hat 1.068.000 qkm mit 9,5 Einwohnern und heißen Provinzen.

Präsident Andreolli beruft sich dann hinsichtlich des Ausbaues dieser

Europaregion, die es leider Gottes nach den Beschlüssen von Maastricht nicht geben kann, auf das internationale Abkommen von Madrid vom 21. Mai 1980, das von Italien mit Gesetz vom 19. November 1984, Nr. 948 ratifiziert worden ist und das sich "Europäische Konvention über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften" nennt. Präsident Andreolli hat in der Kommission, wo davon die Rede war, eigentlich zugegeben, daß dieses Abkommen bei der Ratifizierung durch Italien, und zwar im Ratifizierungsgesetz vom 19. November 1984, Nr. 948, nicht vorsieht, daß etwa die Regionen unter sich Trentino-Südtirol oder die Provinz Bozen unmittelbar ein Abkommen mit einem österreichischen Bundesland abschließen können. Die österreichischen Bundesländer wären aufgrund der österreichischen Verfassung befugt, es zu tun. Artikel 3 des Abkommens besagt, daß der Abschluß der Abkommen und Verständigungen ("Accordi ed intese") zwischen den im folgenden Artikel 4 aufgezählten Einrichtungen, der vorhergehenden Unterzeichnung bilateraler Abkommen durch den Staat mit angrenzenden Staaten untergeordnet ist. Es handelt sich nicht um ein Abkommen zwischen den Regierungen, Herr Präsident, sondern um ein neues regelrechtes Abkommen zwischen Italien und Österreich, zwischen Italien und der Schweiz usw., damit überhaupt diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit gemäß dem Rahmenabkommen von Madrid zustande kommen kann. Dieses eigene Abkommen, das nie kommen wird, soll jene Bereiche bezeichnen, die Gegenstand der besagten örtlichen Abkommen und Verständigungen sein können. In keinem Fall dürfen Abkommen abgeschlossen werden, welche die nationalen, politischen und wirtschaftlichen Interessen sowie jene der Verteidigung, der Ordnung und der öffentlichen Sicherheit beeinträchtigen und die Einrichtungen, die solche Abkommen abschließen können, sind – das steht ausdrücklich auch im Ratifizierungsgesetz drinnen – die Regionen, die Provinzen, die Gemeinden und die Berggemeinschaften". Es stimmt daher nicht, wie Sie sagen, Herr Präsident, daß es ja jetzt noch irgendwelche Bemühungen braucht, damit die Region... Die Region als solche grenzt ans Ausland, grenzt an Österreich, wie die Provinz Bozen an Österreich und an die Schweiz grenzt. Es braucht in dieser Hinsicht keine neue Bemühung der Region, damit die Region so etwas abschließen könnte. Nur braucht es ein eigenes Abkommen zwischen Italien und Österreich oder Italien und der Schweiz, damit diese örtlichen Körperschaften überhaupt in dieser Richtung tätig sein können. Es heißt: "Die von den Regionen und den anderen obgenannten Einrichtungen abzuschließenden Abkommen müssen unter vorhergehender Absprache mit der Regierung angenommen werden", also zuerst der eigene Vertrag zwischen Italien und Österreich, dann noch die Absprache mit der Regierung, "die zu diesem Zwecke für bestimmte Kategorien von Einrichtungen periphere Organe des Staates beauftragen kann." Dieses Rahmenabkommen ist 1980 abgeschlossen worden und bis heute hat es in Italien und nicht in den Beziehungen Deutschland-Frankreich, Deutschland-Belgien-Holland und Deutschland-Schweiz-Frankreich die geringste Wirkung gehabt. Warum? Weil eben ein solches eigenes Abkommen, das im italienischen Ratifizierungsgesetz vorgesehen ist, nicht vom italienischen Staat gewollt worden ist. Dies ist der wahre Grund. Aber ich bin der Ansicht, daß wenn Österreich im Jahre 1993 tatsächlich zum Binnenmarkt kommt, also nicht zur Währungsunion, und wenn Österreich der EG echt als Mitglied beitrifft, dann braucht es dieses Abkommen nicht, so wie das "Accordino" tatsächlich vollkommen überflüssig wird. Ich behaupte es und stehe dazu, daß es vollkommen überflüssig wird. Abgesehen davon, daß für die sogenannten Nicht-EG-Bürger, Arbeitskräfte aus Ländern, die nicht der EG angehören, ein derartiges Staatsgesetz in Kraft ist, wobei es nicht nur für die Afrikaner, nicht nur für die Dritte Welt sondern auch für die Österreicher gilt, welches diese Staatsbürger den italienischen Staatsbürgern gleichstellt, gerade was die Arbeitsvermittlung, die soziale Sicherheit usw. betrifft. Es ist ja soweit gekommen, daß der italienische Staat bzw. das Arbeitsministerium, in aller Form verfügt hat, daß diese "extracomunitari" den ansässigen Staatsbürgern gleichgestellt werden, die

gemäß Artikel 10 des Autonomiestatutes bei der Arbeitsvermittlung bevorzugt werden müssen, was sicher verfassungswidrig ist.

Präsident Andreolli behauptet dann auf Seite 15, daß die im Koalitionsabkommen festgehaltenen Verständigungen oder Absprachen zwischen der Democrazia Cristiana, Italienische Sozialistische Partei und Südtiroler Volkspartei die Probe bestanden haben und daß er diese Behauptungen im Namen der Koalition und aufgrund des Koalitionsabkommens vorgebracht hat. Und wenn das nicht mehr dem Koalitionsabkommen entspricht, dann müßte ja die Südtiroler Volkspartei die Konsequenz ziehen, wie wir sie 1959 gezogen haben.

Brugger sagt einerseits: Die Region muß abgeschafft werden. Brugger ist Jurist und dann sagt er: Ja, aber die Region soll die Zuständigkeiten übertragen, delegieren. Also wenn die Region etwas delegieren soll, ist einmal erstens die Voraussetzung, daß sie weiterbesteht. Aber ihr seid ja dabei, ihr habt ja zugestimmt, die Region zu bereichern auf Kosten der Provinzen. Du hast es ausgesprochen. Wir, der Regionalrat, hat sie bereits mit eurer Zustimmung bereichert, mit der Zuständigkeit für Gemeindefinanzen. ...In der Finanzregelung steht drinnen, bitte lies doch den Art. 80, dort steht drinnen, daß die Gemeindefinanz Zuständigkeit der Provinzen ist. Das steht genau drinnen. Aber ich habe es da geltend gemacht. Dann hast Du gesagt, die Region soll sich ihre Zuständigkeiten auf dem sozialen Gebiet wahrnehmen und ihr seid im Begriffe, wenn ihr diesem Familienpaket zustimmt, der Region die Zuständigkeit für soziale Fürsorge "assistenza" zuzuerkennen und nicht für die Vorsorge, "previdenza". Denn diese Maßnahmen sind zum größten Teil "assistenza sociale", "Sozialfürsorgemaßnahmen". Du kannst jeden sachkundigen Menschen danach befragen. Ihr seid im Begriffe, die Region abzuschaffen, indem ihr die Zuständigkeiten der Provinzen an die Region überträgt. Diese ist eine seltsame Weise, um die Region abzuschaffen! Dann muß ich Dich als Juristen fragen, Du hast sinngemäß behauptet, daß auch das Trentino zum Pariser Vertrag gehört. Wir haben bisher den Standpunkt vertreten, daß der Pariser Vertrag als solcher selbstverständlich für die Provinz Bozen, die damalige Provinz Bozen und die benachbarten deutschsprachigen Gemeinden, die dann bis Salurn und Deutschnonsberg angegliedert worden sind, und nicht für das Trentino gedacht wurde.

So ist die allgemeine Auffassung. Wenn das wahr wäre, dann hat Andreolli Recht, wenn er sagt, wenn der Pariser Vertrag auch fürs Trentino gilt, rein rechtlich, hat er Recht, wenn er sagt, dann ist ja das erste Autonomiestatut von 1948 in Ordnung, so wie der italienische Staat nach wie vor behauptet, daß diese Autonomie in erster Linie für die Region Südtirol-Trentino eingeführt worden ist und dann hat man irgendwie den Provinzen noch einige Sachgebiete überlassen. Dann würde ja der Brief, den Amonn und Guggenberg an den Parassi Ende Januar 1948 gerichtet haben, stimmen, indem sie gesagt haben, wir stellen fest, daß mit diesem Autonomiestatut der Pariser Vertrag, was die Autonomie insgesamt betrifft, hundertprozentig erfüllt worden ist. Dasselbe steht dann als Bestätigung in der Streitbeilegungserklärung, wo es heißt: Mit dem alten Autonomiestatut – das neue hat mit dem Pariser Vertrag nichts zu tun – ist im übrigen der Pariser Vertrag hundertprozentig erfüllt, sodaß Italien seinen Standpunkt bekräftigt erhält, daß das alte Autonomiestatut die Erfüllung des Pariser Vertrages bedeutet. Und wie gesagt, wenn das der neue Grundsatzstandpunkt der Südtiroler Volkspartei ist, daß der Pariser Vertrag auch fürs Trentino gilt, dann hat letzten Endes der Präsident Andreolli mit seinen Ausführungen Recht.

Präsident Andreolli spricht davon, daß die Region auch ihre Rolle insgesamt wahrnehmen muß, weil die kleinen Provinzen auf europäischer Ebene keinen Sinn haben. Hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen und mit den Universitäten und hinsichtlich Hochschulausbildung und auch Studienstipendien ist im Artikel a) des dritten Kapitels

folgendes vorgesehen – als ob er die Maastricht–Resolution wirklich in der Hinsicht nicht kennen würde – : die Gemeinschaft trägt zur Entwicklung einer qualitativ anspruchsvollen Bildung dazu bei, da sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten fördert und die tätig werdenden Mitgliedsstaaten erforderlichenfalls unterstützt und ergänzt und zwar hinsichtlich des Ausbaues der europäischen Dimension im Unterrichtswesen, Förderung der Mobilität von Studenten und Lehrkräften, Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen. Sie unterstützt mit besonderem Bezug auf die Universität das, was Präsident Andreotti in seinen Grundsatzserklärungen hervorgehoben hat. Dort, wo sich die Region tatsächlich eine Zuständigkeit aneignen hätte können, nicht auf Kosten der Provinz, sondern auf Kosten des Staates, bzw. wo die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen gegeben gewesen wären, hat sie aber den diesbezüglichen Gesetzentwurf abgelehnt, den von uns eingebracht worden war. Die Region hätte gutgetan, wenn sie dem Staate angeboten hätte, die Institute für Sozialversicherung und die Institute für Unfallversicherung, alle insgesamt zu übernehmen. Das ist in den Durchführungsbestimmungen vorgesehen und der Staat hätte zustimmen müssen. Sie hätte sagen müssen: Ich, Region, übernehme also die Institute, auch weil ich jetzt mehr Geld habe; ich Region, übernehme auch die Verantwortung und sollten diese Institute etwa in Schulden geraten, passiv werden, was sie nicht sind, aber sollten sie passiv werden mit ihren heutigen Sozialversicherungsaufgaben, übernehme ich den Ausfall, ich begleiche das Defizit und entlaste dadurch den Staat. Damit wäre die Voraussetzung geschaffen worden, daß die Region tatsächlich auf dem Gebiete der sozialen Vorsorge, der "previdenza", tatsächlich ihre ergänzende Zuständigkeit ausweiten kann. Das wäre ein entscheidender Schritt gewesen. Der Staat hätte sich schwer getan, nein zu sagen. Es ist ja in den Durchführungsbestimmungen vorgesehen. Und wenn die Region dem Staate angeboten hätte: im Falle eines Defizites nehme ich es dir ab, ich entlasten dich, also bitte Staat, dann muß du mir auch mehr Freiheit lassen, wenn ich dann diese Sozialversicherung durch zusätzliche, ergänzende Maßnahmen etwas großzügiger gestalte. Das wäre die Gelegenheit gewesen, um eine Zuständigkeit wahrzunehmen, die im Autonomiestatut der Region geblieben ist und die ausbaufähig gewesen wäre.

Da ist auch die Rede von einer Vermehrung der Angestellten der Region. Ich möchte nur daran erinnern, daß wenn das so weiter geht – da wir ja alle mitverantwortlich sind –, werden wir anstatt abzubauen, immer mehr Angestellten bei der Region, bei der Provinz aufnehmen. Ich habe es jüngst im Landtag näher ausgeführt: rund 40% der Bevölkerung in der Provinz Bozen – in der Provinz Trient ist es sicher nicht besser – lebt unmittelbar von der öffentlichen Hand, wenn man sowohl die Familien der öffentlichen Angestellten als auch die Pensionierten mitrechnet. Wenn es so weitergeht, dann werden diese Einrichtungen – Region und Provinzen und Staat als solcher – einen unverhältnismäßigen Teil ihrer Einkommen zur Besoldung von öffentlichen Angestellten ausgeben und ihren eigentlichen Aufgaben nicht nachkommen können. Wenn das kommt, was kommen muß, bzw. die Neuordnung der Regionalfinanzen, die darin besteht, daß alle Regionen zwar mehr Zuständigkeiten zugeteilt erhalten, unter der Voraussetzung, daß sie dann die Ausgaben bestreiten, und selbstverständlich mehr Mittel bekommen, dann wird aber in unserem Falle weder die Region noch die Provinzen zusätzliche Mittel bekommen können, weil sie ja schon alles erhalten: die 9/10 bzw. die 8/10 was die Mehrwertsteuer an der Grenze betrifft usw. Das hätte eine Umlastung zur Folge, was die Sanität, die Sozialfürsorge, die Schule, das Lehrpersonal betrifft, also die drei wichtigsten Gebiete. Das wären rund 1.000 Milliarden pro Provinz. Unsere Provinzen werden aber mit dem auskommen müssen, was sie heute eben schon haben.

In der Stellungnahme, wo es da heißt: "Arbeitsprogramm der Regionalräte und der Landtage der Regionen und der autonomen Provinzen Nordostitaliens" – übrigens Herr

Präsident Andreolli, ich muß Ihnen sagen, das stimmt auch nicht, daß die Region durch ich weiß nicht welche Bemühungen erreicht hätte, daß sie in dieses Nordostitalien einbezogen wird. In Durchführung des Gesetzes vom Januar 1991 wird Nordostitalien die Brückenfunktion zuerkannt, bzw. eine ausbaufähige Brückenfunktion gegenüber dem Ost-Mitteleuropa, gegenüber Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei und damals noch Jugoslawien. Denn in diesem Gesetz war von allem Anfang an die Region Trentino-Südtirol, also die beiden Provinzen, mit einbegriffen und ganz besonders was z.B. den Art. 11 betrifft, wo es heißt: Universitäten können mit irgendeiner Universität dieser Nordostgroßregion Abkommen ohne Zustimmung der Ministerien abschließen, um gegenseitig Curricula zu organisieren und anzuerkennen und Studententitel anzuerkennen. Das hat von allem Anfang an auch für uns gegolten. Das kann ich Ihnen sagen. Wir waren von allem Anfang an in dieser Nordostbrückenfunktion der Region drinnen, obwohl Sie sagen, da müssen wir uns erst weiß Gott wie bemühen. Auch ich bin der Ansicht, in diesem Gesetz ist vom Triveneto keine Rede, sondern nur von den Nordostregionen Italiens.

Wo ist die Föderalismusresolution des Regionalrates geblieben? Der Regionalrat hat eine Resolution gefaßt – wir haben dagegen gestimmt – Italien soll ein Bundesstaat werden und es hat geheißen, das ist die Lösung, das ist der Ausweg für alle Probleme. Ich weiß, daß Malossini, Durnwalder, Andreolli einerseits, dann wieder die Regionen zusammen eben gerade bei dieser Tagung der Regionalräte und Landtage, zum sogenannten Labriola-Gesetz Stellung genommen haben, das von der verfassungsgebenden Kommission der Kammer verabschiedet worden ist und inzwischen liegengeblieben ist, eben auch, weil jetzt die Wahlen bevorstehen usw. Man hat gesagt: Ja, aber wenn man da auf alle Regionen Italiens alle Sachgebiete – mit Ausnahme gewisser Sachgebiete, die der Staat zurückbehält – ausdehnt, dann müsste diese Ausdehnung bei uns bedeuten, daß dort, wo es um Sachgebiete geht, die mit der integrierenden Zuständigkeit irgendwie zusammenhängen, daß sie auch in die ausschließliche Zuständigkeit ausgedehnt werden. Das war die Hauptbemerkung. Und das sagen die Regionalräte und die Landtage einschließlich Trentino-Südtirol und beide Provinzen: "Riforma del ruolo delle Regioni fermo restando il carattere unitario dello Stato", der keine Bestandteile seiner Souveränität abtreten soll. Erstens ist es nicht so, daß der Staat mit Ausnahme der Landesverteidigung und der Währung und der Außenbeziehungen alles abtritt. Das sind rund 20 Sachgebiete. Er behält z.B. die gesamte Arbeitsgesetzgebung und die gesamte Sozialvorsorgegesetzgebung für sich, sowie eine ganze Reihe von wesentlichen Sachgebieten. Und dann kommt aber der neue Artikel 70 der Verfassung und bei dem wird es bleiben, wenn nicht die Föderalisten insgesamt bei den nächsten Wahlen entsprechendes Gewicht erringen. Dieser Art. 70 der reformierten italienischen Verfassung lautet: "Der Staat, also das Zentralparlament, beschließt organische Grundsatzgesetze für alle Sachgebiete, die den Regionen abgetreten werden, um die einheitlichen Erfordernisse des Staates zu bewahren." Das heißt folgendes, wie der Abg. Barbera, der Präsident der 2-Kammer-Kommission im heutigen Parlament dazu festgestellt hat: Damit bleiben die Regionen, so wie heute schon, reine Selbstverwaltungskörperschaften mit Verordnungsgewalt, denn wir wissen ja, wie diese Grundsatzgesetzgebung gehandhabt wird; d.h. mit anderen Worten, da ist die sogenannte Koordinierungsbefugnis, wo ja der Verfassungsgerichtshof hinsichtlich dieser Grundsatzgesetzgebung gesagt hat, daß in dieser Grundsatzgesetzgebung auch ein Gesetz drinnen sein kann, das so detailliert sein kann, daß kein Spielraum mehr vorhanden ist nicht nur für ein Gesetz der Region, das meinetwegen Grundsätze ausgestaltet, sondern nicht einmal mehr für eine Verordnung – so der Verfassungsgerichtshof – bezüglich Sanität z.B. Also er hat gesagt, daß nicht einmal der Spielraum für eine Verordnung übrigbleibt. Aber niemand von Euch, niemand von der Region, von der Provinz Trient oder Provinz Bozen, auch nicht von

anderen Regionen haben dagegen protestiert, haben gegen diesen Punkt des Labriola-Gesetzentwurfes protestiert. Im Gegenteil. Man hat sogar gesagt: "Fermo restando il carattere unitario dello Stato". Man kann sich also vorstellen, daß es bestimmt nicht zu einem Bundesstaat Italien kommen wird und wenn diese Parteien die Mehrheit bei den nächsten Wahlen behalten, dann kommt es, wenn es gut geht, zur Labriola-Verfassungsreform mit der ausdrücklichen noch einschneidenderen Verankerung der sogenannten Koordinierungsbefugnis.

Auch die Förderung, daß im Trentino (was ja zu begrüßen ist) englische und deutsche Fernsehprogramme übertragen werden, ist Sache der Provinz und nicht der Region. Ebenso wie auf Seite 11 des Programmes über die europabezogene Tätigkeit der Region, die Verleihung von Studienstipendien für den Besuch von universitären Colleges, sei es in Triest, sei es in Wales in England (und übrigens geht es da um den Besuch einer Zweijahreszeit der Oberschule), um einen international gültigen Titel zu erwerben – "diploma di baccellierato internazionale" für den Zugang zu den Universitäten –, auch Sache der Provinzen und nicht der Region ist. Ebenso ist die Rede von zwei Studienbörsen, die von der Region für junge Doktoren eingerichtet worden sind, um das Thema "territorialen Nationalstaaten und Reich" zu vertiefen. Man spricht auch von einer Beteiligung der Region Trentino-Südtirol am Projekt aller Regionen der Alpe-Adria, die von der Konferenz der Rektoren dieser Region Alpe-Adria für den Studentenaustausch und von Beauftragten für Untersuchungen auf akademischer Ebene in der Alpen-Adria-Region vorangetrieben worden ist.

Es ist hier die Rede von einem "progetto scuola", das von der Region finanziert werden soll, als ob das in die Zuständigkeit der Region fallen würde. Das ist eine typische Angelegenheit der Provinzen.

Dann ist die Rede, daß eine Studie über die Wirkungen des EG-Rechtes finanziert werden soll, besonders im Zusammenhang mit dem Binnenmarkt von 1993 auf die regionale Gesetzgebung; dann ist die Rede von der Verwirklichung des Europas der Bürger im öffentlichen Dienst, also in der Niederlassungsfreiheit, und das ist, wie wir wissen, von besonderer Bedeutung. Es wird behauptet, Herr Präsident, daß die im Art. 10 des Autonomiestatutes vorgesehene Bevorzugung der einheimischen Staatsbürger bei der Arbeitsvermittlung und der Proporz bei der Besetzung der öffentlichen Stellen mit den Grundsätzen des EG-Rechtes nicht vereinbar sei und schon heute in Frage gestellt sei, umso mehr sobald Österreich der EG beitreten wird. Dagegen gibt es selbstverständlich Argumente, die wenschon von der autonomen Provinz Bozen völkerrechtlich geltend gemacht werden sollten und weswegen die Streitbeilegungserklärung nicht abgegeben werden sollte. Was die sogenannte Koordinierungsbefugnis betrifft, die das Ende jeder echten politischen Autonomie bedeutet (und sie wird ja noch verfestigt, fester verankert), so ist kein Protest erfolgt, weder vom Südtiroler Landtag noch von der Region. Wir haben beantragt, daß sie mit Verfassungsgesetz abgeändert werde, denn es hätte keinen Sinn – und da ist wieder die Unehrlichkeit, die Unaufrichtigkeit, die Widersprüchlichkeit drinnen – zu sagen: ja, und der italienische Staat soll vor dem Paketabschluß oder vor Abgabe der Streitbeilegungserklärung das wieder gutmachen, was durch die Koordinierungsbefugnis an Maßnahmen zu Fall gekommen ist. Ich zähle hier die Maßnahmen nicht auf, weil sie ja schon öfter auch im Regionalrat aufgezeigt worden sind. Aber aufgrund der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes – und das sind rund 50 Urteile, die uns, ich meine die Provinz Trient, Bozen und die Region betreffen – ist diese Koordinierungsbefugnis fest in der Verfassung verankert, sodaß der italienische Staat gar nicht etwas wiedergutmachen könnte, meinetwegen die Abschaffung der Bevorzugung der einheimischen Arbeitskräfte oder die Abschaffung der Bevorzugung der Provinz bei der Zuteilung der noch offenen, der noch nicht von der ENEL vereinnahmten Konzessionen, die Abtretung an die Provinz oder an örtliche Körperschaften der rund 2 Milliarden Kilowatt-

Stunden ausmachenden Konzessionen, die nach und nach verfallen, womit eine eigenständige Energieversorgung zustandekommen würde, wie sie in den Durchführungsbestimmungen vorgesehen ist. Hier könnte der Staat gar nicht etwas rückgängig machen. Warum? Weil der Verfassungsgerichtshof gesagt hat: das ist erfolgt aufgrund der Koordinierungsbefugnis, die in der Verfassung "saldamente ancorata" ist, also fest verankert ist. Dann müßte zuerst die Koordinierungsbefugnis wenigstens für Südtirol oder für die Region Trentino-Südtirol abgeschafft werden und als Begründung für die Abschaffung müßte ein Verfassungsgesetz her. Dies als Begründung dafür, daß diese Koordinierungsbefugnis mit dem Pariser Vertrag nicht vereinbar ist. Aber dann muß ich den Pariser Vertrag in den Verfassungsrang erheben, muß also auf dem Pariser Vertrag im Verfassungsgesetz Bezug nehmen. Ich weiß ja, in den Durchführungsbestimmungen, die da vereinbart worden sind, spricht man immer davon, daß damit die Koordinierungsbefugnis abgeschafft worden sei. Aber von Abschaffung ist überhaupt keine Rede, sondern nur, daß die Provinzen und die Region 6 Monate Zeit haben, wenn die Gesetze in Kraft treten, um sie anzufechten. Dann wird innerhalb dieser 6 Monate das Urteil des Verfassungsgerichtshofes abgewartet, der bisher in 50 Fällen die Koordinierungsbefugnis bejaht hat. Das ist alles. Und da hilft kein Hinweis in den Durchführungsbestimmungen auf den Pariser Vertrag. Der Pariser Vertrag – das hat der Verfassungsgerichtshof in mehreren Urteilen gesagt, ich war bei der Verhandlung dabei, wie da die Auseinandersetzung ausgetragen worden ist – ist mit einfachem Staatsgesetz in Italien in Kraft getreten und ist der italienischen Verfassung unterworfen und ich, Verfassungsgerichtshof lege die italienische Verfassung so aus, daß die Koordinierungsbefugnis dort fest verankert ist. Folglich unterliegt auch die an sich völkerrechtlich gegründete Autonomie Südtirols dieser Koordinierungsbefugnis. Also nur wenn ich den Pariser Vertrag in den Verfassungsrang erhebe, im Verfassungsgesetz erwähne und sage, daß diese Autonomie auch auf diesem Vertrag gegründet ist, dann sage ich: damit gilt diese Koordinierungsbefugnis nicht für Trentino-Südtirol; nur so werden wir tatsächlich davon befreit und davor bewahrt. Das wissen alle und allein die diesbezüglichen Durchführungsbestimmungen helfen gemäß den Urteilen des Verfassungsgerichtshofes gar nichts. Und ich zitiere hier: "Das Linsengericht, das in Rom unter Mithilfe von Riz als Scheinlösung für die Abschaffung der Koordinierungsbefugnis ausgehandelt wurde, ist nicht das Papier wert, auf dem es unterzeichnet wurde. Von einer 'völligen oder zumindest weitgehenden Abschaffung der Weisungs- und Koordinierungsbefugnis', wie sie die Resolution der Landesversammlung von 1988 als Bedingung für den Paketabschluß forderte, kann im Ernst nicht die Rede sein." Ich habe das immer gesagt, aber das steht hier im "Südtirol-Journal", das Journal der Neuen Mitte, das Sprachrohr der Neuen Mitte und es stimmt hundertprozentig. Sie haben es sozusagen von mir übernommen.

Herr Präsident, wenn die Region in diesem Sinne sich betätigen will...

(Se il cons. Brugger avesse espresso più sinceramente le proprie argomentazioni e non fosse caduto in contraddizioni di questo tipo, se la Südtiroler Volkspartei avesse tratto le conseguenze come lo ha fatto nel 1959, quando è uscita dalla Giunta, gli avrei fatto le mie congratulazioni. Ma ciò non è successo. Dimostrerò ciò che ho detto, ma prima di farlo desidero esprimermi in merito alle dichiarazioni programmatiche del Presidente della Giunta regionale, anche se voglio premettere che tutto ciò che è stato attuato dalla Regione, ha goduto dell'approvazione della Südtiroler Volkspartei.

Purtroppo debbo dire al Presidente che parte da presupposti sbagliati. Egli dice, e cito il testo in italiano, "a Maastricht è stato fatto forse il passo definitivo verso una nuova Europa Unita e dove anche le Regioni potranno assumere un ruolo da coprotagoniste" e poi ancora "il

documento conclusivo è la piattaforma unitaria politico-istituzionale di tutte le regioni italiane volta ad ottenere un potere di proposta e di codecisione delle Regioni e dei Länder...". Ho davanti a me il documento redatto a Maastricht ed è chiaro che se tutto rimane com'è, i principi ivi contenuti si tradurranno in realtà solamente nel 3000 d.c. e saranno contenuti nella rielaborazione dell'atto di fondazione della Comunità Europea. A Maastricht è stato deliberato di fondare l'Europa delle Regioni, di cui Frasnelli parla sempre con molto entusiasmo. La famosa Europa delle Regioni esisterà forse nel 2000. Nel Comitato delle Regioni vi sarà un organo consultivo costituito da rappresentanti degli enti territoriali, e cioè delle Regioni, dei Comuni, ambedue posti allo stesso livello. Faranno parte di questo Comitato 24 rappresentanti italiani. Cio' significa che il Comitato delle Regioni verrà consultato dal Consiglio o dalla Commissione nei casi previsti dal Trattato o in tutti i casi in cui uno di questi due organi lo ritenga opportuno. Il Comitato delle Regioni può intervenire nel caso in cui ritenga che vengano lesi interessi regionali specifici. Questa è l'Europa delle Regioni, come essa si delinerà all'inizio del tremila. E non esiste la benché minima traccia di riconoscimento, di ruolo da coprotagoniste, un ruolo assolutamente non desiderato. Così si profila l'Europa delle Regioni, ed il Presidente Andreolli sapeva o l'aveva intuito, che se l'Italia è rappresentata in quest'organo consultivo da 24 membri, organo in cui le Regioni ed i Comuni sono rappresentate allo stesso modo, se divido quindi i 57.600.000 abitanti per 24, ne risulta che vi sarà un rappresentante per ogni 2,4 milioni di abitanti. Molto probabilmente vi sarà un solo rappresentante per l'intera regione, e dovendo rappresentarla, chi se non il Presidente della Giunta regionale, come si può leggere da queste poche righe? E questo è quanto si può desumere, anche se l'organo consultivo non ha parere vincolante. Ma sono sicuro che succederà quanto ho appena detto. La Regione Trentino-Alto Adige, con i suoi 900.000 abitanti sarà rappresentata da un'unica persona, e quella persona sarà il Presidente della Giunta regionale. Questa è la decisione presa, nonostante le grandiose delibere adottate alle conferenze che si sono state tenute. Non so quante ce ne siano state, in cui è stato espresso e ribadito il principio del coprotagonismo. Doveva finire così.

In tal contesto desidero aggiungere che i Presidenti delle Regioni italiane si sono espressi in linea con tali affermazioni ed in linea con tali affermazioni sono state anche le loro aspettative. Anche i Presidenti dei Consigli regionali e di quelli provinciali si sono dichiarati soddisfatti della valorizzazione del ruolo delle Regioni a livello europeo, in vista di una istituzionalizzazione dell'Assemblea negli organi della Comunità Europea. E ne è risultato ciò a cui ho appena accennato.

Ma il Presidente Andreolli aggiunge che tra l'altro non avrebbe nessun senso che le Province svolgano un importante ruolo a livello europeo o internazionale, poiché sono troppo piccole. In Svizzera si direbbe che farebbe crescere "lo spirito dei cantoni elvetici" e per questo c'è bisogno almeno di un'entità con una capacità assimilativa come quella della Regione. Non so come mai il Presidente Andreolli, che conosce la geografia politica quanto me, dica tali cose, e sa benissimo che ad es. il Lussemburgo è un membro della Comunità Europea nonché delle Nazioni Unite, nonostante abbia una superficie di 2.586 qkm ha circa la metà degli abitanti dell'alto Adige, e cioè 400.000 persone. Non credo che la Svizzera entrerebbe a far parte della Comunità Europea e che i Cantoni rinuncerebbero alla loro sovranità, e l'Alto Adige, con i suoi 7.400 qkm è più grande del maggiore cantone elvetico, il Canton Grigioni, con una superficie di 7.109 qkm e 172.000 abitanti. Tutti gli altri cantoni sono più piccoli anche se più importanti dal punto di vista politico, come ad es. il Canton Berna, con una superficie di 6.50 qkm e 926.000 abitanti, il Canton Zurigo con i 1.729 qkm e con 1.137.000 abitanti; non credo che un ticinese arriverebbe a dire che il Ticino debba formare un'unica regione svizzera con il canton Vallese, poiché è un cantone abitato prevalentemente da italiani ed ha una superficie di 2.822 km² e 275.000 abitanti. Non arrivo a sostenere che il Liechtenstein è uno Stato riconosciuto dal punto di vista del diritto internazionale, benché sia membro della Convenzione sulla protezione delle Alpi - all'inizio di novembre ha

sottoscritto tale convenzione — ed ora si appresta, secondo le ultime notizie delle Nazioni Unite a divenire, con i suoi 160 qkm e 30.000 abitanti, membro delle Nazioni Unite. E' quindi veramente un errore dire che l'Alto Adige non abbia i presupposti per divenire una regione europea. Ma un anno e mezzo fa' ho già avuto modo di dire in Consiglio regionale, che l'unica via possibile per potersi affermare come entità riconosciuta a livello internazionale è l'esercizio del diritto all'autodeterminazione. Sappiamo che il diritto internazionale riconosce gli Stati ed i popoli secondo la convenzione sui diritti dell'uomo, ed anche la Corte Costituzionale, nelle sue recenti sentenze, ha riconosciuto come diritto coagente tale diritto. Del resto il Consiglio regionale ha deliberato in data 18 settembre che il diritto all'autodeterminazione dei popoli è diritto coagente ai sensi delle risoluzioni delle Nazioni Unite e la Corte Costituzionale l'ha riconosciuto come tale. Quindi la grande dottrina del diritto internazionale ci insegna che solamente attraverso l'esercizio del diritto all'autodeterminazione un popolo può venire riconosciuto dal diritto internazionale ed acquisire il rango di Stato. Ciò dovrebbe avvenire anche a livello europeo, com'è successo per la Slovenia e la Croazia, che attraverso la Germania hanno ottenuto il riconoscimento dalla Comunità Europea. Non intendo però che l'Alto Adige abbia gli stessi presupposti della Slovenia e della Croazia. Ma se si leggono queste dichiarazioni, si ha l'impressione che si giochi con la parola "Regione": la regione è un'entità maggiore della Provincia. Le Province si trovano in una situazione peggiore rispetto ai Cantoni. Nello Stato federale del Canada gli Stati membri si chiamano ad es. Province e naturalmente sono degli Stati. Così una provincia così piccola come il Quebec ha una superficie di 1.540.000.000 km² e 6.700.000 abitanti, e l'Ontario 1.068.000 km² e 9.500.000.000 abitanti. ma si chiamano pur sempre province.

Il Presidente Andreolli si richiama, per quanto concerne il potenziamento delle regioni europee — che purtroppo, secondo le delibere di Maastricht, non potrà realizzarsi — alla convenzione di Madrid del 21 maggio 1980, ratificata dall'Italia il 19 novembre 1984, con legge n. 948 dal titolo "Convenzione Europea sulla cooperazione transfrontaliera delle collettività e autorità territoriali". Il Presidente Andreolli ha ammesso in sede commissionale che questa convenzione non prevede nella legge di ratifica del 19 novembre 1984, N. 948, che le Regioni, tra cui anche il Trentino-Alto Adige o la Provincia di Bolzano, possano stipulare una convenzione direttamente con una regione federale austriaca. Le regioni federali austriache, secondo la loro Costituzione, sarebbero autorizzate a farlo. L'art. 3 di questa convenzione prevede che la conclusione di intese ed accordi tra le autorità citate al successivo articolo 4, debbono sottostare alla conclusione di accordi bilaterali con gli Stati confinanti. Non si tratta di accordi tra i Governi, signor Presidente, bensì di un accordo tra l'Italia e l'Austria, tra l'Italia e la Svizzera etc..., affinché possa realizzarsi questa collaborazione transfrontaliera ai sensi dell'accordo quadro di Madrid. Questo accordo, che non verterà mai realizzato, dovrebbe definire quei settori che sono oggetto degli accordi ed intese locali appena citati. In nessun caso possono venire stipulati degli accordi che ledano gli interessi nazionali, politici ed economici, nonché della difesa, dell'ordine e della sicurezza pubblica e le istituzioni preposte alla conclusione di tali accordi sono le Regioni, le Province, i Comuni e le Comunità montane, com'è scritto nella legge di ratifica. Quindi non è vero "che sono necessari altri sforzi affinché le regioni...", come lei stesso ha detto. La regione in quanto tale confina con l'Austria, come la Provincia di Bolzano confina con l'Austria e la Svizzera. Non c'è bisogno di nessuna nuovo sforzo della Regione affinché la Regione possa poter concludere simili accordi od intese. C'è bisogno solamente di un accordo tra l'Italia e l'Austria o l'Italia e la Svizzera affinché queste collettività locali possano adoperarsi in tal senso. La Convenzione recita: "gli accordi da concludere tra regioni od altro organismo sopra citato debbono venir approvati in via preliminare dal Governo" quindi prima deve venir perfezionato un trattato tra l'Italia e l'Austria e poi l'intesa con il Governo, "che può designare a tal scopo degli organi periferici dello Stato per determinate categorie di istituzioni". Questa convenzione—quadro è stata stipulata nel 1980 e fino ad oggi non ha avuto benché il

minimo effetto nè in l'Italia nè sui rapporti tra la Germania e la Francia, tra la Germania, il Belgio e l'Olanda e tra la Germania, la Svizzera e la Francia. Per quale motivo? Perché un simile accordo, previsto nella legge di ratifica italiana, non è stato auspicato dallo Stato italiano. Questo è il vero motivo. Ma io penso che se l'Austria entrerà veramente a far parte della Comunità Europea nel 1993, ma non nell'Unione Monetaria, questa convenzione non sarà più necessaria, così come l'Accordino diventerà completamente superfluo. Lo affermo e lo ripeto. A prescindere dal fatto che per i cosiddetti extra-comunitari, per i lavoratori stranieri provenienti da Paesi non comunitari vige una legge statale che vale non solo per gli africani, per i Paesi del Terzo Mondo ma anche per gli austriaci. Essa prevede che questi cittadini vengono equiparati ai cittadini italiani, per quanto concerne il collocamento al lavoro, la sicurezza sociale etc... Si è arrivati addirittura all'equiparazione dei cittadini extracomunitari ai cittadini residenti, disposta dal Ministero al Lavoro dallo Stato italiano, mentre l'articolo 10 dello Statuto di autonomia prevede che venga data ai residenti la precedenza nella collocazione al lavoro. Quindi si tratta di qualcosa che lede la costituzione.

Il Presidente Andreolli afferma a pagina 15, che le intese espresse dall'accordo di coalizione hanno superato positivamente la verifica della metà legislatura avvenuta tra Democrazia Cristiana, Partito Socialista italiano e Südtiroler Volkspartei e di fare queste affermazioni in nome dell'accordo di coalizione; la Südtiroler Volkspartei dovrebbe trarne le conseguenze, come è successo nel 1959.

Il cons. Brugger dice, da un lato, che la Regione deve venire soppressa, e dall'altro, che dovrebbe delegare le competenze. Ma per delegare delle competenze si presuppone che continui ad esistere. E voi stessi avete votato a favore di un potenziamento della Regione a danno delle Province. Ed il collega Brugger, essendo un giurista, dovrebbe saperle queste cose! Noi, membri del Consiglio regionale abbiamo arricchito la regione con delle competenze, come ad es. con quella delle finanze locali.

...nella disciplina finanziaria sta scritto — leggi per favore a tale riguardo l'art. 80 — che la finanza locale ricade nella sfera di competenze delle Province. Proprio così sta scritto. Hai inoltre affermato che la Regione deve esercitare le proprie competenze in materia sociale, e Voi, approvando il pacchetto famiglia attribuirete alla Regione competenze in materia di assistenza sociale e non di previdenza, poiché queste misure sono in gran parte misure a carattere assistenziale, e puoi chiedere conferma di ciò a qualsiasi persona. Voi state sopprimendo la Regione trasferendo delle competenze dalle Province alle Regioni. Mi sembra uno strano modo di abolire la Regione! Vorrei poi porre una domanda al collega Brugger, il quale ha affermato approssimativamente che anche il Trentino sia contemplato nell'Accordo di Parigi. Ma fino ad oggi però la SVP ha sostenuto che l'Accordo di Parigi era stato stipulato onde tutelare gli abitanti di lingua tedesca della Provincia di Bolzano, o meglio dell'allora Provincia di Bolzano e dei vicini comuni bilingui annessi fino a Salorno ed alla Valle di Non, ma non per il Trentino. O forse non è vero?

Questa è perlomeno l'interpretazione generale e se così non fosse, allora il Presidente Andreolli avrebbe ragione a dire che l'Accordo di Parigi vale anche per il Trentino. Dal punto di vista strettamente giuridico Lei ha ragione quando afferma che il primo Statuto va bene, come ha ragione anche lo Stato italiano quando asserisce che questa autonomia è stata introdotta principalmente per il Trentino-Alto Adige e che solo in seguito sono state trasferite delle competenze alle Province. Allora avrebbero anche ragione il sig. Amonn e il sig. Guggenberg quando affermarono, in una lettera rivolta a Parassi alle fine di gennaio del 1948, che con quello Statuto di autonomia veniva data piena attuazione all'autonomia, così come era stata prevista dall'Accordo di Parigi. La stessa cosa è scritta nel testo della quietanza liberatoria quando si afferma che con il vecchio Statuto di autonomia — e il nuovo Statuto non ha nulla a che vedere con l'Accordo di Parigi — si è data piena esecuzione all'Accordo di Parigi. In questo modo si darebbe ragione

all'Italia che ha sempre affermato che il vecchio Statuto di autonomia rappresenta l'adempimento dell'Accordo di Parigi. E se questa è la posizione della SVP, ovvero che l'Accordo di Parigi va inteso anche per quanto riguarda il territorio del Trentino, allora il Presidente Andreolli ha ragione con le sue affermazioni.

Il Presidente Andreolli dice anche che la Regione deve svolgere il suo ruolo, in quanto le Province non hanno forza contrattuale a livello europeo. Per quanto concerne la collaborazione tra e con le Università, nonché la formazione universitaria e le borse di studio, l'art. a) del terzo capitolo prevede quanto segue (a tal proposito non sembra conoscere la risoluzione di Maastricht): La Comunità contribuisce e promuove lo sviluppo dell'istruzione, sostenendo ed integrando gli interventi di quegli stati membri che si attiveranno per il potenziamento della dimensione europea nell'ambito dell'istruzione, per l'impegno a favore della mobilità degli studenti e degli insegnanti e favoriranno la collaborazione tra gli istituti culturali. A proposito delle Università, la Comunità favorisce ciò che ha evidenziato anche il Presidente Andreolli nelle sue dichiarazioni programmatiche. Ma là, dove la Regione avrebbe potuto effettivamente appropriarsi di una competenza, e non a scapito delle Province bensì dello Stato, ovvero là dove c'erano tutti i presupposti costituzionali per farlo, essa ha ritenuto di dover respingere un disegno di legge che noi avevamo presentato al riguardo. La Regione avrebbe fatto bene a chiedere allo Stato la gestione degli istituti per le assicurazioni sociali e per le assicurazioni contro gli infortuni. Questo era previsto anche nelle norme di attuazione e lo Stato avrebbe acconsentito. Avrebbe quindi potuto dire: Io, Regione, mi assumo l'onere di gestire questi due istituti, poiché ora dispongo di maggiori risorse; io mi assumo qualsiasi responsabilità e se a causa degli attuali impegni nel campo delle assicurazioni sociali questi istituti dovessero registrare dei passivi — cosa che attualmente non avviene — allora io mi assumo l'onere del conguaglio e sgravio in tal modo lo Stato. Per la Regione questo poteva essere il presupposto per ampliare la competenza integrativa nel settore della previdenza sociale. Avrebbe potuto essere una mossa astuta. Lo Stato ben difficilmente avrebbe potuto negarcelo, in quanto è previsto anche dalle norme di attuazione. E se la Regione avesse detto allo Stato: in caso di deficit, mi assumo l'onere, ma tu devi lasciarmi la libertà di integrare il settore delle assicurazioni sociali attraverso ulteriori provvedimenti di tipo integrativo. Questa sarebbe stata l'occasione giusta per entrare in possesso di una competenza che è prevista dallo Statuto di autonomia e che si poteva ancora ampliare.

Qui si parla di ampliare anche l'organico della Regione. Vorrei solo far rilevare che se continuiamo di questo passo — e noi tutti abbiamo una parte di responsabilità — allora invece di ridurre il personale, continueremo ad assumerne ancora, in Regione ed in Provincia. Recentemente ho spiegato il problema anche in Consiglio provinciale: circa il 40% della popolazione residente in Provincia di Bolzano — e non conosco la situazione in Provincia di Trento — vive a carico della Pubblica Amministrazione, se si considerano anche i pensionati e i familiari. Qualora le cose dovessero continuare ad andare avanti in questo modo, le istituzioni — Regione, Province e Stato — si troveranno a spendere una parte consistente delle loro risorse per pagare il personale, invece di assolvere ai loro compiti istituzionali. E se poi arriverà — e arriverà — il riordino delle finanze locali con il quale le Regioni otterranno — a condizione di sostenerne anche le spese — maggiori competenze e maggiori risorse, allora nè la nostra Regione, nè le Province otterranno maggiori assegnazioni. Perché ricevono già quanto previsto, ovvero 9/10, e più precisamente 8/10 dell'IVA sull'importazione ecc. Conseguentemente avrebbero solo maggiori aggravii in 3 settori, quello della sanità, dell'assistenza sociale, della scuola e relativo personale. Ciò corrisponde a circa 1.000 miliardi per Provincia. E così le nostre due Province dovranno accontentarsi con quello che già ricevono.

Nelle dichiarazioni egli dice anche: "la nostra Regione e le due Province autonome, accanto alle Regioni nord orientali dell'arco alpino". Presidente Andreolli, io devo dirLe che non c'è

bisogno di chissà che iniziative per inserire la Regione in questa Italia del Nord-Est. Con la legge del gennaio 1991 viene riconosciuta all'Italia del Nord-Est, insieme all'Austria, Ungheria, Cecoslovacchia e anche alla Jugoslavia di allora, una funzione-ponte rispetto all'Europa centrale e dell'Est. In questa legge erano espressamente previste la Regione e le due Province autonome. In particolar modo l'art. 11 prevedeva che le Università potessero stipulare convenzioni con qualsiasi altra università di questa Regione del Nord-Est senza preventivo consenso dei Ministeri competenti, potevano predisporre i curriculum e riconoscere i titoli di studio. Questo valeva sin dall'inizio anche per noi. Questo glielo posso assicurare. Noi eravamo compresi sin dall'inizio in questa funzione-ponte con la Regione del Nord-Est, anche se Lei afferma che ci dovremmo adoperare in questa direzione. Anch'io sono dell'avviso che in questa legge non si faccia riferimento al Triveneto, ma solo alle Regioni del Nord-Est italiano.

Dov'è rimasta la risoluzione del Consiglio regionale sul federalismo? Il Consiglio regionale ha adottato una risoluzione - e noi abbiamo votato contro - affinché l'Italia diventi uno Stato federale. In quell'occasione si era detto: questa è la soluzione a tutti i nostri problemi. Io so che Malossini, Durnwalder e Andreolli da un lato, e poi, in occasione del convegno sui consigli provinciali e regionali, anche le Regioni hanno preso ufficialmente posizione sulla cosiddetta legge-Labriola, che è stata approvata dalla Commissione Affari Costituzionali della Camera e poi si è arenata, anche in vista delle imminenti elezioni. Ma nel caso venissero estese a tutte le Regioni d'Italia le competenze dello Stato - ad eccezione di alcune che lo Stato continuerebbe a tenere per sé -, allora da noi ciò dovrebbe significare che le competenze di tipo integrativo vengono trasformate in competenze di tipo esclusivo. Questo era uno dei punti principali. Invece i Consigli regionali e provinciali, compreso il Trentino-Alto Adige, hanno confermato la "riforma del ruolo delle Regioni fermo restando il carattere unitario dello Stato", il quale - in questo modo - non deve cedere parte della sua sovranità nazionale. Innanzi tutto non corrisponde al vero che lo Stato dovrebbe cedere tutto ad eccezione della difesa, della valuta e dei rapporti con l'estero. Gli rimarrebbero circa altre 20 competenze. Ma manterrebbe per esempio l'intera legislazione del lavoro e quella della previdenza sociale, nonché una serie di altre competenze. E invece, così, entrerà in vigore il nuovo art. 70 della Costituzione e le cose non cambieranno, a meno che i federalisti non riescano ad ottenere un consenso popolare molto forte alle prossime elezioni. L'art. 70 della riformata Costituzione italiana recita: "Lo Stato, quindi il Parlamento centrale fissa le leggi-quadro organiche per tutte quelle materie che vengono delegate alle Regioni, al fine di preservare il carattere unitario dello Stato" Ciò significa - come ha anche affermato il Presidente della Commissione bicamerale del Parlamento -, che le Regioni rimarranno, come in passato, semplici istituzioni di autogoverno con potere ordinamentale. Perché sappiamo a che cosa si riduce questa legislazione quadro! Con essa si legittima il potere di indirizzo e coordinamento e sappiamo che la Corte costituzionale ha affermato che per legislazione-quadro si comprende anche una legge anche molto dettagliata, che toglierebbe ogni possibilità alla Regione non solo di legiferare in un determinato settore fissandone i principi, ma anche di stabilire un ordinamento per esempio nell'ambito della sanità. La Corte costituzionale ha in questo modo confermato che non rimarrebbe nemmeno lo spazio per un ordinamento. Ma nessuno di Voi, nessuno della Regione o della Provincia autonoma di Trento e di Bolzano, e nemmeno le altre Regioni hanno protestato contro questa cosa. Al contrario. Si è addirittura affermato "fermo restando il carattere unitario dello Stato". Da ciò se ne può chiaramente desumere che l'Italia non diventerà mai uno Stato federale. E se questi partiti conserveranno la maggioranza alle prossime elezioni, allora si arriverà con tutta probabilità alla legge di riforma costituzionale, alla cosiddetta legge-Labriola, con la quale si prevede una ancor più grande legittimazione del potere di indirizzo e coordinamento.

Anche il sostegno a favore della ricezione di programmi televisivi in lingua tedesca e inglese in Trentino (cosa sicuramente molto lodevole), rientra sicuramente nella competenza della

Provincia e non della Regione. Altrettanto si può dire di ciò che è scritto a pag. 11 del programma dell'attività europeistica della Regione, ovvero l'assegnazione di borse di studio per la frequenza di collegi universitari, a Trieste e nel Galles, Gran Bretagna (si tratta della frequenza di un biennio di studio per acquisire il diploma di baccellierato internazionale, quale titolo di studio per l'accesso a tutte le Università europee). Anche questo settore rientra nella competenza della Provincia e non della Regione. Si parla anche di altre 2 borse di studio per giovani laureati nelle Università delle regioni di Alpe-Adria per approfondire il tema "stati nazionali e impero". E poi si parla della partecipazione della Regione al progetto congiunto di tutte le Regioni di Alpe-Adria, promosso dalla Conferenza dei Rettori della Comunità, per lo scambio di studenti e ricercatori a livello accademico nell'area di Alpe-Adria.

Inoltre qui si parla di un cosiddetto "progetto scuola" che dovrebbe venire finanziato dalla Regione. Come se questo rientrasse nella competenza regionale! Anche questa è una competenza provinciale!

Poi si parla di uno studio sugli effetti della normativa comunitaria e in particolare del Mercato Unico del 1993 sulla normativa regionale, con particolare riferimento all'attuazione dell'Europa dei cittadini (pubblico impiego e libera circolazione). Si asserisce che la preferenza prevista dall'art. 10 dello Statuto e accordata ai residenti per quanto concerne il collocamento al lavoro e la proporzionale per l'impiego pubblico sono in contrasto con i principi del diritto comunitario e verrà quindi rivista, anche alla luce del fatto che l'Austria ben presto entrerà a far parte della Comunità europea. Ci sono naturalmente molte argomentazioni contro questa tesi che potrebbero essere fatte valere dalla Provincia di Bolzano sulla base dei principi del diritto internazionale e per le quali potrebbe anche essere negata la quietanza liberatoria. Per quanto concerne il potere di indirizzo e coordinamento che rappresenta la fine di ogni vera autonomia politica (potere che rimane, anzi viene ulteriormente consolidato), non c'è stata alcuna protesta né da parte dei Consigli provinciali, né da parte della Regione. Noi avevamo chiesto che venisse abolito con una legge costituzionale, in quanto non ha senso dire - e qui ritroviamo di nuovo la disonestà, la contraddizione - : prima della chiusura del Pacchetto o prima del rilascio della quietanza liberatoria lo Stato italiano deve rimediare al malto, ovvero a tutto ciò che ci è stato sottratto in forza del potere di indirizzo e coordinamento. E non sto qui ad elencare tutte le misure in questione, poiché le ho più volte citate in Consiglio. Comunque in base alla giurisprudenza della Corte costituzionale - e sono circa 50 sentenze che riguardano la Provincia di Trento e di Bolzano e la Regione - il potere di indirizzo e coordinamento è saldamente ancorato alla Costituzione, cosicché lo Stato italiano non potrebbe nemmeno rimediare a questa situazione, per esempio abolendo la preferenza concessa ai lavoratori locali o quella prevista per la Provincia nell'assegnazione di concessioni non ancora attribuite all'ENEL, concernenti la cessione alla Provincia o ad altri enti locali dei 2 miliardi di chilowattora, concessioni che in questo modo decadrebbero, ma che potrebbero garantire un approvvigionamento autonomo di energia, come è previsto nelle norme di attuazione. E anche qui lo Stato non potrebbe nemmeno ritornare sui suoi passi. Perché? Perché la Corte costituzionale ha detto che tutto ciò è avvenuto in base al potere di indirizzo e coordinamento che è saldamente ancorato alla Costituzione italiana. Prima si dovrebbe abolire il potere di indirizzo e coordinamento per le Province di Trento e di Bolzano e per la Regione Trentino-Alto Adige. E per abolirlo è necessaria una legge costituzionale. E questo Perché il potere di indirizzo e coordinamento non è conciliabile con l'Accordo di Parigi. Ma allora devo elevare a rango costituzionale anche l'Accordo di Parigi, in quanto nella legge costituzionale poi dovrò fare riferimento all'Accordo di Parigi. Per quanto concerne le norme di attuazione concordate si è sempre affermato che si voleva abolire il potere di indirizzo e coordinamento. Ma di abolizione vera e propria non se ne parla mai, solo del fatto che le Province e la Regione hanno 6 mesi di tempo di impugnare le leggi dopo che sono state approvate. Poi la Corte costituzionale, che sinora ha sempre confermato il potere di

indirizzo e coordinamento, ha 6 mesi di tempo per emettere una sentenza. Questo è tutto. E quindi nelle norme di attuazione non servono riferimenti all'Accordo di Parigi. L'Accordo di Parigi – ha affermato la Corte costituzionale in parecchie sentenze ed io ero presente alle consultazioni quando si è discusso su questo argomento – è entrato in vigore con semplice legge ordinaria e quindi è subordinato alla Costituzione. Ed io, Corte costituzionale, interpreto la Costituzione nel senso che il potere di indirizzo e coordinamento è ancorato nella stessa. Per queste ragioni anche la nostra autonomia che si rifa' al diritto internazionale deve sottostare al potere di indirizzo e coordinamento. Quindi solo elevando a rango costituzionale l'Accordo di Parigi e citandolo nella legge costituzionale specificando che la nostra autonomia si fonda sul suddetto Accordo, io posso asserire che il potere di indirizzo e coordinamento non può valere per il Trentino–Alto Adige. Solo in questo modo potremo sconfiggere questo potere. Questo lo sanno tutti e si possono adottare tutte le norme di attuazione che si vogliono, ma non si ottiene nulla se ci sono queste sentenze della Corte costituzionale. E qui si dice – e cito testualmente: "Le concessioni accordate con l'aiuto di Riz sul problema del potere di indirizzo e coordinamento, sono poca cosa. Non si può certo parlare di una totale o perlomeno ampia abolizione del potere di indirizzo e coordinamento, come era stata richiesta dalla risoluzione approvata dal Congresso della SVP nel 1988 come presupposto per la chiusura del Pacchetto." Questo è quello che ho sempre affermato anch'io. Ma ora lo ha scritto anche il Südtirol Journal, organo di stampa della Neue Mitte. E non posso dare torto a queste affermazioni. Hanno ripreso il mio pensiero.

Signor Presidente, se la Regione si attivasse...)

(Unterbrechung – interruzione)

PRESIDENTE: ...Solo per informarLa che Lei ha ancora 1 minuto per concludere, cons. Benedikter.

(Unterbrechung – interruzione)

BENEDIKTER: Dann mache ich Schluß und sage: Aufgrund der Ausführungen des Präsidenten und weil ich sage, die schneidige Rede ist eben eine schneidige Rede, weil Wahlen bevorstehen. Aber wenn sie ehrlich gemeint ist, dann müßte die Südtiroler Volkspartei die Konsequenzen..., entweder der Präsident zieht diese Grundsatzausführungen zurück oder die Volkspartei müßte aus dem Regionalausschuß austreten, wie wir es 1959 gemacht haben.

(Allora concludo e dico: le dichiarazioni del Presidente sono molto coraggiose, forse anche perché siamo prossimi alle elezioni. Ma se sono intese seriamente, allora la SVP dovrebbe essere così coerente da chiedere al Presidente di ritirare le sue affermazioni o dimettersi dalla Giunta regionale, così come facemmo anche noi nel lontano 1959.)

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter)

(Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Craffonara.

CRAFFONARA: Grazie, signor Presidente.

La relazione che lei ha letto qualche giorno fa si compone chiaramente di due parti: la prima riguarda quale ruolo debba avere la Regione nel futuro prossimo, alla luce anche della nascente Unione Europea, la seconda invece si rifà ai problemi più concreti e contingenti e

cioè all'ordinaria amministrazione.

Mi si consenta di esprimere due giudizi nettamente diversi.

Nella prima parte, signor Presidente, della sua relazione lei pone alcune ipotesi: la prima è quella di sancire definitivamente, con un terzo Statuto, la morte della Regione e quindi contribuire a consacrare la definitiva spartizione delle competenze alle due Province autonome, addivenendo così di fatto alla separazione politica della popolazione trentina da quella sudtirolese; oppure, la seconda ipotesi è quella di esprimere fiducia nell'attuale istituto regionale e, partendo da quel poco o niente che è oggi, ipotizzare ed inventare tutta una sua crescita, lungo un percorso che ci potrà all'Europa del 2000.

Vorrei aggiungere un'altra cosa, che lei non si sottrae al confronto ed esprime con coraggio quelle che sono le sue idee, le sue valutazioni, il suo programma.

Alla luce della riconosciuta eterogeneità delle forze politiche che supportano la Giunta, mi sembrano ancora più meritevoli della massima considerazione le sue dichiarazioni.

Il cons. Brugger stamattina, credo non a caso, si è prenotato ed ha parlato per primo e ha dato un giudizio diametralmente opposto a quello del Presidente della Giunta regionale, eppure il cons. Brugger è il capogruppo del SVP e l'SVP è uno dei tre partiti e non certo il minore che sostengono questa Giunta. Quindi credo che la maggior parte di noi ha ascoltato con stupore crescente quelle che sono state le dichiarazioni del collega Brugger.

Ha stupito questa sensazione di chiusura, c'è modo e modo di esprimere delle valutazioni e di portare avanti delle idee, però tutti noi afferriamo quando dentro di noi c'è una convinzione profonda, in questo caso credo di aver sentito nelle dichiarazioni del cons. Brugger una convinzione decisa, che nulla è mutato da tanti anni a questa parte.

Per tornare alla sua relazione devo dire che su questa prima parte desidero esprimere la massima condivisione mia e del partito che qui rappresento.

Data per scontata la chiusura definitiva ed imminente del pacchetto, e per chiusura definitiva sarebbe assurdo pensare che è una chiusura nel vero senso della parola, che non si parlerà più dei problemi che riguardano le popolazioni appartenenti alle due etnie in Sudtirolo, credo che questo pacchetto sarà sempre un qualche cosa che, sebbene chiuso, costituisca sempre un motivo di confronto dinamico su tempi che ci saranno domani, per cui chiusura si deve sempre intenderla fra virgolette, di fatto credo che sarà opportuno invece mantenerla aperta, in un senso di scambio, di confronto e anche di condivisione di quelli che sono i problemi che ci sono.

Quindi concordo con il cons. Tonelli quando stamattina diceva: menomale che non è stato chiuso prima questo pacchetto, altrimenti ce lo troveremo oggi già vecchio. Credo che, anche se fosse stato chiuso, questo non ci avrebbe proibito di affrontare problemi che successivamente si erano posti.

Credo sia tempo di invertire la tendenza, che ha visto al ribasso costante la Regione ed al rialzo le competenze delle due Province autonome. Non per tornare indietro e togliere quanto acquisito, quanto per immaginare ed assegnare un ruolo futuro alla Regione, non tanto nei confronti dello Stato e del Governo italiano, quanto nell'ambito europeo.

A differenza di quanto diceva prima il cons. Benedikter, credo non sia nè serio, nè credibile pretendere di trovare spazi in Europa a comunità di nemmeno 500 mila abitanti. Sarebbe un ruolo da comparsa, impercettibile e ininfluenza, grave e pericoloso per una terra e per una popolazione che per secoli ha svolto un ruolo importante di trait d'union fra il nord ed il sud delle Alpi.

Ma se fino a ieri la nostra compresenza sulla scena internazionale era necessaria, se non altro per motivi geografici, perchè si doveva "passare" attraverso i nostri territori, oggi non dobbiamo illuderci che la nostra centralità geografica ci garantisca anche una

centralità politica ed economica.

Rischiamo cioè di rimanere ignorati, isolati perchè l'Europa andrà avanti sicuramente lo stesso: Ma ciò non corrisponderebbe nè con la nostra storia, nè con la nostra vocazione e tantomeno ai nostri interessi.

Se così è, se su queste affermazioni c'è condivisione, allora si deve ammettere con franchezza che la tesi del Presidente, la strada che egli sembra indicare nella parte centrale della sua relazione è giusta e va percorsa. Anche lui, come diceva il cons. Tribus prima, appare un partigiano della Regione ed io nel mio piccolo sono d'accordo e condivido questa impostazione, anzi mi permetto di aggiungere che, a mio avviso, questa strada deve essere percorsa con urgenza e concretezza.

Non è più tempo di bei discorsi, di annunciazioni, purtroppo in questo Consiglio regionale si perde tanto tempo, non oggi, questa mattina è stata importante la discussione che ne sta venendo fuori, sotto questo profilo apprezzo il cons. Brugger che l'ha portata con estrema chiarezza e precisione, però altrettanto dobbiamo dire che abbiamo perso tante giornate su discussioni che a volte erano futili e che questi temi avrebbero potuto essere affrontati in modo diverso.

Credo che la parte rimanente di questa legislatura dovrebbe essere utilizzata più utilmente in quelle che possono essere le discussioni sul ruolo della Regione nella futura Europa.

Una Regione che possa comprendere anche nuove realtà, che con noi hanno molte cose ed interessi in comune: la storia, la salvaguardia delle proprie etnie e la valorizzazione della propria identità, un'economia in tutto e per tutto simile alla nostra, un ambiente da salvare e da difendere. Non mi riferisco al Triveneto, non l'ho trovato scritto da alcuna parte, quindi questo è un qualche cosa di freudiano che è venuto fuori, però in effetti non ho mai sentito parlare di Triveneto, non credo che dire nord-est significhi Triveneto, è tutta altra cosa.

Mi riferisco a comunità più vicine e vorrei cogliere l'appello della comunità Cimbra di Luserna, che rivendica in definitiva da parte della Regione una maggior consapevolezza, che ponga la stessa Comunità accanto alle minoranze più "illustri". In particolare, per i Comuni mistilingui, la necessità di promuovere la lingua, la cultura e l'identità di tutte le loro componenti, al fine di assicurarne la sopravvivenza. Nè possono essere ignorati o sottovalutati i fermenti ed i movimenti delle zone vicine alla nostra Regione.

Al di là di quelle che possono essere spinte o motivi d'interesse contingente, credo che alla base ci sia un'evoluzione storica che da sempre determina modifiche territoriali ed istituzionali. Ed è il motivo per il quale gli atlanti invecchiano ed hanno bisogno di continue nuove edizioni. Tante volte mi chiedo: quale sarà la carta geografica del 2020? Credo che sarà in buona parte diversa da quello che abbiamo oggi.

Varie, motivate, interessanti sono le istanze che si levano da più parti. Ma quelle provenienti da Cortina e dal Fodom dovrebbero godere di una particolare attenzione, non ho sentito valutazioni su questo argomento, ma evidentemente è troppo presto, ho letto qualche dichiarazione in passato, per esempio quella del Presidente Durnwalder, il quale non prendeva posizione nè a favore, nè contro questa eventualità, però la giudicava interessante e questo mi sembra un fatto importante da sottolineare. Si tratta di popolazioni che, per storia, tradizione, economia, ci sono affini. La Regione non dovrebbe restare passiva o in posizione subordinata.

Mi rendo conto che ci sono problemi politici, giuridici enormi ed insormontabili su questo percorso, però la Regione e le due Province potrebbero favorire ed appoggiare una sorta di Comunità dolomitica che comprenda queste aree, comunità sul tipo di quella del Garda, che non sono istituzioni politiche dal punto di vista territoriale ancora, però

possono avere un compito di rappresentanza, di aggregazione, di discussione dei problemi loro molto importante.

Le vallate ladine delle tre Province di Belluno, Bolzano e Trento potrebbero trovare una prima base di unione e di discussione sul tipo di Comunità che le due Province e la Regione potrebbero vedere benevolmente e forse del tutto aiutare. Uno degli obiettivi di lungo momento di questa comunità potrebbe essere quello della trasformazione in provincia, la terza provincia della nostra regione. Queste sono forse ipotesi, ma che comunque non possono non avere una qualche possibilità di discussione.

Il confronto è sicuramente ampio e aperto e tutto deve essere discutibile senza pregiudizi e senza preclusioni, compreso, signor Presidente, un nuovo quadro di tutela da parte della Regione, delle comunità linguistiche, ivi compresa quella italiana dell'Alto Adige, che, nell'ambito dell'autonomia provinciale, sono minoritarie e quindi anch'esse devono trovare un riferimento cui rivolgersi per la loro difesa.

Importante è che alla base ci sia la convinzione che la Regione debba avere un ruolo ben preciso, necessario ed insostituibile nel cammino verso l'Europa, che rappresenta il traguardo, l'obiettivo primario dei nostri sforzi presenti e futuri.

Quindi in questo quadro è automatica la posizione sul "pacchetto" ed anche in questo caso siamo d'accordo con il Presidente della Giunta e con il segretario nazionale del PLI Altissimo, che il pacchetto non solo vada chiuso al più presto, ma anche nella consapevolezza che sia l'Europa a "garantire la tutela etnico-linguistica di tutte le minoranze nella Regione". Su questo esprimiamo la nostra condivisione.

In conclusione, mentre l'economia e la finanza tendono sempre più e da tempo alla globalizzazione dei mercati, mentre la cultura, l'arte mostrano tendenze sempre più vistose all'internazionalizzazione e le stesse popolazioni hanno dimostrato di voler abbattere i muri e gli steccati, qui si è andati avanti imperterriti sulla strada dello svuotamento della Regione, della separazione nelle Province.

Abbiamo separato persino la sua relazione, signor Presidente, e sappiamo bene che lo ha fatto per motivi di praticità, però in questo momento l'assumiamo anche come esempio emblematico di un'altra separazione. Si può seguire la strada che qui purtroppo abbiamo sentito, possiamo andare fino alla scomparsa di questa Regione, in questi giorni è quello che sta accadendo all'URSS, lei può fare la fine di Gorbaciov, noi non abbiamo bandiere da ammainare sul campanile più alto di Bolzano al 31 dicembre, però quello che mi domando e pongo anche a voi: ma se davvero noi ammainassimo la bandiera della Regione per dire che questa Regione scompaia, credo che dovremmo metterci subito al lavoro, per mettere insieme qualche cosa che magari in parte avrà scopi diversi, ma non si potrà non reinventare un qualche cosa che si chiamerà Regione, ma in un certo senso dovrà pur continuare a tenere unite popolazioni, che per secoli nella nostra storia lo sono stati e soprattutto evitare la frammentazione, creare un collante in vista dell'Europa.

Per quanto riguarda invece la seconda parte, quella attinente la gestione ordinaria, la nostra valutazione è piuttosto negativa.

Sentiamo continuamente ripetere questi temi da tre anni, senza trovare soluzioni. Mi sembra che l'iter della legge 142 va avanti a rilento, poi c'è la legge 241 e qui non sono d'accordo in parte con quanto dice il cons. Tonelli, credo che la 241 ha previsto un termine di un anno, che è già passato abbondantemente, per cui le due Province di Trento e di Bolzano avrebbero dovuto adottare quelli che sono i principi fondamentali di questa 241 e credo che lo debba fare anche la Regione, rispettando assolutamente lo spirito ivi contenuto. Abbiamo cercato di farlo a livello di proposta legislativa nella Provincia di Trento, non so cosa stia facendo la Provincia di Bolzano, mi pare non faccia niente e questo non torna a suo merito,

perchè se ci sono due leggi valide che recentemente lo Stato ha prodotto una è la 142 e l'altra è la 241, che riguarda i comuni, una loro piena e completa rivalutazione e l'altra invece è una rivalutazione del cittadino. Quindi credo che siano leggi che vanno portate avanti.

Mi preme sottolineare il ritardo con il quale non solo la Regione, ma anche la Provincia di Trento, in ordine al modo di fare le leggi e di pubblicarle. Lei giustamente ha ricordato nella sua relazione che nel 1989 quasi tutti i capigruppo hanno firmato una mozione, con la quale si impegnava il Consiglio a modificare non solo i criteri, ma anche il modo di pubblicare, speriamo questo possa avvenire quanto prima.

Un'ultima annotazione. Vedo che anche la nostra regione tende ad una completa autonomia legislativa in ordine agli uffici ed in particolare alla determinazione dello stato giuridico ed economico del personale regionale, superando il regime di recepimento automatico della normativa statale.

Signor Presidente, anche in questa sede desidero esprimere tutte le mie perplessità e preoccupazioni in ordine a questo disegno che non ritengo nè utile, nè opportuno sia per l'ente Regione, che per i suoi dipendenti.

Le recenti discussioni in seno al Consiglio provinciale di Trento hanno messo in tutta evidenza le immense difficoltà riscontrate, dopo due anni impegnati nelle trattative con il sindacato per giungere ad un contratto, che è stato firmato un anno e mezzo fa, recepito dal Consiglio provinciale soltanto adesso, ma i cui risultati, al di là di un incremento non indifferente del costo al 36-39%, hanno già scatenato una serie di proteste, insoddisfazioni da parte dei dipendenti, per cui mi domando se convenga anche alla Regione seguire questa strada.

Un altro discorso potrebbe essere quello di porci attorno ad un tavolo per fare un'unica discussione fra le due Province di Trento e Bolzano, Regione per arrivare ad una omogeneizzazione nell'ambito dell'intera Regione e non soltanto di una Provincia o di un ente Regione. In questo caso sarebbe diversa la situazione.

L'obiettivo però che vorrei sottolineare è non di arrivare uno alla volta, perchè qui si gioca al rialzo e già siamo in una situazione che è decisamente pesante, perchè porta non solo conseguenze negative sui bilanci degli enti, ma sta anche creando notevoli preoccupazioni e conseguenze negative sull'intero mercato del lavoro. Questo non possiamo non tenerlo in considerazione, dobbiamo sentire questa responsabilità.

Quindi se ci sarà una contrattazione globale sono assolutamente d'accordo, ma fino a quel momento è inutile che i singoli enti giungano ad un loro contratto autonomo.

In conclusione, mi pare di dover esprimere apprezzamento e condivisione sulla prima parte della relazione del Presidente, sulla seconda parte abbiamo qualche riserva.

Per quanto riguarda le dichiarazioni del cons. Brugger di stamattina, ricordo che qualcosa del genere l'aveva fatto un paio di anni fa ed aveva suscitato una serie di buffetti da parte dei suoi colleghi di partito, e ricordo anche che aveva riscontrato la simpatia sul piano della forma del non dimenticato Piero Agostini, direttore allora dell'"Adige".

Credo che la Giunta non possa effettivamente reggersi su una coalizione che su un tema così importante, com'è quello del suo ruolo, non arrivi ad un chiarimento preciso.

Signor Presidente, dovrebbe richiamare l'aula, non si può andare avanti così!

PRESIDENTE: Lei ha finito cons. Craffonara?

CRAFFONARA: Per forza.

PRESIDENTE: Come per forza?

CRAFFONARA: Non vado più avanti.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Casagrande.

CASAGRANDE: Noi faremo un intervento abbastanza moderato, perchè in tutta la mattinata il signor Presidente della Giunta è stato bombardato da più parti ed il dibattito è stato abbastanza duro.

Lei sa che noi da dieci anni siamo sempre stati per la Regione, cerchiamo di valorizzarla, anche se così non è stato da parte della Giunta regionale, perchè siamo sempre stati non tenuti nella dovuta considerazione per quello che abbiamo dato e daremo con i nostri interventi.

Credo che le dichiarazioni rese dal Presidente della Giunta regionale, in occasione della presentazione del bilancio per il 1992, riportino spunti di interesse notevole dal punto di vista sia politico che amministrativo.

Il quadro europeo, già altre volte richiamato in quest'aula come riferimento per le nostre istituzioni autonomistiche, è divenuto di evidente e attuale rilevanza ed in esso i movimenti innovatori dell'indimenticabile 1989 hanno fatto emergere, come correttamente ha interpretato il Presidente, la linea di tendenza alla valorizzazione della realtà locale, che corre parallelamente nell'evolversi della società politica in senso democratico.

Il dissolversi dei blocchi politici contrapposti, la movimentazione delle idee e degli scambi commerciali avranno certo ragione, anche se non in tempi brevi, delle difficoltà talvolta gravi che l'aprirsi dell'Est alla democrazia di popolazione troppo a lungo allevate a regimi totalitari, inevitabilmente comportano.

E la componente che di certo può favorire il riassetto economico e politico di un'Europa grande non potranno essere riconoscimento della dignità politica delle regioni europee, di ambiti quindi omogenei per storia, cultura e tradizioni.

La Regione Trentino-Alto Adige con la sua storia ultraquarantennale, svoltasi all'insegna dell'autogoverno, della promozione della convivenza interetnica, della ricerca del superamento di ogni rigida chiusura fra popolazioni diverse, certo può offrire qualche elemento utile di esperienza e di confronto per chi si appresta a rivendicare il ruolo della comunità locale.

Non tutto è così facile, come il Presidente della Giunta regionale sembra credere, anche presso di noi, le insidie del centralismo statale, le complicatezze burocratiche, l'irrigidirsi su posizioni di rendita all'interno della nostra popolazione pone un serio pericolo per le regioni e le prospettive della nostra autonomia.

La Regione ha ancora un notevole cammino da compiere, non solo nell'applicazione la più ampia possibile della legge n. 10, cioè la promozione europea, allargando i limiti operativi, ma anche soprattutto intensificando i rapporti a livello di aree vicine geograficamente, affini per intendimenti.

Le regioni e il modo di operare di Alpe-Adria devono essere rivalutate e potenziate, in modo da creare livelli politici di interessi comuni, al di là ed oltre le impostazioni burocratiche dei problemi.

Il PATT è da sempre un convinto sostenitore, talvolta sottovalutato e sotteso della nostra autonomia e del suo destino europeo, che trova le proprie radici nella storia e nella cultura locali.

Certo che una maggiore incisività e presenza e un più ricco ritorno culturale dei contatti avuti in seno ad organismi internazionali, dovrebbero maggiormente incentivare il riesame del nostro patrimonio autonomistico, la diffusa conoscenza di esso fra la gente, la sua difesa dagli attacchi non soltanto del centralismo romano, ma anche da tutte le forme di

snaturamento che troppo deboli scelte politiche ci hanno abituati a vedere.

Europa e regionalismo quindi sono punti programmatici validi, ma che devono essere attuati con maggiore fermezza e più chiara individuazione degli obiettivi, nelle sirene di un modernismo forzato, che tutto diluisce, facilone e poco degne del senso di responsabilità che la nostra gente dimostra e richiede.

Anche i termini dell'Accordino vanno resi più attuali, dal punto di vista economico e politico, è ben vero che la presenza delle Province di Trento e di Bolzano e delle loro competenze non consente manovre di rilevante ampiezza alla regione Trentino-Alto Adige, ma la regia unitaria di posizioni, magari sotto qualche profilo divergenti e comunque l'incidenza politica per una riconsiderazione in senso evolutivo dei rapporti con l'Austria, dove affiancarsi all'azione delle Province costituirebbe una maggiore incisività.

Se infatti determinati aspetti delle relazioni economiche, oggetto dell'Accordino, sono distanti, devono essere superati dalle politiche europeistiche del 1993.

E' comunque certo che fino a quando l'Austria non sarà entrata a pieno titolo nella comunità, lo spazio per accordi preferenziali sussiste e può essere percorso a tutto vantaggio dei nostri operatori, purché si disponga della fantasia e della determinazione necessarie e non si privilegino le strategie a passo ridotto.

Per quanto riguarda le aree di attività individuate del bilancio, non mi sembra che molti progressi siano stati fatti sul piano concreto da un anno a questa parte, siamo ancora a livello di ipotesi per quanto riguarda la gestione locale della previdenza, non si capisce bene se c'è la volontà di creare istituti di previdenza a livello provinciale o un unico istituto regionale. Peggio ancora non si è ancora capito quali siano i vantaggi concreti di operazioni del genere per la nostra comunità e quali, dall'altra parte, siano i costi finanziari della stessa, misurati su un periodo medio-lungo.

Mi sembra questo un esempio preciso di incapacità di concludere, almeno da un punto di vista tecnico, con proposte precise e motivate, che consentano le scelte politiche in un verso o nell'altro.

Si è ripetuto più volte che la Regione ha poche competenze da gestire e questo è senza dubbio corrispondente a verità, si deve cercare che almeno in quelle poche le soluzioni proposte siano inviate a dovere nelle voci a favore e in quelle contro, in modo da consentire le conseguenti decisioni sul piano legislativo.

Noi non possiamo che essere favorevoli alla gestione più ampia e diretta delle competenze affidateci dallo Statuto, ma questo non significa che i relativi problemi non devono essere approfonditamente valutati e affrontati e non trascinati all'infinito.

Analogo discorso può essere fatto per il credito, pur nei limiti di movimento che ci sono concessi, una maggiore incisività di azione, in vista soprattutto delle competenze con gli altri paesi europei, mi sembra necessaria, non fosse altro per promuovere, da parte delle Province, una più attenta valutazione delle dinamiche del mercato che ci attende.

Senza infatti voler sventolare in ogni e qualsiasi occasione il 1993 come uno spauracchio, credo che non possiamo ignorare quanta goffaggine e quanto scoordinamento avvenga nel nostro paese nei confronti dell'approccio con l'Europa. Basta leggere i giornali nazionali, un giorno è l'apocalisse, il giorno dopo si torna a fidarsi dell'italico stallone, la via di mezzo, quella del serio impegno e delle analisi serie dobbiamo averla noi, almeno nell'ambito delle competenze che ci sono concesse.

Da questa analisi senza alambicchi burocratici dovremmo riuscire a sapere cosa fare e farlo. Il comitato del credito, che sento nominare ad ogni seduta di bilancio, avrà senza dubbio elaborato determinate possibilità di intervento per la Regione e per le Province. Sarà necessario quindi che dalle parole si passi a qualche fatto e che concretamente si avvii, in

collaborazione con il mondo del credito trentino, una pertinente strategia.

Non ritengo infatti che siano occasioni queste, in cui l'ente pubblico può permettersi di essere disattento e poco incisivo, se non si vuole che gli effetti della concorrenza europea siano disastrosi per la nostra comunità.

Il tema delle autonomie locali, al quale il Presidente ha accennato e che ritengo rilevantissimo, merita tutta la nostra attenzione. La Regione Trentino-Alto Adige deve legiferare a seguito dell'entrata in vigore della legge n. 142 del 1990 sull'ordinamento delle autonomie, è questa un'occasione da non perdere, per dare concretezza a tanti slogans che si sono sentiti in questi ultimi anni, tutti a parole dicono di voler valorizzare i comuni, tutti si preoccupano dei sindaci e dei consiglieri comunali al momento delle elezioni, ma pochi sono coloro che sono convinti che il comune sia l'istituzione alla quale dobbiamo riservare la maggiore considerazione politica.

E proprio per questo lo studio approfondito delle nuove disposizioni, in materia di ordinamento delle autonomie, deve poterci consentire di valutare attentamente il modo in cui dare attuazione, al fine di porre in grado i nostri comuni di rispondere con efficienza ai bisogni delle popolazioni.

E' un momento importante di riflessione politica quello che ci si attende sul tema delle istituzioni locali, che per i risvolti e i legami con la realtà provinciale richiede particolare attenzione, a mente sgombra dai pregiudizi, un aspetto peraltro già ben definito quello della necessità di supportare i comuni con tutte le soluzioni di carattere amministrativo e politico, che permettano loro di affrontare i tanti problemi che assillano i cittadini e non sembrano trovare soluzione.

Credo che da questo intervento, signor Presidente, ci sia un po' il riassunto delle sue dichiarazioni e noi abbiamo voluto ancora una volta dare il nostro contributo.

Ci fa piacere che il capogruppo del SVP abbia nominato anche il nostro partito nel suo intervento, era ora dopo tutti questi anni che noi abbiamo dato il nostro contributo positivamente, nella speranza che anche il nostro partito venga qualche volta ricordato.

Quando si fanno queste coalizioni di Giunta si cercano i partiti nazionali, noi daremo sempre il nostro contributo, ma chiediamo di essere tenuti in considerazione anche dalla DC, non solo quando c'è il bilancio di previsione, ma anche durante la legislatura.

Non siamo d'accordo con l'intervento del cons. Tonelli, quando afferma che si devono dare i soldi alle due Province per aiutare chissà chi, non ho capito bene chi dobbiamo aiutare. Noi dobbiamo aiutare i cittadini della nostra regione, perchè anche da noi ci sono persone in difficoltà, non solo gli extracomunitari, anche i nostri aspettano la casa e le agevolazioni che la regione può dare.

Non siamo nemmeno d'accordo con quanto detto dal cons. Rella in merito alle leghe, abbiamo avuto una grossa esperienza con la Russia, quando ci si allarga troppo sul nazionale e si trascura il locale è uno sbaglio madornale, prima le cose devono andare bene localmente nella Provincia e nella Regione ed in seguito ci possiamo allargare.

Credo che il nostro compito di amministratori sia proprio quello di fare il nostro dovere sul territorio regionale e quando siamo convinti di aver fatto bene il nostro lavoro a livello regionale, allora possiamo anche allargarci.

Credo che le questioni della Slovenia e della Croazia siano da prendere in considerazione immediatamente, dove c'è una guerra, ma non possiamo destinare tutti i soldi stanziati per governare una regione al di fuori di quelli che sono i bisogni della nostra popolazione.

Signor Presidente, siamo contenti che il bilancio sia aumentato, questo è un segno che con più denaro a disposizione si possono affrontare i problemi sollevati. Non si può

spendere solo il denaro in convegni, ma bisogna cercare di spenderlo bene per l'economia di una regione che sia all'avanguardia e sia messa in posizione favorevole, ma sia anche sorvegliata, per risolvere i bisogni delle popolazioni.

A livello di Giunta è stata sollevata qualche critica, ma non c'è solo il PSI, ci sono anche altri partiti che hanno collaborato e dato il massimo da qualche anno a questa parte. L'accanimento che abbiamo visto contro il nostro partito in questa legislatura, era stato chiesto di andare in Giunta e nessuno lo voleva, credo si debba rettificare il tiro e valutare anche un partito autonomista che ha dato e sta dando molto per risollevare la Regione.

Noi siamo autonomisti convinti per la Regione, siamo qui da sempre, abbiamo fatto discorsi concreti e quando c'è un momento delicato non si può far sì che il partito autonomista non venga mai tenuto in considerazione.

Concludo, ringrazio ancora l'SVP per aver espresso, questa mattina, un apprezzamento verso il nostro partito, che noi cerchiamo di risollevare anche a livello provinciale.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Betta.

BETTA: Dirò subito, per mettermi l'animo in pace con il PATT, che pur rappresentando un partito nazionale lo nomino anch'io, mi fa piacere, nomino anche il cons. Casagrande così sarà doppiamente soddisfatto e gli dico che ha tutta la mia comprensione nell'aver sentito il suo intervento, che è talmente all'opposto di quello che siamo abituati a sentire, cioè una dura opposizione, oggi è stato un concerto di violini ed arpe a favore della Giunta regionale, la qual cosa mi fa molto piacere.

Dirò anche, come autocritica, che il mio sarà un intervento sicuramente di basso profilo, non sarà pregnante, perchè in questo ambiente "sbiadito", dove tutti pensano ai fatti loro e viste anche le competenze di questa Regione ben poco c'è da dire.

Il bilancio, secondo me, si può giudicare sotto due aspetti: sotto l'aspetto squisitamente contabile e sotto l'aspetto politico.

Sotto l'aspetto contabile credo non ci sia niente da dire, perchè è un bilancio fatto alla perfezione, come tutti i bilanci dovrebbero essere, l'importante è sapere se poi queste cifre si riusciranno mai a spendere, perchè se vediamo i residui dell'anno 1990, a parte le giustificazioni che ha voluto dare l'altro giorno il Presidente della Giunta, dico che c'è un solo appunto da fare, forse se più avanti per le relazioni ed altro si usasse la carta riciclata o semplice, invece che patinata e costosa, questo sarebbe un buon segnale per quell'economia tanto cara al collega Casagrande.

Stamattina abbiamo sentito il capogruppo del SVP, cons. Brugger, che dava un'assicurazione che sicuramente ha fatto piacere al Presidente, ha detto: noi non abbiamo alcuna voglia di avere un Presidente del gruppo etnico tedesco, tenetevelo pure voi del gruppo etnico italiano, tanto – e questa è un'interpretazione libera che do io – per quello che serve o per quello che vale, visto il seguito del discorso che ha fatto e cioè che la Regione non ha più ormai un gran significato.

Questo l'ho sentito dire dal 1968 in poi, c'era questa volontà e c'era una parte abbastanza importante delle coalizioni che invece non avevano alcuna voglia di parlare di Regione, è un discorso antitetico con la relazione fatta dal Presidente Andreoli e se questa mattina i cons. Tonelli e Rella dicevano che sarebbe simpatico, che a questo punto la Giunta regionale presentasse le dimissioni, dal momento che si sostiene su una gamba sola; aveva tre gambe, due gambe e una gambetta, una gamba sembra che voglia andare chissà dove, la gambetta sembra che se ne vada col bene placito e l'auspicio del partito rappresentato, perchè è un

individuo scomodo ed è meglio se si allontani un po' dalla regione, le rimane la sua gamba, Presidente, che sarà magari robusta, allenata, sportiva, ma che con un po' di vento potrebbe anche cadere.

Presidente, nella sua relazione lei ha fatto una domanda: non sarà forse il caso di pensare ad un terzo Statuto, cioè di chiudere la Regione ed elevare a rango di Regione del due Province? Che faccio? Per vedere se i nostri figli o i nostri nipoti saranno mai contenti di sapere se la scelta sarà questa.

Io dico che con la bravura che avete sempre avuto di lasciare alla storia o alla cronaca tutte le cose belle o brutte che fate, ma sempre sotto l'aspetto del bello, i nostri nipoti sicuramente saranno entusiasti sia che la Regione rimanga, sia che se ne vada. Questo lo preparerete in termini talmente accettabili per chiunque che nessuno si sentirà neanche fra 50 anni di criticare le eventuali scelte. Più che una domanda a noi che lei fa, io la capovolgerei a lei Presidente della Giunta regionale e avrei piacere di sentire il suo parere, ma non in quanto Presidente della Giunta regionale, ma come politico sensibile alle cose e che guarda un po' più avanti del proprio naso.

Vorrei citare alcuni passi che lei ha fatto nella sua relazione, quando parla ad esempio del trattamento economico del personale e dice: sarebbe interessante e utile che nascesse una commissione mista di rappresentanti della Regione e delle due Province per arrivare ad una soluzione che sia uguale per tutti e tre gli enti ed io ci aggiungo anche comprensori, comuni ed altre entità territoriali. Però lei mi insegna che sono pochi giorni che in Provincia di Trento abbiamo posto mano ad una legge che è stata approvata, dove, "ignorando" quelli che potevano essere gli interessi della Provincia di Bolzano o della Regione, siamo andati avanti e abbiamo fatto una legge, per me non buona, per altri sicuramente ottima, altrimenti non l'avrebbero votata, non aspettando nè la commissione mista, nè l'altra Provincia, nè la Regione.

Questo succede ormai da anni, per cui i tre enti che, come personale, hanno gli stessi incarichi, le stesse mansioni da espletare ci troviamo sempre nella rincorsa, perchè domani i dipendenti della Regione si accorgeranno che per un certo verso quelli della Provincia di Trento sono favoriti e chiederanno la parificazione, ma contemporaneamente quelli di Trento si accorgeranno che quelli di Bolzano hanno un qualcosa di più e avanti di questo passo.

Sarei ben contento che si arrivasse a questa soluzione, una volta per tutte mettersi attorno ad un tavolo e definire per sempre quello che riguarda il personale dei tre enti.

Avete toccato anche il discorso dell'informatizzazione del libro fondiario e sarebbe il caso di coinvolgere anche gli istituti di credito, perchè in Austria, per esempio, la misura catastale è subito pronta; mi auguro che andiate avanti su questa strada e riusciate a completarla, mi rendo conto che non è una cosa semplice, perchè già l'informatizzazione in sè è un settore abbastanza complicato, ma se ci sono delle controparti da coinvolgere il discorso è più difficile, ma mi auguro che si arrivi sulla soluzione di questo problema.

Il Presidente dice ancora: "La Regione come istanza di difesa e di garanzia del sistema delle autonomie anche provinciali", ma siccome credo che la miglior difesa sia l'attacco, penso che la Regione stia mancando su un suo ruolo di prima linea d'attacco, cioè di portare avanti determinati discorsi, senza farsi scavalcare da altre regioni o dallo Stato, che vorrebbe sminuire le autonomie nel loro significato intrinseco, quindi auspicherei che la Regione si faccia carico di tanto, perchè abbiamo dei compiti di cui la Regione potrebbe appropriarsi, quello appunto di essere in prima linea sulla valorizzazione delle autonomie e farsi parte propositiva e combattiva in questo settore.

Un altro problema che lei ha toccato riguarda le grandi aperture al ruolo europeo della Regione, da me condiviso, ma il ruolo della Regione in questo momento mi sembra quello del bambino povero che a Natale da Gesù bambino riesce ad avere tre noccioline

e se va bene anche un torrone e deve consolarsi o autosuggestionarsi guardando le ricche vetrine della città. Il discorso di apertura all'Europa o di entrare nell'Europa con un certo grado, questo ruolo è sicuramente significativo, però se non riusciamo ad avere una Regione che sia compatta, in cui le forze che fanno parte del Governo sono le prime a non essere convinte del ruolo di questa Regione, a mettere dei distinguo, lei si immagini come potremo andare ad affrontare un discorso ad alto livello, quando non siamo d'accordo nemmeno tra di noi.

Un ultimo discorso che voglio fare è quello dei ladini. Mi domando cosa ha fatto la Regione Trentino-Alto Adige nei riguardi dei ladini poveri, cioè quelli della Provincia autonoma di Trento, i quali non hanno assolutamente la tutela che vantano quelli della Provincia di Bolzano; questo potrebbe essere un ruolo in cui la Regione si fa parte diligente, perchè non riesco ancora a capire come mai in due Province, che hanno gli stessi problemi ci siano due gruppi etnici, di cui uno è abbastanza favorito e l'altro è trattato proprio da parente povero, e se il Trentino può ancora vantare una autonomia, in gran parte lo deve nel saper dimostrare che ha dei gruppi etnici di minoranza, perchè se non avesse i ladini non avrebbe alcuna ragione al mondo di rivendicare un'autonomia, perchè non è provincia di confine, non ha nessun altro problema se non la difesa di un gruppo etnico.

Se la Regione non si fa parte diligente per rivendicare questo ruolo, per far sì che anche i ladini della provincia di Trento siano trattati almeno alla pari di quelli della provincia di Bolzano, allora è evidente il discorso che faceva il collega Craffonara che prima o poi punteranno a una provincia ladina... sì assessore Bauer, li conosco perchè ho diversi amici e frequento molto la valle di Fassa, ma la tendenza è questa, non avendo un loro rappresentante istituzionale nel Consiglio regionale, ricordiamo l'ex cons. Anesi che ha avuto bisogno di Claudio Betta per entrare una volta in Consiglio regionale, ha avuto bisogno dei socialisti per non entrare, adesso che l'assessore Romano sembra voglia andare in quel di Roma felice e beato, può darsi che ritorni il cons. Anesi, però ritorna quasi da elemosiniere, perchè alcun diritto gli compete di essere presente, mentre qui in provincia di Bolzano sì, vediamo il cons. Valentin, e sarebbe interessante permettergli di parlare nella propria lingua, inibizione questa condannabile; una volta in Consiglio provinciale di Trento quando il cons. Andreotti, che ha una madre ladina, si è messo a parlare in ladino ed è stato severamente richiamato all'ordine, perchè la lingua ladina non è consentita nel nostro emiciclo.

Quindi anche questo sarebbe un discorso da fare. Se lei, Presidente Andreoli, avesse la volontà di curarsi anche del problema ladino, per questi due anni che ancora rimarrò componente di questo consesso, avrebbe da fare fin troppo, non servirebbe che andasse a cercare nuove competenze, si interessi del problema dei ladini e stia tranquillo che avrà la riconoscenza degli interessati, oltre ad avere impiegato il suo tempo in maniera positiva ed appagante.

Ho premesso che il mio discorso sarebbe stato più che altro una chiaccherata, che avrei potuto fare anche nella sua villetta di Bellamonte, magari di fronte ad un buon spezzatino di cervo.

Avevo premesso che il mio è un discorso non di grande profilo, ma effettivamente con lo squallore di partecipazione che c'è in quest'aula e con quel poco che è rimasto da dire sulla Regione, mi dica lei che cosa avrei potuto inventare! Mi sembra di aver parlato anche troppo, ma spero che qualcosa rimanga e che su qualche tema che ho accennato la Giunta vi metta un po' di impegno.

Präsident Peterlini übernimmt wieder den Vorsitz

Riassume la Presidenza il Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Danke, Herr Abgordneter.

Der nächste Redner ist der Abg. Montali.
Er hat das Wort.

PRESIDENTE: Grazie, consigliere.
Il prossimo iscritto a parlare è il cons. Montali.
Ha la parola.

MONTALI: Signor Presidente, vorrei premettere che non prendo la parola sull'argomento bilancio di previsione, ma sull'ordine dei lavori. Quindi vorrei che i minuti mi fossero detratti.

Vorrei chiedere alla Presidenza di sospendere la discussione sul bilancio, perchè se questa seduta continuasse con l'entità dei consiglieri presenti in quest'aula, dove credo vi siano 13 consiglieri della minoranza e 7 consiglieri della maggioranza.

Il cons. Betta, che ha parlato prima di me, si è rivolto credo a 12 consiglieri e naturalmente ascoltato dal Presidente Andreolli, del quale rispettiamo la sua assidua presenza...

(Unterbrechung – interruzione)

PRÄSIDENT: Herr Abgeordneter, wenn Sie zur Tagesordnung reden, dann müssen Sie jetzt abschließen oder einen konkreten Vorschlag machen, sonst muß ich Ihnen das Wort nehmen.

PRESIDENTE: Consigliere Montali, se Lei interviene sull'ordine dei lavori, allora deve concludere adesso il suo intervento oppure fare una proposta concreta, altrimenti devo toglierLe la parola.

(Unterbrechung – interruzione)

MONTALI: La mia proposta voleva evidenziare, signor Presidente, che non è consentito alla maggioranza, che ci presenta questo bilancio, di pigliarci in giro e sarà anche compito suo, signor Presidente, di far presente all'Assemblea questa situazione.

Da due ore sono presenti 14 rappresentanti delle minoranze e i signori della maggioranza, che dispongono della garanzia e dell'appoggio di questo disegno di legge, non sono presenti.

Dopo questa premessa, mi sia consentito di intervenire in merito al bilancio.

Signor Presidente, un anno fa, nell'aula molto più parlamentare della sede di Trento, ho avuto l'onore di prendere la parola sul bilancio della Regione di fronte a 12 persone, dopo di che avendo ritenuto, forse con atti di presunzione, di aver detto qualche cosa seria che riguardava la persona del signor Presidente Andreolli, il quale in sede di replica non mi ha concesso l'onore neanche di una citazione, ma non ha importanza.

Che importanza vuole che abbiamo, nel contesto della vita di questa Regione, le considerazioni che fa un consigliere modestissimo di opposizione nei confronti del Presidente Andreolli! Non fa storia, non fa documentazione! Ma io quella volta, di fronte a 12 persone, ho accettato di continuare il mio esposto.

Vedo che anche questa sera il cons. Ferretti, che è un consuetudinario con la sua presenza nelle riunioni del Consiglio regionale, degnandoci della sua presenza soltanto per il tempo necessario alle sue dichiarazioni come capogruppo della D.C., altrimenti non si vede mai, è ancora qui a togliere al Presidente della Giunta l'attenzione che dovrebbe dare a questi poveri consiglieri dell'opposizione che svolgono i loro interventi.

Pregherei il cons. Ferretti, il quale appare su tutti i documenti, se volesse

consentire al Presidente Andreolli di ascoltarci. Grazie.

Credo sia il minimo che possiamo pretendere, di non essere disturbati dal cons. Ferretti, che in relazione alle sue dichiarazioni programmatiche, alle quali ci riferiamo, non ha niente da dire e se ha qualcosa da dire lo dirà nei momenti istituzionali più opportuni, ancorché abbia altri interessi e differenti preposizioni di responsabilità nei bilanci della Provincia, ma stiamo parlando del bilancio della Regione.

Signor Presidente, mi ero permesso di fare quell'intervento sull'ordine dei lavori, perchè quando lei nella sua relazione non volesse considerare un fatto di serietà di accettare le contraddizioni e di rispondere sulla base della sua relazione che accompagna il bilancio.

Le devo chiedere scusa, perchè dopo aver lei seguito gli interventi che sono preceduti al mio, quelli dei cons. Brugger, Tonelli, Betta, Craffonara, il mio intervento potrebbe essere considerato per larga parte ripetitivo, perchè evidentemente non si è parlato, tranne che per parziali accenni, al carattere economico del bilancio che è in discussione. Il giudizio su un bilancio normalmente non viene espresso sulle identità tecnico-finanziarie, ma sugli indirizzi e sulle concezioni di indirizzo politico che a questo bilancio hanno presieduto.

Lei, signor Presidente, ha introdotto la discussione sul bilancio con una relazione, che ha condizionato il taglio di intervento di tutti i consiglieri, soprattutto di quelli dell'opposizione, quindi ha condizionato anche il mio o quello del mio collega Taverna, che domani mi farà seguito con altre considerazioni.

Non so, signor Presidente, se lei abbia scelto una strada molto felice nella introduzione di questo bilancio preventivo. Il taglio che noi daremo al nostro intervento – e l'anticipo subito se voteremo a favore o contro – sarà politico, perchè i bilanci non si votano per il contenuto delle cifre che avvidenziano, ma per l'indirizzo politico che la gestione di questi bilanci offre, che può permettere cose bellissime o cose pessime, ma la nostra considerazione politica riguarda chi gestisce questa azione economica-politica.

Signor Presidente, lei ha con molto coraggio affrontato il problema dell'utilità o meno di questa Regione. Qui vorrei aprire immediatamente una delle solite parentesi per ricordare che noi, gli antiregionalisti in funzione dell'unità dello Stato, cioè contrari all'ente Regione, perchè ritenuto, a torto o a ragione, diminuento, discrepante del concetto e anche della sua attuazione periferica, amministrativa, di trasferimento delle attualità amministrative nella regione Trentino-Alto Adige, ci siamo però ritrovati a difenderla come entità e perchè? Perché in questa Regione, che questa normativa legislativa ha ricevuto, il combattere la Regione ha significato per noi trasferire alle Province competenze, facoltà, prerogative che l'allontanavano dal suo concetto di Regione e come tale la allontanavano dallo Stato.

Signor Presidente, le voglio subito dire che avendo noi riconfermato questa nostra posizione, perchè ritenevamo la Regione distante e quindi incrementante le distanze dallo Stato, le devo dire signor Presidente, di fronte alla sua dichiarazione, ci troviamo in un grossissimo imbarazzo, talché, se anche siamo stati vicino a lei in quel tipo di difesa, nel leggere la sua relazione, che accompagna un bilancio finanziario di 340 miliardi e dopo aver udito questo tipo di difesa che lei ha espresso a favore della Regione, ci incombe, ribadisco, un grosso imbarazzo.

Noi voteremo contro il bilancio, perchè non è considerato da nessuno e da nessuna parte un documento economico sul quale si possono contestare i 300 milioni spesi bene o male, il concetto è della direzione politica, del consesso che tiene in mano il bilancio e le casse della Regione. Ma avendo lei, signor Presidente, impostato in questo modo la difesa, non credo che la sua sia stata un'ottima difesa della Regione, ma non per sua colpa, ma per le tesi da lei sostenute, che sarebbero valide, efficienti, vincenti se a sostenerle accanto a lei ci fossero le

posizioni politiche di quelli che sono gli enti di maggioranza che costituiscono la Regione.

Non so se il tempo che mi è consentito mi concederà di passare tutte le dichiarazioni che lei ha fatto nella sua presentazione del bilancio, qualche affermazione l'ha fatta prima di me il cons. Tonelli, rilevando determinate contraddizioni, qui c'è tutta una serie di contraddizioni che mi permetterò di evidenziare.

Lei ha sollevato soprattutto quel grosso interrogativo: a cosa serve oggi la Regione, perchè dovrebbe stare ancora in piedi!

Abbiamo confrontato le nostre considerazioni con quelle che lei ha messo per iscritto e potrei arrivare anche alla conclusione che lei ha tratto: a cosa serve questa nostra Regione e questa sua domanda è stata ripresa anche a livello di stampa e qual è la conclusione che lei ne ha tratto? Che questa Regione ha un solo significato in funzione dell'Europa, che lei vede come l'unità europea delle regioni e pertanto, essendo noi regione, con tutti i passaggi di contatti transfrontalieri con le regioni vicine.

Signor Presidente, ho l'impressione che ad un certo momento dovremo anche inventare un certo tipo di discorso fondamentale, considerando il futuro della Regione in un nuovo scenario, in una grande area alpina nel cuore dell'Europa ove si organizzano convegni. Parto da un presupposto, che noi e lei in questa impostazione pensiamo che, se da anni e anni stiamo cercando di raggiungere un'unità europea degli Stati e fino ad oggi non siamo ancora stati capaci di arrivare all'unione europea degli stati, voi grandi statisti anticipate l'Europa e volete l'Europa delle Regioni.

Di tutto il discorso che lei ha fatto nell'introduzione del bilancio della Regione, c'è un passo costruttivo: "vogliamo un comitato delle Regioni". On. Andreolli, le auguro di andare in Parlamento, ma vogliamo prima arrivare all'unità europea degli Stati! No, non vogliamo e allora riceviamo oggi nei documenti che ci ha inviato la Provincia un disegno di legge, accompagnato da talune considerazioni, con il quale il Deputato della Valle d'Aosta in 97 articoli ha presentato un disegno di legge per la sostituzione della Costituzione italiana in senso federativo. Magnifico, da anni stiamo aspettando che il Parlamento trovi il coraggio di modificare la Costituzione italiana nelle parti che il 90% che i cittadini e dei politici ritengono che sia da modificare e non ci siamo arrivati e oggi siamo di fronte al disegno di legge Craveri, che ha inventato la nuova Costituzione federalistica italiana.

Ad un certo momento c'è anche da chiederci quando noi politici, nelle nostre modeste sedi istituzionali, se debba essere pensabile che un deputato della Valle d'Aosta, federalista, pensi che il Parlamento italiano accetti il suo disegno di legge di sostituzione della Costituzione italiana in senso regionalista e federalista. Ad un certo momento ho l'impressione che la gente abbia il diritto di riconoscerci una certa sensibilità, una certa aderenza ai problemi di ogni giorno e alle competenze che ci vengono affidate.

Questo riferimento voleva essere il riferimento al concetto che lei, signor Presidente, ha espresso nella sua relazione, lei di questo ente Regione ha detto tutto quello che si poteva e non si poteva dire, ha fatto quella domanda che è veramente sintomatica: ma c'è senso ancora oggi di parlare della Regione Trentino-Alto Adige?

Sul giornale qualcuno le ha commentato: ma questa è la solita domanda retorica, alla quale la risposta è compresa nella domanda? Però lei ha sollevato il problema e ne ha evidenziate le motivazioni che l'hanno costretta a porre questa domanda, perchè altrimenti lei poteva tranquillamente evadere il problema. lei presentava il suo bellissimo bilancio e chi glielo faceva fare di sollevare tutte le problematiche!

Allora quando ho premesso che avendolo noi detto con successive e plurime dichiarazioni, restavamo gli unici difensori della Regione, signor Presidente, arrivato a questo momento, quando lei si pone le domande per le quali noi già avevamo dato la risposta, allora noi

cominciamo a tirare le mani indietro. Noi ci eravamo già dati la risposta, evidenziando l'unità della Regione, le motivazioni, nonostante l'assenza delle competenze, ma, di fronte a questa posizione, si pone in posizione critica, di dubbio ed afferma che l'unica difesa va ricercata esclusivamente nell'Europa.

Le sue dichiarazioni le ho lette, rilette, mi sono fatto molti appunti, ma il rilievo che devo fare è che la Regione Trentino-Alto Adige ha la sua funzione nell'integrazione europea.

Signor Presidente Andreolli, direi che prima facciamo l'integrazione europea degli Stati, non siamo capaci di fare ancora questo e vogliamo creare la federazione delle regioni. Signor Presidente, nelle sue dichiarazioni, in occasione del bilancio, rimprovera le situazioni localistiche, provincialistiche, quelle che staccano dal concetto Regione, la Provincia di Bolzano e quella di Trento e lei che a livello Regione rileva questa situazione, nella quale non sa superare le esigenze localistiche, privatistiche e provincialistiche afferma che tutta l'attenzione va rivolta all'Europa.

Si è mai chiesto, quando lei denuncia la prevalenza localistica e provincialistica e quando trasferisce alle Province questo istinto, non possiamo dimenticare che lei è il Presidente di una Giunta che è composta da assessori, che a loro volta sono consiglieri delle due Province e che quando vi siete sciolti dal vostro compito di assessori e di componenti della Giunta regionale rimanete tutti quanti voi, nell'ambito dei singoli Consigli provinciali, consiglieri di quella Provincia e di quest'altra, ma nel riunirvi in Regione per addossare al Consiglio della Provincia di Bolzano e al Consiglio della Provincia di Trento determinate iniziative di carattere privatistico, chiuso, vi trasformate in che cosa? Che tipo di influenza, visto che siete appartenenti alla maggioranza nella due Province, portate nei vostri Consigli provinciali? Che tipo di partecipazione portate nell'ambito della Regione, affinché lei signor Presidente possa dire le cose che ha scritto in questa relazione al bilancio.

Allora, signor Presidente Andreolli, usciamo dai termini classici e tenga presente che la Regione Trentino-Alto Adige nasce, dopo il secondo Statuto di autonomia, sotto l'insegna dei suoi colleghi del SVP, che reggono questa Giunta in maggioranza, dal "Los von Trient", che poi è diventato "Los von Roma", ma oggi è il dettato che regola la vita di questa Regione ed allora il tipo di relazione che lei fa a noi consiglieri regionali, queste domande, queste ipotesi, questi dubbi che lei esprime a noi consiglieri, deve innanzitutto rivolgerli ai suoi partiti che le consentono la maggioranza in Giunta e che le consentono di essere Presidente di questa Regione. Questa è l'impostazione generale.

Le uniche competenze che le sono rimaste sono il Catasto e il Libro fondiario, lei qui ha tirato fuori il Cattaneo dicendo che è il censo, io le potrei dire che dal censo si arriva ai comuni, e dai comuni, per arrivare alla Regione, si passa dalle Province, per cui teniamoci ben stretto il libro fondiario e il Catasto, essendo l'unica cosa che rimane alla Regione.

Per elaborare il bilancio abbiamo dovuto ricorrere al fondo di rotazione, alla quota di previdenza dei 50 miliardi, però lei ha udito le considerazioni qui svolte soprattutto dal cons. Benedikter, che il fondo di rotazione così congegnato non è di competenza regionale, i mezzi finanziari saranno ceduti alle due Province e su questa linea si è espresso il cons. Tonelli, affermando che la Regione dovrebbe trattenere il denaro sufficiente per pagare il proprio personale, trasferendo la differenza alle due Province, per risolvere in questo modo sul piano economico la finanza regionale.

Il discorso base sulla sua relazione - e spero che il collega Taverna domani integrerà tutte le cose che io dimentico - è questa funzione che lei ha riconosciuto come salvaguardia della necessità che esista la Regione Trentino-Alto Adige e che lei ha delegato nell'ambito dell'Europa.

Noi vogliamo l'Europa, tutta la sua esposizione è politica, Presidente Andreoli, non ha niente a che vedere con le partite di bilancio, tutta la sua relazione è così fino alla pag. 20, con i rapporti transfrontalieri, con questa ossessionante indicazione del traguardo d'Europa, integrativo delle regioni, lei si adegua alla moda, è moderno oggi indicare e vedere come prospettive politiche, economiche, di convivenza le regioni che ci sono accanto, l'Europa di queste regioni, mentre a distanza di pochi mesi da queste dichiarazioni dobbiamo registrare certe situazioni internazionali che ci fanno rabbrivire, per le quali considerare azioni transfrontaliere è un eufemismo.

L'Europa delle regioni. E' solo questa la necessità della vitalità della Regione-Trentino Alto Adige? Perché allora una domanda che fa seguito alla sua: a che cosa serve questa autonomia della Regione Trentino-Alto Adige? E' una domanda che molti si sono posti e, visto che lei ha indicato localismi, provincialismi trentini e gli assecondamenti di carattere provinciale, io le potrei chiedere: a che titolo il Trentino oggi gode di un'autonomia provinciale, non avendo alcuna caratteristica che lo accomuna alle situazioni dell'Alto Adige? Si ponga lei stesso questa domanda!

Non siete riusciti nemmeno a individuare le motivazioni che potevano darvi giustificazione, non siete riusciti a porre il popolo ladino, pochi che siano o i pochi di lingua tedesca della Val Senale, qual è, signor Presidente, la motivazione per cui la Provincia di Trento deve godere di una certa autonomia, come quella che avete, che poi si trasforma per tutti i cittadini nei 4 mila miliardi che dovete gestire. Allora lei si chiede che senso ha la Regione Trentino-Alto Adige? Io le chiedo: che senso ha la Provincia di Trento, con le stesse garanzie autonomistiche della Provincia di Bolzano?

Le garanzie autonomistiche della Provincia di Bolzano derivano dall'Accordo di Parigi per la tutela delle minoranze linguistiche sul piano economico, della proporzionale, su tutti i piani. Voi trentini cosa ci fate qui? Chiedetelo, voi che contestate De Gasperi, lei non si chiede cosa ci fa la Provincia di Trento e lei per giustificare la Provincia di Trento, nell'ambito di questa autonomia speciale, mi dicono che dappertutto in Europa viene indicata come l'autonomia più speciale, più perfetta, più garante, salvo poi in Italia andare a dire che mancano le cinque norme di attuazione che sono oppressive della minoranza. E lei mi viene a dire: cosa ci sta a fare la Regione? Io le dirò: cosa ci sta a fare l'autonomia della Provincia di Trento?

Quali altre competenze invece la Provincia di Trento poteva ambire, che ha lasciato completamente ai rappresentanti della Provincia di Bolzano, la richiesta delle norme, e qui mi vorrei riferire alla sua relazione, a proposito del ritardo nella chiusura del pacchetto. Qualche consigliere ha detto: grazie a Dio che non l'abbiamo chiuso nel 1972, altrimenti dove sarebbero andate le norme richieste e concluse negli ultimi giorni; la Sezione della Corte d'appello a Bolzano lei crede che nel 1972 era fra le norme richieste? No, è stata inventata 15 anni dopo ed altre se ne inventeranno. La norma contro la facoltà di coordinamento e indirizzo del Governo, il Conservatorio di musica di Bolzano dove erano? Per fortuna che c'è stato questo ritardo, ma tenga presente che questo ritardo non basterà, non ci sarà la chiusura del pacchetto, nel momento in cui sarà chiuso in quei termini, il giorno dopo si ripropone l'apertura di altre norme.

Allora direi che è giunta veramente l'ora di concludere, signor Presidente, per non annoiare. Questa è la considerazione che traiamo dalle sue dichiarazioni.

Il discorso sui parchi nazionali, c'è la legge che prevede la regolamentazione del Parco dello Stelvio, adesso sembra che ogni Provincia farà la sua e dall'altra parte c'è la regione Lombardia e perché qui non potrebbe esserci stata la regione Trentino-Alto Adige, se vogliamo andare a cercare competenze.

E' inutile che andiamo a spendere miliardi per convegni transfrontalieri,

questo è il concetto. Vogliamo la grande presenza della Regione nell'Europa, nel 1993, quando ci sarà il passaggio libero e noi siamo ancora al punto che nella Provincia di Bolzano quando entra un cittadino italiano e prende la residenza non può votare per quattro anni e se c'è un cittadino altoatesino che va in Friuli e trasferisce in quella regione la residenza, vota dopo un anno, noi invece siamo ancora a questa discriminazione.

Un altoatesino o un trentino che va nelle altre province italiane prende subito il diritto all'assistenza e al diritto di voto, noi qui siamo ancora nella gabbia, qui non si vota per quattro anni, funzione della Regione, signor Presidente, localismo, provincialismo, l'ha scritto lei.

Signor Presidente Andreoli, lei quando si toglie la cuffia per sentire meglio e quando fra sette minuti finirà questa seduta, lei torna ad essere consigliere della provincia di Trento e tutti gli altri sono consiglieri, noi siamo in questa posizione anomala, atipica, ma che ci inorgoglia per l'incarico, per le responsabilità affidateci, però non possiamo dimenticare che nello stesso momento siamo consiglieri della Provincia di Trento e di Bolzano e consiglieri regionali. Allora nella sua relazione non consento la discrasia quando addebita alle Province questo compito localistico, provincialistico, che andando avanti così distacca – questo lo dice lei – separa e pregiudica il concetto della Regione, attraverso le decisioni e la politica di carattere economico e politico dei suoi esponenti.

Per cui il giudizio sulla sua relazione, sulla quale potremmo anche entrare a proposito dell'art. 1, proprio per inserirci, affinché il discorso politico, che sta alla base di questo bilancio, possa essere valutato per quello che dà, non vogliamo essere presi in giro, signor Presidente. Penso che lei non lo volesse fare, ma credo che abbiamo il diritto di contraddire e di evidenziare le contraddizioni che sono nella sua relazione, affinché sia ben chiaro di chi devono essere le responsabilità di questa Regione, se va verso il futuro, verso l'Europa o se invece va verso lo sfascio, come è stato indicato in questa Assemblea.

PRÄSIDENT: Verehrte Abgeordnete, jetzt ist das Problem, das ich aufzeigen wollte, folgendes: wir haben für heute keine Nachtsitzung vorgesehen und dabei muß es natürlich auch bleiben. Aber eines ist sicher: wir müssen morgen abschließen. Wir können nicht ohne Haushalt für das nächste Jahr einfach in die Weihnachtsferien treten. Somit mache ich darauf aufmerksam – unabhängig von allen Festlichkeiten, die für morgen Abend vorgesehen sind – daß morgen Abend, falls notwendig, Nachtsitzung gemacht wird, weil der Regionalrat vor allen anderen Verpflichtungen Vorrang hat. Wir sind dies der Bevölkerung, die sich erwartet, daß wir das Steuergeld auch ordentlich verwalten, einfach schuldig. Somit gibt es zwei Möglichkeiten: eine, daß man sich... weitermachen? Ja, da braucht es einen einstimmigen Beschluß. Ich bin gerne dazu bereit. Das wäre eine Möglichkeit, dann gibt es also drei Möglichkeiten. Die zweite ist, daß man sich jetzt einigt, eine Art Agreement zu schaffen, um sich morgen kürzer zu fassen. Die dritte, die habe ich bereits genannt und die heißt morgen abends solange durchzuarbeiten, bis die Tagesordnung erschöpft ist, d.h. bis der Haushalt genehmigt ist.

Die erste – weitermachen – hat der Abg. Tribus vorgeschlagen. Wer ist dagegen, daß wir weitermachen? Abg. Brugger? Bis 19.00 Uhr? Jetzt Schluß machen? Wir können – auch wenn nur ein einziger dagegen ist – nicht weitermachen, weil wir das nicht auf der Tagesordnung vorgesehen hatten.

Die zweite Möglichkeit ist – und über die lasse ich dann gleich reden –, daß man sich einigt, natürlicherweise auf freiwilliger Basis, die Redezeit zu kürzen. Ich würde sagen auf 30 oder 40 Minuten. Was sagt man denn dazu? Gibt es dazu Widerstand?

Jetzt dürfen Sie reden. Bitte, Abg. Montali.

PRESIDENTE: Signori Consiglieri, a questo punto il problema che voglio illustrare è il seguente: per oggi non è prevista seduta notturna e ovviamente questo dato di fatto non si può modificare. Ma una cosa è certa: dobbiamo concludere domani. Non possiamo andare in vacanza senza approvare il bilancio per il prossimo anno. E quindi faccio presente che indipendentemente dai festeggiamenti previsti per la serata di domani – domani sera, se necessario, faremo seduta notturna, perché il Consiglio regionale ha la precedenza su tutti gli altri impegni e noi dobbiamo questo impegno alla popolazione, che si aspetta da noi una amministrazione regolare del gettito fiscale. A questo punto abbiamo due alternative: ...Proseguire? Sì, ma ci vuole una decisione unanime del Consiglio. Io sono disposto. Questa sarebbe una possibilità. Allora le alternative sarebbero tre. La seconda è accordarsi adesso per una specie di agreement, in base al quale domani gli interventi saranno più brevi. La terza, che ho già illustrato, è proseguire domani fino ad esaurimento dell'ordine del giorno, ovvero fino all'approvazione del bilancio.

La prima, quella di proseguire oggi, è stata proposta dal cons. Tribus. Contrari? Il cons. Brugger? Fino alle ore 19.00? Chiudere adesso i lavori? Non possiamo proseguire – anche se vi è un solo contrario – perché non è previsto dall'ordine del giorno.

La seconda alternativa, – e adesso darò spazio agli interventi in proposito – è accordarsi, naturalmente su base volontaria, a ridurre la durata degli interventi. Direi 30 o 40 minuti. Chi è contrario a questa proposta?

Adesso può parlare.

Prego, cons. Montali.

MONTALI: Signor Presidente, l'abbreviazione degli interventi dei colleghi che ancora devono parlare, contrasterebbe con il fatto che i colleghi che sono intervenuti prima hanno avuto modo di parlare per un'ora.

PRÄSIDENT: Das stimmt schon, Kollege Montali. Es ist nicht ganz gerecht. Andererseits ist der Regionalrat natürlicherweise frei, sich seine Regelung selbst zu geben. Was sagen Sie zu einer Dreiviertelstunde?

Abg. Meraner, bitte. Einverstanden.

...Wer ist dagegen, daß wir die Redezeit...

Abg. Taverna, bitte, zu meinem Vorschlag.

PRESIDENTE: E' vero, collega Montali. Non è del tutto giustificato. D'altra parte il Consiglio regionale è libero di autoregolamentarsi. Cosa ne pensate di tre quarti d'ora?

Prego, cons. Meraner. E' d'accordo.

...Chi è contrario a ridurre gli interventi...

Prego, cons. Taverna, sulla mia proposta.

TAVERNA: Sull'ordine dei lavori, Presidente.

Non ho interpellato i colleghi del gruppo, quindi parlo a titolo esclusivamente personale. Essendo sempre stato molto rispettoso del Regolamento, le chiedo, signor Presidente, che il Regolamento venga rispettato nei termini in cui oggi è esistente; in secondo luogo mi sia consentito anche di dover oppormi a qualsiasi modifica di orario, essendo state le convocazioni diramate con un orario preciso. Per quanto mi riguarda, domani sera non sarò in aula, perchè sarò in viaggio per Roma e ritengo di essere in questo momento, qualora i lavori dovessero protrarsi nella seduta notturna di domani sera, privato della mia libertà di presenziare e di votare.

Quindi anche sotto questo profilo mi oppongo ad eventuali, ulteriori allungamenti dei tempi di lavoro di questa Assemblea.

Evidentemente, signor Presidente, quando si compilano gli ordini del giorno e si diramano le convocazioni, bisogna tener conto del fatto che i consiglieri sono 70 e che quindi teoricamente tutti hanno il diritto di parlare per un'ora.

Quindi quando si diramano le convocazioni e si fissano i punti all'ordine del giorno, si deve considerare anche i tempi occorrenti, perchè gli ordini del giorno possano essere esauriti, nel rispetto dei diritti dei consiglieri che sono sanciti dal Regolamento, che bisogna rispettare e non può essere disatteso.

Per questi motivi il sottoscritto, a titolo personale, si oppone alle proposte che lei Presidente ha fatto e qualora lei volesse mettere in votazione la sua proposta, chiedo fin d'ora la verifica del numero legale, annunciando che il gruppo del MSI abbandonerà i lavori e quindi non parteciperà alla votazione.

PRÄSIDENT: Herr Abg. Taverna, Ich bitte Sie, sich zuerst zu beruhigen. Ich habe keine Absicht, irgendetwas zur Abstimmung zu bringen. Ich habe diesen ehrenwerten Regionalrat gebeten, mit mir gemeinsam eine Lösung zu suchen, weil die dritte Lösung, die ich vorgeschlagen habe, sowieso aufrecht bleibt. Die steht dem Präsidenten frei und ich werde Ihnen gleich sagen, aufgrund welchen Artikels der Geschäftsordnung. Die anderen beiden Möglichkeiten waren um zu verhindern, daß wir in die Nachtsitzung rutschen, und heute weiterarbeiten. Da war Widerstand und das ist vollkommen im Rahmen der Geschäftsordnung. Somit arbeiten wir heute nicht weiter. Die zweite war auf freiwilliger Basis die Redezeit zu kürzen und das können wir machen, wenn man einverstanden ist. Das war auch ein Ersuchen um Mitarbeit. Und wenn Sie nicht wollen, meine Damen und Herren, dann werden wir morgen abends Nachtsitzung machen, weil die Einberufung des Regionalrates der Präsident vornimmt und diese Einberufung kündige ich jetzt an. Sollte morgen bis 18.00 Uhr die Sitzung nicht beendet sein, dann werden die Arbeiten fortgesetzt bis deren Ende. Damit ist der Regionalrat für die Nachtsitzung einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen.

PRESIDENTE: Cons. Taverna, innanzitutto La prego di calmarsi. Non ho alcuna intenzione di porre in votazione qualcosa. Ho pregato questo onorevole Consiglio di trovare insieme a me una soluzione comune, in quanto la terza alternativa che avevo proposto rimane comunque. Spetta al Presidente e Le dirò subito in base a quale articolo del Regolamento. Le altre due alternative servivano ad evitare una seduta notturna, e proseguire oggi. Ma alcuni si sono opposti e questo è consentito dal Regolamento. Quindi oggi non seguiamo. La seconda alternativa era quella di ridurre la durata degli interventi, sempre su base volontaria, e questo si può fare se si è d'accordo. Era una richiesta di collaborazione in tal senso. E se non siete d'accordo, signore e signori, allora domani sera faremo seduta notturna, perché la convocazione del Consiglio la fa il Presidente, e questa convocazione la annuncio fin da ora. Se domani la seduta non dovesse concludersi alle ore 18.00, i lavori proseguiranno fino alla chiusura. Il Consiglio regionale è dunque convocato in seduta notturna.

La seduta è tolta.

(ore 18.02)

